

J. Can. U.

117

T. can. W. 117

Laurin

Schulte's
Kirchenrechtswissenschaft.

Kirchenrechtswissenschaft

Schulze

Schulte's

Kirchenrechtswissenschaft

einst und jetzt.

Von

Dr. Franz Laurin,

k. k. Hofcaplan und Universitätsprofessor in Wien.

Zweite, vermehrte Auflage.

Wien, 1875.

Alfred Hölder, k. k. Universitäts-Buchhändler.

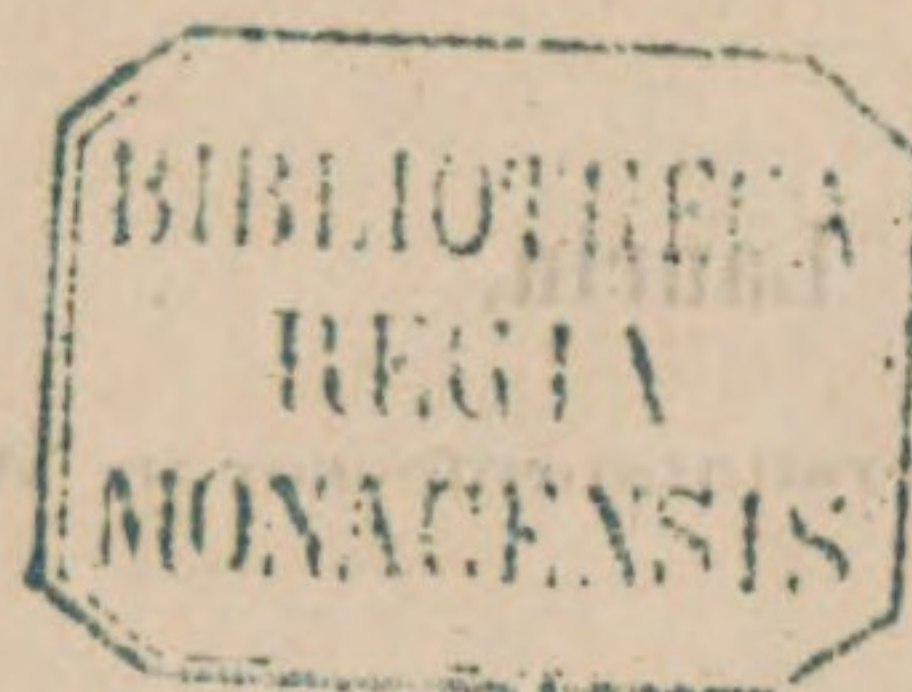
Rothenthurmstrasse 15.

Schulte's

Kirchenrechtswissenschaft

einat und jetzt

von



Dr. Franz

Dr. Franz

Nachdruck verboten

München, 1873.

Alfred Holder, k. Universitäts-Buchbinder

Verlag

Vorwort

zur ersten Auflage.

Die Abfassung von nachstehenden dreizehn Aufsätzen wurde durch die Betrachtungen veranlasst, welche Herr. Dr. J o h a n n Friedrich Ritter v. Schulte, Professor der Rechte an der Universität in Bonn, im Jänner und Februar d. J. in der Wiener „Neuen Freien Presse“ (Nr. 3382, 3387—3390 und 3396) über die österreichischen confessionellen Regierungsvorlagen veröffentlicht hatte. In diesen Betrachtungen, namentlich den in den Nummern 3382 und 3387 der „Neuen Freien Presse“ enthaltenen, hat nämlich der Herr Professor v. Schulte über das österreichische Concordat vom 18. August 1855 und die damit im Zusammenhange stehenden Punkte Behauptungen ausgesprochen, welche, nach unserem Dafürhalten, zu denen, die er einst darüber aufgestellt und mit den schlagendsten Gründen bewiesen, in schroffem Gegensatze stehen. Um nun dem Herrn v. Schulte Anlass zu geben, seine bezüglichlichen Ansichten von einst zu erwägen, haben wir uns entschlossen, aus denselben hiermit zu seinen jetzigen diesfälligen Aeusserungen eine Parallele zu ziehen.

Erschienen sind die in Rede stehenden Aufsätze zuerst im Wiener „Vaterland“ (Nr. 36, 38, 41, 50, 57, 60, 62, 78 und 80) im Februar und März d. J. Auf mehrseitiges Verlangen erscheinen sie hier im besondern Abdruck.

Auf die fünf ersten der gedachten Aufsätze hat Herr v. Schulte in der „Neuen Freien Presse“ Nr. 3420 (Morgenblatt)

erwidert.¹ Wir haben auf diese Erwiderung im „Vaterland“ Nr. 93 und 94 entgegnet; welche Entgegnung den nachfolgenden Artikeln als Anhang beigelegt ist.²

Zum Schlusse bitten wir den Herrn Professor v. Schulte, unsere nachstehenden Ausführungen als einen Beweis der hohen Achtung hinnehmen zu wollen, die wir seinen vormaligen Leistungen auf dem Gebiete der Kirchenrechtswissenschaft gezollt haben. Wäre doch diese unsere Achtung nicht durch die jetzige Aenderung seiner Ansichten alterirt worden! Unser sehnlichster Wunsch aber wäre erfüllt, wenn der Herr Professor v. Schulte Folge leisten würde dem Mahnruf des göttlichen Geistes (Apoc. 2, 5): „Memor esto, — unde excideris, et age poenitentiam, et prima opera fac!“

Wien, am Ostermontag 1874.

Der Verfasser.

Vorwort

zur zweiten Auflage.

In der ersten Auflage findet die nachstehende Abhandlung sich in derselben Form, in welcher sie im Jahre 1874 im Wiener „Vaterland“, nach Massgabe des verfügbaren Raumes, erschienen war, nämlich in dreizehn Artikeln.

Die vorliegende Auflage bringt sie in rein sachlicher Anordnung, und zwar in vier Artikeln mit Einleitung und Schluss. Der I. Artikel legt Herrn v. Schulte's Anschauungen über das österreichische Concordat vom 18. August 1855 aus dem Jahre 1874,

¹ Diese Erwiderung ist betitelt: „In eigener Sache. Von Dr. v. Schulte“.

² 1. Aufl. S. 56 ff.; 2. Aufl. S. 69 ff.

der II. die diesfälligen Anschauungen Herrn v. Schulte's aus den Jahren 1856—1860, der III. dieselben aus dem Jahre 1861 und der IV. jene aus den Jahren 1862—1868 dar. Dem Artikel III sind ferner, wegen sachlichen Zusammenhanges, Herrn v. Schulte's Ansichten von dem Ursprung und Zweck, den Eigenschaften, dem Wirkungskreise und der Verfassung der katholischen Kirche, sowie von ihrem Verhältniss zum Staat und vom Charakter der Concordate aus den Jahren 1855—1860 eingefügt. Die Einleitung erinnert an die Forderungen, die Herr v. Schulte einst an einen Juristen, zumal Canonisten gemacht hat; der Schluss stellt Herrn v. Schulte's kirchenrechtliche Anschauungen von einst und von jetzt, in so fern sie in den vorausgehenden Artikeln zur Ausführung gekommen sind, in Form von Antithesen übersichtlich dar. Ueber den beigefügten Anhang¹ gibt das Vorwort zur ersten Auflage dieser Schrift² den nöthigen Aufschluss.

Ausser der neuen Disposition hat die vorliegende Schrift in dieser Auflage auch eine Vermehrung, und zwar in so fern erhalten, als darin mehrere in voriger Auflage bloß angedeutete, ja auch einige daselbst gar nicht erwähnte Stellen aus Herrn v. Schulte's kirchenrechtlichen Werken in ihrem vollen Wortlaute angeführt werden.

Im Februar d. J. hat Herr v. Schulte in der Wiener „Neuen Freien Presse“³ einen „Die altkatholische Bewegung“ betitelten Aufsatz veröffentlicht, in welchem er „die Fähigkeit des Altkatholicismus zur Bekämpfung des Ultramontanismus“ darlegt und die Regierungen und Volksvertretungen zu überzeugen sucht, wie sehr es, um die Macht der katholischen Hierarchie zu brechen, zweckdienlich sei, den Altkatholicismus zu stützen, zugleich aber die Führer der Altkatholiken gegen den Vorwurf eines Wechsels der Ueberzeugung in Schutz nimmt.

In letzterer Beziehung sagt Herr v. Schulte, die genannten Männer hätten zwar vor dem vaticanischen Concil die höchste,

¹ Unten S. 69 ff.

² Oben S. III f.

³ Nr. 3759 und 3760, vom 12. und 13. Febr.

ordentliche und unmittelbare Gewalt des Papstes in der Kirche — anerkannt, jedoch nur als eine, lediglich auf historischer Entwicklung beruhende, die sich jederzeit ändern könne. Das vaticanische Concil aber habe dieselbe für eine nothwendige, zum Wesen des Primates gehörige erklärt. Wenn sie nun gegen diese Constitution des vaticanischen Concils sich erhoben, so hätten sie dadurch mit ihrer bisherigen Ueberzeugung sich durchaus nicht in Widerspruch gesetzt. „Die altkatholische Bewegung,“ dies sind Herrn v. Schulte's eigene Worte,¹ „ist zunächst allerdings hervorgerufen durch eine Gruppe von Männern, welche bis 1870 theilweise den Ultramontanen zugezählt wurden. Haben diese auch nicht leugnen können, dass factisch die Curie es fertig gebracht hatte, sich der ganzen Regierungsgewalt in der Kirche zu bemächtigen, so wussten sie, dass dies lediglich die Folge einer historischen Entwicklung war, die sich jederzeit ändern konnte, deren Aenderung oft und laut gefordert wurde. Als man nun die Thatsache zum „geoffenbarten Dogma“ stempelte, musste sich ihr Gewissen und ihre Wissenschaft dagegen entschieden erheben.“

Es sei dahin gestellt, ob und in wie fern diese Schutzrede Herrn v. Schulte's diesem oder jenem unter den Führern der Altkatholiken zu Statten komme; was Herrn v. Schulte selbst betrifft, ihm kommt sie, das ist unstreitig, keineswegs zu Statten. Denn er hat in jener Zeit die Machtfülle des Papstes durchaus nicht als eine lediglich auf geschichtlicher Entwicklung beruhende und der Wandlung unterliegende, sondern als eine im Wesen des Primates begründete, dem Primate wesentlich innewohnende, als eine unumgänglich nothwendige, als eine so nothwendige dargestellt, dass mit ihr die Einheit der Kirche und mit dieser die Kirche selbst stehe und falle. Dass dem wirklich so ist, davon wird der verehrte Leser auf S. 34 ff. dieser Schrift sich überzeugen.

Was aber Herr v. Schulte in ersterer Beziehung, zur Empfehlung des Altkatholicismus, geltend macht, zeigt augen-

¹ „Neue Freie Presse“ Nr. 3759 S. 2, Sp. 2.

scheinlich, dass dieser sogenannte Altkatholicismus nicht mehr weit vom — Lutheranismus entfernt ist. So z. B., um hier nur Eines zu erwähnen, nennt Herr v. Schulte in dieser Hinsicht die von den Altkatholiken auf der Synode zu Bonn im Jahre 1874 beschlossene Abschaffung des vom IV. Lateranischen Concil im Jahre 1215 unter Papst Innocenz III. im Can. 21 für die gesammte Kirche erlassenen Gebotes, kraft dessen jeder katholische Christ, nachdem er zum Gebrauche der Vernunft gekommen, verpflichtet ist, wenigstens ein Mal im Jahre seine Sünden dem dazu verordneten Priester zu beichten und zur österlichen Zeit die heilige Communion zu empfangen,¹ und bezeichnet er diesen Beschluss der Altkatholiken als Befreiung der Gewissen von der Herrschaft der Hierarchie. Er sagt in dieser Beziehung wörtlich, wie folgt: „Auf der Synode in Bonn ist erklärt, dass der Papst kein Recht hat, dem Gewissen ein Gebot zu geben, bloß weil er will. Die geheime Beichte, die sogenannte Ohrenbeichte, welche erst Innocenz III. im Jahre 1215 bei Strafe

¹ Dieses Kirchengebot lautet in deutscher Uebersetzung folgendermassen: Ein jeder Gläubige, ohne Unterschied des Geschlechtes, soll, nachdem er zu den Jahren des Gebrauches der Vernunft gelangt ist, wenigstens ein Mal im Jahre alle seine Sünden allein seinem eigenen Priester aufrichtig beichten und die ihm auferlegte Busse nach seinen Kräften zu erfüllen suchen, und wenigstens zur Osterzeit das Sacrament der Eucharistie in Demuth empfangen, es sei denn, dass er nach dem Rathe seines eigenen Priesters aus irgend einem vernünftigen Grunde durch eine bestimmte Zeit sich des Empfanges dieses Sacramentes zu enthalten für gut fände; widrigenfalls soll er nicht bloß bei Lebzeiten vom Eintritt in die Kirche ausgeschlossen werden, sondern auch nach seinem Tode des christlichen Begräbnisses entbehren. Daher soll diese heilsame Verordnung in den Kirchen häufig verkündet werden, damit Niemand durch Unkenntniss derselben sich entschuldigen könne. Wollte aber Jemand aus einem triftigen Grunde einem fremden Priester seine Sünden beichten, so muss er früher von seinem eigenen Priester sich dazu die Erlaubniss erbitten, indem jener ihn sonst nicht zu lösen oder zu binden vermag. Der Priester aber sei bedächtig und vorsichtig, so dass er nach Art eines erfahrenen Arztes Wein und Oel in die Wunden des Kranken giesse, und erforsche daher sorgfältig die Umstände des Sünders und der Sünde, um daraus mit Sicherheit zu erkennen, welchen Rath er jenem ertheilen und was für ein Heilmittel er bei ihm anwenden solle, und bringe zur Heilung des Kranken verschiedene Versuche in Anwendung. Ganz und gar aber hüte er sich, durch ein Wort, oder ein Zeichen, oder auf irgend eine andere Art den Sünder irgendwie zu verrathen. Sollte er aber eines weisen Rathes bedürfen, so muss er diesen behutsam einholen, ohne die Person auch nur irgendwie zu nennen. Denn wenn es Jemand wagen würde, eine ihm im Bussgerichte entdeckte Sünde bekannt zu machen, so verordnen wir, dass derselbe nicht bloß seines Priesteramtes entsetzt, sondern überdies auch noch in ein strenges Kloster zum Zwecke lebenslänglicher Büssung verstossen werde." (Harduin. Collect. Concil. tom. VII. col. 35. sqq.; vgl. cap. 12 x. de poenit. et remiss. V. 38.) Hierzu sei bemerkt, dass nach der gegenwärtigen von der Kirche gutgeheissenen Disciplin die Gläubigen bei einem jeden vom Bischof der betreffenden Diöcese dazu ermächtigten Priester beichten können, ohne hierzu der Erlaubniss ihres eigenen Priesters (d. i. zuständigen Seelsorgers, parochus proprius) zu bedürfen. Siehe darüber: Vering's Archiv für kath. Kirchenrecht, vom Jahre 1871, Bd. XXVI. S. 229 f.

des Bannes jedem mündigen Christen einmal im Jahre vorzunehmen befahl, haben sie auf das reducirt, was sie nach der Lehre der alten Kirche sein soll: ein Mittel für den, der ihrer bedarf. So ist der Beichtzwang als blosses Mittel, die Gewissen der Hierarchie zu unterwerfen, gefallen.”¹

Welchem Kenner der Kirchengeschichte fällt bei diesen Worten nicht Dr. Martin Luther ein, welcher über das besagte Kirchengebot in ähnlicher Weise sich auslässt? Derselbe sagt darüber Folgendes:² „Also sollte die Beichte frey bleiben jedermann, und ihrer Nutz neben der Sünden Unglück, geprediget werden. Wer denn käme, der käme, wer nicht käme, der bliebe aussen.” Und ferner:³ „Derhalben ist hie weiter mein treuer Rath, dass ein Christenmensch auf die Fasten und Ostern nicht beichte noch zum Sacrament gehe, und denke also: siehe da dieweil das ein Mensch, der Pabst, geboten hat, so will ichs eben darum nicht thun; und wenn ers nicht geboten hätte, so wolte ichs thun: wills aber auf ein andermal thun, da ers nicht geboten hat, wenn und wie mich meine freye Lust und Andacht rühret.” Und an einer andern Stelle:⁴ „Ja ich sage weiter, und warne, dass je niemand einem Priester, als einem Priester, heimlich beichte, sondern als einem gemeinen Bruder und Christen. Und das darum, dieweil die päbstische Beichte keinen Grund hat.”⁵

Dahin steuert, bewusst oder unbewusst, der Altkatholicismus!

Möge doch die nahende heilige Osterfeier Herrn v. Schulte bewegen, in Ausführung zu bringen die hehren Worte des Evangeliums (Luc. 15, 18): „Surgam, et ibo ad Patrem meum!”

Wien, am Palmsonntag 1875.

Der Verfasser.

¹ „Neue Freie Presse” Nr. 3759 S. 2, Sp. 2 f.

² In seinem „Büchlein von der Beichte” §. 86.

³ Ebend. §. 96.

⁴ Ebend. §. 136.

⁵ Siehe: Dr. Martin Luther's sämtliche Schriften, herausgegeben von Johann Georg Walch, Halle 1740—1750, Bd. XIX, Spp. 1062, 1067 und 1086.

Inhaltsverzeichnis.

	Seite
Vorwort zur ersten Auflage	III
Vorwort zur zweiten Auflage	IV
Einleitung	1
I. v. Schulte's Anschauungen über das österreichische Concordat aus dem Jahre 1874	5
II. — Anschauungen über das österreichische Concordat aus den Jahren 1856—1860	7
III. — Anschauungen über das österreichische Concordat aus dem Jahre 1861	12
1. — Ansichten von dem Ursprung und Zweck der katholischen Kirche aus den Jahren 1855—1860	18
2. — Ansichten von den Eigenschaften der katholischen Kirche aus den Jahren 1855—1860	20
3. — Ansichten von dem Wirkungskreise der katholischen Kirche aus den Jahren 1855—1860	26
4. — Ansichten von der Verfassung der katholischen Kirche aus den Jahren 1855—1860	31
5. — Ansichten von dem Verhältniss der katholischen Kirche zum Staate aus den Jahren 1855—1860	43
6. — Ansichten von dem Charakter der Concordate insbesondere aus dem Jahre 1860	52
IV. — Anschauungen über das österreichische Concordat aus den Jahren 1862—1868	64
Schluss	66
Anhang	69

Berichtigung von Druckfehlern.

Seite 23, Zeile 8 von oben, statt: Verwurf — zu lesen: Vorwurf.
 „ „ Anm. 4, Zeile 1 von unten, statt: can. 15. CXXVIII. qu. 1. — zu lesen: can. 15. C. XXVIII. qu. 1.
 „ „ „ Zeile 3 von unten, statt: can. 1. 2. CXXVIII. qu. 2. — zu lesen: can. 1. 2. C. XXVIII. qu. 2.

Einleitung.

Die „Neue Freie Presse“ brachte am 24., 29., 30. und 31. Januar und am 1. und 8. Februar 1874 in den Nrn. 3382, 3387, 3388, 3389, 3390 und 3396 eine Reihe von Artikeln über die österreichischen confessionellen Regierungsvorlagen, mit dem Bemerkn,¹ diese Artikel stammen von einem der hervorragendsten deutschen Kirchenrechtslehrer, welchem langjährige Anwesenheit in Oesterreich die genaueste Detailkenntniss österreichischer Verhältnisse ermöglicht habe.

Die „Augsburger Allgemeine Zeitung“ vermuthete Anfangs,² der Verfasser erwähnter Artikel sei Professor Maassen in Wien. Sie fühlte sich jedoch bald³ zu der Erklärung veranlasst, jene Vermuthung mit voller Bestimmtheit als eine durchaus unbegründete bezeichnen und mit kaum geringerer Bestimmtheit hinzufügen zu dürfen, die gedachten Artikel stammen aus der Feder des Professors v. Schulte in Bonn. Endlich, am 4. März 1874,⁴ hat Herr Professor Dr. Johann Friedrich v. Schulte selbst sich öffentlich als Verfasser gedachter Artikel bekannt.

Nach Herrn v. Schulte's eigenem Ausspruch ist man von einem Manne von Charakter, insbesondere von einem Juristen,

¹ In der Nr. 3382 vom 24. Januar (Morgenblatt).

² In der Nr. 26 vom 26. Januar, S. 373.

³ In der Nr. 29 vom 29. Januar, S. 413.

⁴ In der Nr. 3420 der „Neuen Freien Presse“.

zumal Canonisten, Ueberzeugungstreue und Consequenz zu fordern berechtigt. „Es darf“ — dies verlangt Herr v. Schulte¹ von den literarischen Arbeiten eines Canonisten — „es darf kein Widerspruch der Principien selbst und keine Ausführung dieser stattfinden, welche in ihrer Consequenz auf jenen zurückführen würde.“ Und an einer anderen Stelle² spricht er mit dem Ausdruck der Verachtung von jenen katholischen Juristen, die, um bei gewissen Leuten Lob einzuernten, ihre Kirche verleugnen, sowie von Denen, die solchen Treubruchigen Lob spenden. „Gegenüber der Kirche“ — so äussert er sich in dieser Hinsicht — „darf man unwissenschaftlich, partiisch, unlogisch, kurz Alles, ausser Katholik sein, der mit Gründen seine Kirche und ihr Recht vertritt, um als Heros auf dem Markte einer gewissen Tagespresse zu stehen.“

Um so mehr dürfen wir daher von einem so hervorragenden Juristen und Canonisten, als es Herr v. Schulte ist, Ueberzeugungstreue und Consequenz verlangen.

Wenn wir aber an die in Rede stehenden Artikel diesen Massstab anlegen, so können wir, leider! nicht sagen, dass dieselben in dieser Beziehung den an sie gestellten Forderungen entsprechen. Im Gegentheil, sie enthalten viele, sehr viele Behauptungen, welche mit denjenigen, die Herr v. Schulte über die bezüglichen Gegenstände in seinen früheren Werken³ aufgestellt, in schreiendem Widerspruche stehen.

Dieser Widerspruch wird um so auffallender, wenn man in Erwägung zieht, wie Herr v. Schulte in den eben erwähnten

¹ In seinem „System des allgemeinen katholischen Kirchenrechts“, Giessen 1856, Vorrede S. XIII.

² Ebend. S. 190, Anm. 2.

³ Es sind namentlich folgende: „Handbuch des katholischen Eherechts.“ Giessen 1856; „System des allgemeinen katholischen Kirchenrechts.“ Ebend. 1856; „Erläuterung des Gesetzes über die Ehen der Katholiken im Kaiserthume Oesterreich vom 8. October 1856.“ 2. Aufl. Prag 1857; „Die Lehre von den Quellen des katholischen Kirchenrechts.“ Giessen 1860; „Betrachtungen über die Stellung der katholischen Kirche und der protestantischen Confessionen in Oesterreich vor dem Concordate vom 18. August 1855 und dem Patente vom 8. April 1861.“ Prag 1861; „Ueber gemischte Ehen.“ Ebend. 1862; „Lehrbuch des katholischen Kirchenrechts.“ Giessen 1863; 2. Aufl. Ebend. 1868.

Werken seine diesfälligen Ausführungen nicht etwa als blosse Vermuthungen, oder lediglich auf seiner Anhänglichkeit an die katholische Kirche beruhende Meinungen dargelegt, sondern als Ergebniss angestregten Studiums und gründlicher Forschung, als logisch nothwendige Folgerungen, als ganz gewisse, von selbst einleuchtende Sätze, als rein objective und völlig unparteiische Erörterungen u. dergl. hingestellt hat. „Dass ich,“ so spricht er in dieser Beziehung sich über sein „System des allgemeinen katholischen Kirchenrechts“¹ aus, „dass ich mit redlichem, unverdrossenem Willen und festem Entschlusse an's Werk gegangen bin, keine Mühe und Arbeit gescheut, jede Stunde, welche eine angestregte Berufsthätigkeit freiliess, meinem Ziele gewidmet habe, das kann und darf ich offen versichern.“ Ferner:² „Wo die Personen genannt sind, ist gewiss niemals die Grenze einer rein sachlichen Kritik überschritten; dass ich bei rein tendenziösen und durch Vorurtheile getrüben Werken dies angegeben, hat nur den Zweck, zur Objectivität anzutreiben. Auf etwas Anderes, als Objectivität, mache ich selbst keinen Anspruch. Nur bitte ich, und glaube fordern zu dürfen, dass man nichts Confessionelles suche, wo nichts ist, dass man nicht Liebe und Anhänglichkeit an seine Kirche und die Berufswissenschaft für unversöhnlich erachte mit kirchlicher Toleranz. Nicht eine Apologetik des Kirchenrechtes, noch eine Polemik gegen den Protestantismus, sondern die systematische Darstellung des katholischen Rechtes war meine Aufgabe, deren Lösung nur in der eingehaltenen Weise wissenschaftlich geschehen konnte. In dieser Beschäftigung existirt für mich nichts, als mein Stoff; bringt es dieser mit sich, dass andere Confessionen hereinziehen sind, so treten diese rein objectiv an mich heran. Ich mag die Objectivität nicht verletzen, mich auch nicht einmal in die Versuchung dazu setzen.“³

¹ Vorr. S. VI.

² Ebend. S. XIV.

³ Vgl. unten S. 10.

Wahrlich, es fällt schwer, dem Gedanken Raum zu geben, dass diese Werke und jene Artikel von einem und demselben Verfasser stammen.

Jedoch wir wollen nicht dem Urtheil unserer Leser vorgreifen, sondern lediglich einige der bezüglichen Behauptungen Herrn v. Schulte's von einst und von jetzt einander gegenüberstellen; das Urtheil über dieselben und über deren gegenseitiges Verhältniss wollen wir unseren Lesern überlassen.

...keinen Blick auf die Regierung hatten. — Der Erfolg dieses Systems liegt am Tage. Der slavische Clerus hat sich mit kaum bemerkbaren Annahmen auf die Seite der anti-deutschen vorparlamentarischen Partei gestellt, der deutsche ist bereits zum grossen Theile in's ultramontane Lager übergegangen. — Noch ist es Zeit, weil erst die Kräfte gelegt sind. Lässt man diese weiter zum Laufen werden, so ist es zu spät. Der Staat soll sich in das Gewissensgebiet nicht einmischen. Aber er muss fest, klar und consequent das Grenzgebiet zwischen der geistlichen und weltlichen Macht abstecken. I.

Herrn v. Schulte's Anschauungen über das österreichische Concordat vom 18. August 1855

aus dem Jahre 1874.

Der wesentliche Inhalt der Behauptungen, die Herr v. Schulte in den oben¹ gedachten Artikeln der „Neuen Freien Presse“ zum Ausdruck gebracht hat, ist folgender.

Das österreichische Concordat vom 18. August 1855 hat dem österreichischen Staate viele und wichtige Rechte entzogen; es hat den Frieden zwischen dem Clerus und der Staatsgewalt zerstört, ja die Existenz des Staates gefährdet. Es hat ferner den niederen Clerus der Willkür der Bischöfe preisgegeben, die nichtkatholischen österreichischen Unterthanen — Sätzen der katholischen Kirche unterworfen. Es ist die höchste Zeit, dass der Staat die Tendenzen der Kirche, die auf Vernichtung der staatlichen Gewalt ausgehen, durch Gesetze unschädlich mache, das Grenzgebiet zwischen der geistlichen und der weltlichen Macht allein abstecke, die Kirche vom Rechtsgebiete ausschliesse und auf das Gebiet des Gewissens beschränke. Er sagt in dieser Beziehung² wörtlich, wie folgt: „Bis auf das Gesetz vom 18. April 1870,³ ja selbst bis zum Concordat vom 18. August 1855 war, das ist nicht zu leugnen, Friede zwischen Clerus und Staatsgewalt vorhanden.“ — „Das Concordat hat mit Einem Schlage die Sachlage verändert. Die Selbstständigkeit der Geistlichen entfiel, weil

¹ S. 1.

² „Neue Freie Presse“ Nr. 3382 vom 24. Januar 1874.

³ Soll ohne Zweifel heissen: 1850.

sie keinen Rückhalt an der Regierung hatten.“ — „Der Erfolg dieses Systems liegt am Tage. Der slavische Clerus hat sich mit kaum nennenswerthen Ausnahmen auf die Seite der anti-deutschen, verfassungsfeindlichen Partei gestellt, der deutsche ist bereits zum grossen Theile in's ultramontane Lager übergegangen.“ — „Noch ist es Zeit, weil erst die Keime gelegt sind. Lässt man diese weiter zum Baume werden, so ist's zu spät. Der Staat soll sich in das Gewissensgebiet nicht einmischen. Aber er muss fest, klar und consequent das Grenzgebiet zwischen der geistlichen und weltlichen Macht abstecken, er muss durch Gesetze Tendenzen unschädlich machen, die auf Untergrabung, auf Vernichtung der staatlichen Gewalt ausgehen. Das ist nur möglich, wenn das Gesetz Vorsorge trifft, dass in Oesterreich die Kirche nur das Gebiet des Gewissens als das ihrige anzusehen hat, dass sie die Freiheit behält, für das religiös-sittliche Wohl zu wirken, dass aber auf dem Rechtsgebiete, in allen bürgerlichen und staatsbürgerlichen Dingen nur das Gesetz massgebend ist, dass in Oesterreich nicht der Papst, sondern der Kaiser der Souverän bleibe.“

Und ferner:¹ „Oesterreich kann und darf seinen nichtkatholischen Unterthanen gegenüber nicht mehr an Sätzen festhalten, die Rom nie aufgeben wird; es hat bereits 1867² die römischen Principien verworfen und muss dabei bleiben, wenn nicht jedes Gefühl für Recht verschwinden soll. Der Staat hat alle Staatsbürger nach denselben Grundsätzen zu behandeln, so weit die allgemein menschlichen, bürgerlichen und staatsbürgerlichen Rechte in Frage kommen. Was dem Gewissen angehört, überlasse er diesem. Er darf keinen Bürger nach den kirchlichen Sätzen einer fremden Confession beurtheilen, sonst übt er Gewissenstyrannie.“

Uebers dies stimmt Herr v. Schulte³ auch der im Jahre 1870 improvisirten Meinung bei, wornach das österreichische Concordat vom 18. August 1855 in Folge der Constitution des vaticanischen Concils vom 18. Juli 1870 über die Unfehlbarkeit und die Machtfülle des Papstes unhaltbar geworden sein soll, indem durch die erwähnte Constitution „der Papst als Compaciscent ein anderer geworden, an die Stelle der alten, limitirten

¹ „Neue Freie Presse“ Nr. 3387 vom 29. Januar 1874.

² Damit meint Herr v. Schulte die Staatsgrundgesetze vom 21. December 1867.

³ Ebend. S. 2, Sp. 1 f.

Kirchengewalt eine neue, unbeschränkte und unbeschränkbare getreten sei."

Dies sind im Wesentlichen die Ansichten, die Herr v. Schulte über das österreichische Concordat vom 18. August 1855 in den oben genannten Artikeln der „Neuen Freien Presse" vom Jahre 1874 als seine Ueberzeugung zum Ausdruck gebracht hat.

II.

Herrn v. Schulte's Anschauungen

über das

österreichische Concordat vom 18. August 1855

aus früherer Zeit, namentlich aus den Jahren 1856—1860.

Hätte das österreichische Concordat vom 18. August 1855 wirklich etwas der Existenz des österreichischen Staates Gefährliches enthalten, so hätte es, unserer Meinung nach, ein so scharfsinniger Jurist und Canonist, als es Herr v. Schulte ist, auf den ersten Blick erkennen müssen.

Allein Herr v. Schulte hat in dem gedachten Concordat bis tief in die sechziger Jahre herab nichts Derartiges zu entdecken vermocht. Im Gegentheil, er bezeichnete es damals als einen Act der Wiedererstattung, welche die österreichische Staatsgewalt der Kirche schuldig gewesen, und als einen Act hoher staatsmännischer Weisheit, durch welchen die sittlichen Grundlagen der geselligen Ordnung und des Glückes der Völker Oesterreichs erneuert und befestigt würden. Er pries es als einen Vertrag zwischen Kirche und Staat, der, von beiden Seiten ehrlich eingehalten, zur Hebung der sittlich-religiösen Zustände in Oesterreich unendlich viel beitragen, hierdurch aber dem Staate ebenso sehr als der Kirche nützen werde.

Er sagt hierüber in seinem im Jahre 1856, also kurz nach Abschluss des Concordates, zu Giessen in Druck erschienenen „System des allgemeinen katholischen Kirchenrechts", ¹ mit Rück-

¹ S. 187.

sicht auf das im vorigen und zu Anfang des gegenwärtigen Jahrhunderts der Kirche durch den Episcopalismus zugefügte Unrecht, wie folgt: „Und blieben auch noch Spuren der Fäulniss sichtbar, so sind doch — in diesen Tagen durch den echt katholischen Sinn der Apostolischen Majestät des Kaisers und Königs Franz Joseph I. von Oesterreich alle durch Staatsgesetze dem Papste in Betreff der ihm nach göttlichem Rechte auf die Leitung der Kirche zustehenden Befugnisse entgegengestellten Hindernisse so gänzlich hinweggeräumt, dass die übrigen Staaten, selbst gegen ihren Willen, sofern es nicht bereits geschah, sich der Forderung der ewigen Gerechtigkeit nicht länger werden entziehen können.“ Und insbesondere über den Artikel II ¹ des Concordates äussert Herr v. Schulte sich ² folgendermassen: „Der Art. II des Concordates enthält durch seine reine, unzweideutige Anerkennung die volle Sühne dessen, was seit Kaiser Joseph II. gegen den heiligen Stuhl in Oesterreich gefehlt war.“

So hat Herr Professor v. Schulte über das österreichische Concordat im Jahre 1856 geurtheilt.

In seiner im Jahre 1857 zu Prag herausgegebenen „Erläuterung des Gesetzes über die Ehen der Katholiken im Kaiserthume Oesterreich vom 8. October 1856“ ³ lässt Herr Professor v. Schulte über die österreichischen Zustände, insbesondere jene auf dem Gebiete des Eherechtes, vor Abschluss des Concordates, sich folgendermassen aus: „Es kann nicht meine Absicht sein, die tausendmal gehörten Vorwürfe von Neuem zu wiederholen; ich recapitulire die Geschichte nur ganz kurz aus dem einfachen Grunde, um darüber keinen Zweifel zu lassen, dass eine Aenderung eintreten musste, dass der Friede zwischen Kirche und Staat nicht geschlossen werden konnte, wenn nicht das bisherige Eherecht in seinen Grundlagen sich änderte. Welche tiefe Wunden die Legislation in kirchlichen Dingen beiden Gewalten zugefügt habe, das brauche ich hier nicht zu wiederholen. Denn wozu kaum vernarbte Wunden aufreissen? Nur das Eine sei gesagt: der schwere Schlag, welcher die Kirche seit den

¹ Derselbe lautet also: „Da der römische Papst den Primat der Ehre wie der Gerichtsbarkeit in der ganzen Kirche, so weit sie reicht, nach göttlichem Rechte inne hat, so wird der Wechselverkehr zwischen den Bischöfen, der Geistlichkeit, dem Volke und dem heiligen Stuhle in geistlichen Dingen und kirchlichen Angelegenheiten einer Nothwendigkeit, die landesfürstliche Bewilligung nachzusuchen; nicht unterliegen, sondern vollkommen frei sein.“

² Ebend. Anm. 1.

³ S. 20.

achtziger Jahren getroffen hat, das schwere Unrecht, welches man überall durch die Eingriffe in das eigenthümlichste religiöse, sowie das rein privatrechtliche Gebiet der Kirche beging, hat für ganz Europa seine Früchte getragen in den traurigen Ereignissen am Ende des vorigen Jahrhunderts und in unserem. Seitdem man die Rechte der ältesten und ehrwürdigsten Institution der Welt nicht mehr achtete, konnte man es unmöglich verhindern, dass die Rechte der weltlichen Corporationen und der Privaten jene Heiligkeit und Unverletzlichkeit behielten, welche sie vordem hatten, dass die Unterthanen nicht in Zeiten der allgemeinen Verwirrung nach den Rechten der Herrscher greifen würden. Und wie hat das Beispiel Oesterreichs dazu beigetragen, dass in den nichtkatholischen Staaten die Stellung der Katholiken eine schlechtere ward!"

Ueber die zur Verbesserung gedachter Zustände auf Grund des Artikels X¹ des Concordats erlassenen neuen Gesetze, nämlich das mit dem 1. Jänner 1857 zur Wirksamkeit gelangte kaiserliche Patent vom 8. October 1856,² ferner das diesem Patente als 1. Anhang beigegebene Gesetz „Ueber die Ehe-Angelegenheiten der Katholiken im Kaiserthume Oesterreich“, und den demselben Patente weiter beigefügten und in dem eben genannten Gesetze (§. 3) angezogenen 2. Anhang: „Anweisung für die geistlichen Gerichte des Kaiserthumes Oesterreich in Betreff der Ehesachen“, — fällt Herr v. Schulte³ folgendes, glänzende Urtheil: „Die zur Grundlage unserer Darstellung dienenden Gesetze sind, wie ohne Scheu versichert werden kann, die Frucht langer und reifer Berathungen, mit einer Sorgfalt, einem Aufwande von Zeit und Mühe berathen, dass man in

¹ Derselbe lautet, wie folgt: „Da alle kirchlichen Rechtsfälle und insbesondere jene, welche den Glauben, die Sacramente, die geistlichen Verrichtungen und die mit dem geistlichen Amte verbundenen Pflichten und Rechte betreffen, einzig und allein vor das kirchliche Forum gehören, so wird über dieselben der kirchliche Richter erkennen, und es hat somit dieser auch über die Ehesachen nach Vorschrift der heiligen Kirchengesetze und namentlich der Verordnungen von Trient zu urtheilen und nur die bürgerlichen Wirkungen der Ehe an den weltlichen Richter zu verweisen. Was die Eheverlöbnisse betrifft, so wird die Kirchengewalt über deren Vorhandensein und ihren Einfluss auf die Begründung von Ehehindernissen entscheiden und sich dabei an die Bestimmungen halten, welche dasselbe Concilium von Trient und das apostolische Schreiben, welches mit „Auctorem fidei“ beginnt, erlassen hat.“ Durch das erwähnte Schreiben (vom 28. August 1794) hat nämlich Papst Pius VI. mehrere, von der Diöcesansynode zu Pistoja in Toscana im Jahre 1786 unter dem Bischöfe Scipio Ricci gefasste unkirchliche Beschlüsse, unter Anderem auch die Eheverlöbnisse betreffend, verdammt.

² R.-G.-Bl. Nr. 185.

³ Ebend. S. 25.

Wahrheit sagen kann, die Redactoren haben ein Opfer gebracht. Möge man aber auch ohne Vorurtheil, jedoch in richtiger Würdigung dessen, was noth that, an die Betrachtung derselben gehen. Sicherlich wird dann einem Jeden einleuchten: der feste, ernstliche Wille, den bestehenden Zustand zu bessern, — der Wille und der Erfolg, Gott und Seiner Kirche zu geben, was Ihrer, und dem Kaiser, was Seiner ist, — das redliche, mit Erfolg gekrönte Bemühen, über dem Rechte der Katholiken nicht zu vergessen, was den nichtkatholischen Unterthanen gebührt. Es ist das „*Suum Cuique*“, welches als Grundsatz unerschütterlich festgehalten wurde. Wo die Rechte der Kirche und des Staates auseinanderzusetzen waren, da stand man sich nicht schroff gegenüber, sondern das kaiserliche „*Viribus unitis*“ beseelte die Thätigkeit der Theilnehmer.“

Das eben Gesagte will Herr v. Schulte durchaus nicht als eine blosse Höflichkeitsbezeigung, sondern als den Ausdruck seiner innigsten Ueberzeugung angesehen wissen. Ebenso sehr verwahrt er sich gegen einen etwaigen Vorwurf der Parteilichkeit; diese, sagt er, sei ihm fremd; er achte und verfechte das Recht, wo er es nur immer finde, sei es auf Seiten der Kirche, sei es auf Seiten des Staates. Er sagt in dieser Hinsicht:¹ „Ohne Schmeichelei, ohne Parteilichkeit muss jeder Kundige und Wohlmeinende sich daher für verpflichtet erachten, offen und frei das Gesetz ein billiges und gerechtes zu nennen; mir ist kein Civilgesetz bekannt, und wenn ich die Legislation aller Staaten betrachte, welche europäische Cultur haben, welches die gesteckte Aufgabe so glücklich, gerecht und vollständig erreicht habe. Um so freudiger wage ich diese Erklärung abzugeben, als ich, bevor dies Ereigniss zu erwarten stand, mich frei und unumwunden über die Schwächen der österreichischen, wie fast aller deutschen Ehegesetzgebungen erklärt, aber auch stets mich ebenso offen und unumwunden für jedes Recht der Regenten, als für das der Kirche ausgesprochen habe, und ein Feind bin jeder Uebertreibung, jedes Herrschens der einen Macht auf Kosten der anderen.“ So hat Herr Professor v. Schulte über das österreichische Concordat, namentlich in Hinsicht auf das Ehe-recht, — im Jahre 1857 geurtheilt.

Ferner in seiner, im Jahre 1860 zu Giessen veröffentlichten

¹ Ebend. S. 25 f.

„Lehre von den Quellen des katholischen Kirchenrechts“¹ sagt Herr v. Schulte in Betreff der Stellung der katholischen Kirche in Oesterreich vor dem Concordat, dass „die Kirche auf ihrem innersten Gebiete durchgehends nicht blos an freier Bewegung gehindert, sondern auf jedem Schritt und Tritt, so weit nicht geradezu eine Regierung der Kirche durch die Staatsbehörden stattfand, an die Zustimmung von diesen gebunden“ war.

Den Standpunkt, von dem man bei Abschliessung des Concordats ausgegangen war, schildert Herr v. Schulte² folgendermassen: „Man wollte keine Trennung von Kirche und Staat, man wollte das österreichische Kaiserreich nicht von der Grundlage lösen, welche dasselbe durch die Geschichte erhalten, mit der das Kaiserhaus verwachsen ist; der Kaiser wollte seine Rechte und Pflichten als katholischer Fürst, als apostolische Majestät nicht über Bord werfen, sondern gegenüber der katholischen Kirche nach katholischen, nicht nach diesen feindseligen Grundsätzen regieren und von seinen Behörden handeln lassen.“ — „Auf diesen Grundlagen kam das Concordat zu Stande und wurde am 18. August 1855 zu Wien von den Bevollmächtigten unterzeichnet, vom Kaiser am 23. September 1855 ratificirt, vom Papste mit Bulle *Deus humanae salutis auctor* d. d. III. Non. Novembr. (d. i. 3. November) 1855 gleichfalls ratificirt und publicirt. Hierauf erfolgte mit Patent vom 5. November 1855³ die unbedingte Publication des Concordats als Staatsgesetz.“

In Betreff der heilsamen Wirkungen, welche dieser feierliche Vertrag zwischen Kirche und Staat für die beiden genannten Gewalten hervorzubringen geeignet sei, versichert Herr v. Schulte,⁴ dass der gedachte Vertrag, „von beiden Seiten ehrlich eingehalten, zur Hebung der sittlich-religiösen Zustände unendlich viel beitragen, hiedurch aber dem Staate ebenso sehr als der Kirche nützen wird“. Insbesondere aber hebt er in dieser Beziehung hervor, dass selbst die nichtkatholischen Unterthanen des österreichischen Kaiserstaates allen Grund haben, das in Rede stehende Concordat mit Freuden zu begrüßen, indem gerade dieses es sei, was ihnen die Erlangung der Freiheit auf ihrem confessionellen Gebiete ermöglicht habe. „Dies zu thun“ — so äussert Herr v. Schulte sich⁵

¹ S. 496.

² Ebend. S. 498.

³ R.-G.-Bl. Nr. 195.

⁴ Ebend. S. 500.

⁵ Ebend. S. 498.

in dieser Hinsicht über den Abschluss des Concordates — „dies zu thun, der katholischen Kirche zu geben, was ihr zukam, machte es ihm (dem Kaiser) dann um so leichter, auch den nichtkatholischen Unterthanen das zu gewähren, worauf dieselben Anspruch haben. Beides steht nicht im Widerspruche. Letzteres aber ohne Ersteres wäre an sich eine Absurdität, vollends aber in Anbetracht der wirklichen Verhältnisse der Monarchie.“ — Ja er steht nicht an, in dieser Beziehung folgenden Ausspruch zu thun:¹ „Die Freiheit der katholischen Kirche ist auch in den katholischen Staaten, wie Oesterreich bewiesen hat, die beste Gewähr für die Freiheit der anderen.“

So schrieb Herr Professor v. Schulte über die kirchlichen Zustände in Oesterreich vor dem Concordat und über den Geist des Concordats — im Jahre 1860.

III.

Herrn v. Schulte's Anschauungen

über das

österreichische Concordat vom 18. August 1855

aus früherer Zeit, namentlich aus dem Jahre 1861.

Nun wollen wir erwägen, was Herr v. Schulte über das österreichische Concordat vom 18. August 1855 — im Jahre 1861 geschrieben hat, nachdem durch das kaiserliche Patent vom 8. April 1861² die Angelegenheiten der „evangelischen Kirche augsburgischen und helvetischen Bekenntnisses, insbesondere die staatsrechtlichen Beziehungen derselben“ in den daselbst genannten nichtungarischen Ländern des österreichischen Kaiserreiches³ geregelt worden und hiermit die Hoffnungen erfüllt waren, zu denen er die nichtkatholischen österreichischen Staatsunterthanen im Jahre 1860 in Folge des Concordats als berechtigt erklärt hatte. In der im gedachten Jahre 1861 zu Prag herausgegebenen Schrift, betitelt: „Betrachtungen über die Stellung der katholischen Kirche und der protestantischen Confessionen in Oesterreich vor dem

¹ Ebend. S. 450.

² R.-G.-Bl. Nr. 41.

³ Namentlich in dem Erzherzogthume Oesterreich ob und unter der Enns, dem Herzogthume Salzburg, dem Herzogthume Steiermark, den Herzogthümern Kärnten und Krain, der gefürsteten Grafschaft Görz und Gradisca, der Markgrafschaft Istrien und der Stadt Triest mit

Concordate vom 18. August 1855 und dem Patente vom 8. April 1861, sowie auf Grundlage beider, vom 'Rechtsstandpunkte dargestellt', schildert derselbe¹ die Stellung der katholischen Kirche, den Geist und die kirchliche Wirksamkeit des Clerus in Oesterreich vor dem Concordat — mit folgenden Worten: „Während — die Protestanten seit Kaiser Joseph II. der Gegenstand unausgesetzter Sorgfalt der Regierung waren, wie erging es der katholischen Kirche? Sie wurde in den Gesetzen Joseph's und in manchen bis auf das Jahr 1848 für die herrschende, dominante, die Staatskirche erklärt, hatte thatsächlich diese Stellung.“ — „Aber Hand in Hand hiermit ging die unbedingteste Bevormundung der Kirche, ihre absolute Unfähigkeit zur freien Bewegung auf irgend einem Gebiete, ausser in dem Beichtstuhle.“ — „Auf der einen Seite hatte der Clerus (abgesehen von Ungarn und von Rechten, welche mit der früheren Gerichts- und politischen Verfassung zusammenhingen) die Privilegien älterer Zeiten: Gerichtsstand in allen Dingen vor dem Bischofe, Steuerfreiheit u. dgl., verloren. Ob er aber kirchlicher im guten Sinne des Wortes geworden; ob die Erziehung und Bildung in den Seminarien seiner hohen und schweren Aufgabe entsprach; ob das gänzliche Verschwinden jeder kirchlichen Disciplinar-Gerichtsbarkeit, welche nicht in der Form rein administrativer Verfügungen sich bewegt, die factische Aufhebung des Verhältnisses zwischen Bischof, Clerus und Laien, welches so sehr im Geiste der Kirche liegt, zum Heile gereichte; ob man bei der Ernennung der Bischöfe stets den bischöflichen Beruf als Hauptsache im Auge behielt; ob die factische Lähmung jedes Einflusses des Papstes auf die kirchlichen Angelegenheiten, das völlige Verschwinden des Lebens nach ihren Regeln in den Mönchsorden; ob die Verwaltung aller Kirchenangelegenheiten, welche nicht den Gottesdienst, die Sacramente oder dergleichen betreffen, durch Staatsbehörden, beziehungsweise die Consistorien nach blossen Staatsvorschriften u. s. w.; ob alle diese Dinge nicht nothwendig den kirchlichen Zustand herbeiführen mussten, der eingetreten ist: das überlasse ich getrost dem Urtheile jedes Einsichtigen und billig Denkenden. Nur die Frage möchte ich stellen: Wird eine gänzlich unfreie, nach jedweder Richtung hin

ihrem Gebiete, in der gefürsteten Grafschaft Tirol und Vorarlberg, dem Königreiche Böhmen, der Markgrafschaft Mähren, dem Herzogthume Ober- und Nieder-Schlesien, den Königreichen Galizien und Lodomerien mit den Herzogthümern Auschwitz und Zator, dem Grossherzogthume Krakau und dem Herzogthume Bukowina.

¹ S. 19 ff.

bevormundete Kirche überhaupt im Stande sein, ihre Aufgabe zu erfüllen? Wird dies möglich sein, wenn man zwar dieselbe als Staatskirche festhält, ihre hohen und niederen Diener auch gelegentlich mit Ehren u. dgl. ausstattet, dadurch selbst zum Gegenstande des Neides macht, auf der anderen Seite aber Jeder sofort einsieht, dass sie zur Staatsanstalt geworden ist? Kann die katholische Kirche wirken, wenn sie bei ihrer eigenthümlichen Verfassung nicht die Möglichkeit hat, dafür zu sorgen, dass der Clerus seiner Aufgabe entspreche, ja wenn sie nicht einmal die rein kirchlichen Mittel anwenden kann, um das Schadhafte abzustossen? Musste nicht nothwendig, je mehr die Zeitrichtung zu freierer Bewegung auf dem politischen, socialen und commerciellen Gebiete drängte, die Kirche, deren Leiter sich durch mehrere Menschenalter so sehr an das ausschliessliche Sichbewegen nach Ordonnanzen gewöhnt hatten, dass selten eine Sehnsucht nach kirchlichem Leben laut ward, in Verachtung kommen? Musste das nicht um so mehr der Fall sein, als sie wegen ihrer allein berechtigten Stellung im Staate mit den Staatsorganen Hand in Hand zu gehen schien, um jede freiere Regung hintanzuhalten? Wie der Clerus gestellt war, hatte er nicht die Möglichkeit, weil er der herrschenden, mit dem Staate verwachsenen, durch ihn geleiteten Kirche angehörte, und fühlte kaum das Bedürfniss zu einem Aufschwunge, welcher fähig ist, in unserer mit Riesenschritten den früheren Jahrhunderten, im letzten halben Jahrhundert um Jahrhunderte, vorangeeilten Zeit auf die Geister einzuwirken. Darin liegt der wahre Grund der falschen Stellung, des unwahren Verhältnisses, worin sich die Kirche leider thatsächlich, wenn überhaupt irgendwo, so in Oesterreich befindet."

Sodann bespricht Herr Professor v. Schulte in der eben erwähnten Schrift¹ die einzelnen, auf Umgestaltung jener trostlosen Lage der katholischen Kirche in Oesterreich abzielenden, Vorkehrungen der österreichischen Staatsgewalt bis zum Abschluss des Concordats vom 18. August 1855, sowie auch die von derselben zur Regelung der confessionellen Angelegenheiten der Evangelischen des augsburgischen und helvetischen Bekenntnisses getroffenen Massregeln, vom kais. Patent vom 4. März 1849²

¹ S. 21 ff.

² R.-G.-Bl. Nr. 151, wo im §. 2 Folgendes bestimmt wird: „Jede gesetzlich anerkannte Kirche und Religionsgesellschaft hat das Recht der gemeinsamen öffentlichen Religionsübung, ordnet und verwaltet ihre Angelegenheiten selbstständig, bleibt im Besitze und Genusse der

angefangen bis zu dem schon genannten¹ kais. Patent vom 8. April 1861, und weist² nach, dass durch letztgenanntes kais. Patent die Evangelischen beider Bekenntnisse in den betreffenden Ländern des österreichischen Kaiserstaates in confessioneller Beziehung jedenfalls ein ebenso grosses Mass von Freiheit erhalten haben, als die katholische Kirche durch das Concordat; wie dies namentlich aus dem §. 1 des genannten Patenten erhelle, wo es folgendermassen heisse: „Die Evangelischen des augsbургischen und helvetischen Bekenntnisses sind berechtigt, ihre kirchlichen Angelegenheiten selbstständig zu ordnen, zu verwalten und zu leiten.“ Und bestimme auch der Art. I des Concordats: „Die heilige römisch-katholische Religion wird mit allen Befugnissen und Vorrechten, deren dieselbe nach der Anordnung Gottes und den Bestimmungen der Kirchengesetze geniessen soll, im ganzen Kaiserthume Oesterreich und allen Ländern, aus welchen dasselbe besteht, immerdar aufrecht erhalten werden“ — so verordne gleichwohl auch der §. 2 des gedachten Patenten: „Die volle Freiheit des evangelischen Glaubensbekenntnisses, sowie das Recht der gemeinsamen öffentlichen Religionsübung ist ihnen für immerwährende Zeiten von Uns zugesichert. Es werden daher alle früher bestandenen Beschränkungen in Absicht auf die Errichtung von Kirchen mit oder ohne Thurm und Glocken, auf die Begehung aller religiösen Feierlichkeiten, welche ihrer Glaubenslehre entsprechen, auf die Ausübung der Seelsorge, insoweit diese Beschränkungen noch in Uebung sein sollten, hie-mit ausser Kraft und Wirksamkeit gesetzt und für null und nichtig erklärt.“

Bei dieser Gelegenheit macht Herr v. Schulte die Bemerkung, welch' ein grosser Irrthum es gewesen sei, durch das Concordat, namentlich den Art. I desselben, die rechtliche Existenz der nichtkatholischen Religionsgesellschaften in Oesterreich gefährdet zu glauben. Er sagt in dieser Hinsicht:³ „Das Concordat berührt die Angelegenheit fremder Confessionen absolut gar nicht, stand und steht nicht im Wege, dass in Oesterreich den Akatholiken nicht blos in bürgerlicher Beziehung gleiche

für ihre Cultus-, Unterrichts- und Wohlthätigkeitszwecke bestimmten Anstalten, Stiftungen und Fonds, ist aber, wie jede Gesellschaft, den allgemeinen Staatsgesetzen unterworfen.“

¹ Oben S. 12.

² Ebend. S. 26 ff.

³ Ebend. S. 50.

Rechte mit den Katholiken gegeben werden, sondern selbst deren Confessionen auf ihrem Gebiete gerade so frei und berechtigt gestellt werden, als die katholische Kirche." Und wiederum: ¹ „Er (der Art. I des Concordats) konnte nicht hindern, dass jeder anderen in Oesterreich bereits berechtigten oder später etwa aufzunehmenden Religion gleiche Freiheit gegeben werde."

Hierauf geht Herr v. Schulte in der gedachten Schrift an die Lösung der Frage: warum die confessionellen Angelegenheiten der katholischen Kirche in Oesterreich durch Concordat, durch Vertrag mit dem Papste, hingegen jene der Evangelischen einfach durch Gesetz geregelt wurden? „Man wird jedoch" — schreibt er ² — „sagen: Die katholischen Angelegenheiten wurden durch Vertrag geregelt, die evangelischen ordnet der Staat einseitig."

Er findet diesen verschiedenen Vorgang der österreichischen Staatsgewalt bei Regelung der confessionellen Angelegenheiten der Katholiken einerseits und der Evangelischen andererseits in der Verschiedenheit der Natur der beiden genannten Religionsgenossenschaften begründet, und somit vollkommen berechtigt. Die Evangelischen, sagt er, haben bis zu dem gedachten Patent in Oesterreich gar keine kirchliche Verfassung gehabt; erst durch dieses Patent seien sie daselbst eine Kirche geworden; und somit habe die österreichische Staatsgewalt deren confessionelle Angelegenheiten füglich nicht anders als auf dem Wege des Gesetzes regeln können, zumal unter den protestantischen Theologen und Kirchenrechtslehrern über die Gestaltung der Kirchenordnung eine überaus grosse Meinungsverschiedenheit herrsche. Er sagt in dieser Beziehung ³ wörtlich, wie folgt: „Die Evangelischen in Oesterreich haben niemals, bevor das Gesetz sie dazu vereint hat, eine Kirche gebildet, hatten nie einen Zusammenhang unter einander." — „Sie hat also der Staat zu einer kirchlichen Gemeinschaft gemacht. Nur der Staat hat ihnen hiedurch, sowie durch die von ihm geschützte und unterstützte unbedingte Selbstständigkeit — die Macht verliehen, ein kirchliches Leben zu entwickeln." — „Nach dem Rechte aller deutschen Länder ist das sogenannte Episcopalrecht über die Protestanten ein Recht

¹ Ebend. S. 26.

² Ebend. S. 31 f.

³ Ebend. S. 32 f.

des Landesherrn; es ist ausgemacht, dass der österreichische Kaiser nach deutscher Rechtsanschauung keine Rechtspflicht hatte, die Evangelischen betreffs der öffentlichen Religionsübung den Katholiken gleichzustellen, oder gar eine evangelische Kirche als der katholischen gleichberechtigt anzuerkennen. Es ist, angefangen vom Patente vom 4. März 1849 bis auf das vom 8. April 1861, geschehen. Ein anderer Weg, als der eines Gesetzes, war gar nicht möglich. Denn es etwa auf das überall missglückte Experiment einer Generalsynode ankommen zu lassen, hätte wohl Niemand rathen mögen. Und wie sollte eine solche Synode zusammengesetzt werden?" Und an einer anderen Stelle: ¹ „Von einer festen Verfassung ist bei ihnen (den Protestanten) keine Rede; was die General-Synoden zu Stande bringen, haben solche in anderen Ländern bewiesen, es bleibt also vorläufig nichts übrig, als von Staatswegen eine provisorische oder definitive Kirchenverfassung — und bekanntlich sind in allen protestantischen wie katholischen Staaten die protestantischen Kirchenordnungen von dem Landesherrn gegeben worden — zu machen, deren Annahme oder Verbesserung und Ausbildung den durch sie geschaffenen Organen überlassen bleibt. Solches aber ist kein leichtes Ding, in Anbetracht des Umstandes, dass es kaum zwei protestantische Theologen oder Kirchenrechtslehrer, von den Stiftern angefangen, gibt, welche unter sich völlig einig und im Reinen wären über die Gestaltung der Kirchenordnung, dass in den deutschen protestantischen Staaten diese ein wahres Chaos von Verschiedenheiten und Mannigfaltigkeiten darbieten, dass endlich über mancherlei Dinge, welche das protestantische Kirchenwesen betreffen, absolute Uneinigkeit herrscht."

Mit der katholischen Kirche hingegen habe es in dieser Beziehung eine ganz andere Bewandniss gehabt. „Die katholische Frage," schreibt er, ² „lag sehr einfach."

In den diesfälligen Ausführungen fusst aber Herr v. Schulte durchweg auf seinen, in früheren Werken, namentlich im „Handbuch des katholischen Eherechts", ³ besonders aber im „System des allgemeinen katholischen Kirchenrechts" ⁴ und in der „Lehre von den Quellen des katholischen Kirchenrechts", ⁵ dargelegten

¹ Ebend. S. 22 f.

² Ebend. S. 23.

³ Giessen 1855.

⁴ Ebend. 1856.

⁵ Ebend. 1860.

Ansichten von dem Ursprung und Zweck, den Eigenschaften, dem Wirkungskreise und der Verfassung der katholischen Kirche, ferner von ihrem Verhältnisse zum Staat und vom Charakter der Concordate.

Um nun unseren Lesern das Verständniss der gedachten Ausführungen Herrn v. Schulte's zu erleichtern, wollen wir aus dessen oben genannten Schriften über die eben erwähnten Punkte Einiges vorausschicken.

1.

Was zunächst den Ursprung und Zweck der Kirche betrifft, so fasst diese Herr v. Schulte in den gedachten Schriften auf als die von Christus dem Herrn zur Fortsetzung der von ihm begründeten Entsündigung und Heiligung der Menschheit gestiftete Anstalt. Zur Leitung derselben habe Christus der Herr die Apostel, den Petrus an der Spitze, berufen, mit der Befugnis, die ihnen verliehene Gewalt auf Andere zu übertragen. Die Grundgesetze der von ihm gestifteten Kirche habe Christus der Herr selbst gegeben; die weitere Entwicklung und Ausbildung derselben aber habe Er den von ihm eingesetzten Leitern der Kirche und ihren rechtmässigen Nachfolgern übertragen und ihnen zugleich zur Erleuchtung und Stärkung in ihrem apostolischen Amte den heiligen Geist gesandt. Den Eintritt in seine Kirche und den Gebrauch der von ihm in derselben niedergelegten Heilmittel habe Christus der Herr nicht der Willkür der Menschen überlassen, sondern ihnen zur unerlässlichen Pflicht gemacht. „Endzweck der christlichen Religion," so spricht Herr v. Schulte¹ in dieser Beziehung sich aus, „ist die Erziehung des Menschengeschlechtes dem göttlichen Willen gemäss, hierdurch die Zurückführung des Einzelnen zu seinem letzten und höchsten Ziele: der ewigen Glückseligkeit nach dem Tode. Alles Streben geht also dahin: den Gegensatz zwischen göttlichem Gesetze und menschlichem Willen dadurch aufzuheben, dass der Mensch mit Gottes Gnade freiwillig sich dem göttlichen Willen unterwerfe, dass so auf Erden das Reich Gottes hergestellt werde. Und hierzu der Menschheit ein untrügliches Mittel zu bieten, hat Gott seinen Sohn gesandt. Dieser hat bestimmte Mittel und Wege vorgezeichnet und Jedem deren Einhaltung ermöglicht, zu deren Reinhaltung den heiligen Geist ge-

¹ Lehre von den Quellen, S. 4 f.

sandt. Diese Mittel und Wege zu ergreifen hat Christus aber nicht — in des Einzelnen Belieben gestellt, sondern als Bedingung der Erlangung des Heiles gefordert. Sollte dies möglich sein, so musste, der menschlichen Natur angemessen, ein gemeinsames Streben eintreten, eine Gemeinschaft seiner Anhänger vorhanden sein, welche, um stets der Wahrheit versichert und vor Irrthum bewahrt zu werden, Allen erkennbar werde und Alle in sich aufnehmen könne." — „Christus hat demnach zur Erreichung jenes Zieles während seines irdischen Wirkens die Lehren verkündet und die Mittel bereitet, wodurch der Mensch fort und fort in jeder Lebenslage für seinen Beruf geheiligt wird, die Grundlagen der Ordnung aufgerichtet, welche sein Reich, das in der Welt aber nicht von dieser Welt durch den Glauben an ihn und das Handeln nach diesem Glauben gebildet ist, zusammenhalten soll. Als Stützen dieser Ordnung hat Er seine Apostel berufen, unter ihnen Einen, den Petrus, den Uebrigen als Haupt und Leiter vorgesetzt, diesen Aposteln aber die weitere Ausbildung seines Reiches übertragen, ihnen den heiligen Geist als Lehrer der Wahrheit für alle Zeiten sendend." Und an einer anderen Stelle: ¹ „Es war aber die Kirche von Christus ausdrücklich gestiftet für alle Völker und alle Zeiten bis an's Ende der Welt. ² Hieraus folgte von selbst, dass den Aposteln, weil dieselben weder räumlich, noch zeitlich dem Auftrage genügen konnten, dessen ungeachtet aber die gleiche Macht wegen des beständigen gleichen Zweckes vorhanden sein musste, die Befugniss und Befähigung durch den Auftrag selbst ertheilt worden sei zur Uebertragung der ihnen verliehenen Vollmachten in der vom Stifter der Kirche angeordneten Weise auf Andere, welche sie für würdig befanden, ihnen nachzufolgen." Worauf er das bisher Angeführte zusammenfasst und mit Berufung auf Möhler ³ sagt: ⁴ „So entstand als Mittel, die Religion Christi zu verwirklichen, als äussere Darstellung des Reiches Gottes jene Anstalt, welche wir Kirche, *Ecclesia christiana*, nennen. Unter Kirche versteht man desshalb — die von Christus gestiftete Gemeinschaft der Gläubigen, worin die von Ihm während seines irdischen Lebens zur Entsündigung und Heiligung der Menschheit entwickelten Thätigkeiten unter der Leitung

¹ System, S. 100.

² Matth. 28, 18—20.

³ Symbolik, VI. Aufl., Mainz 1843, S. 331.

⁴ Lehre von den Quellen, S. 5.

seines Geistes bis zum Welt-Ende vermittelt eines ununterbrochen währenden von Ihm angeordneten Apostolates fortgesetzt, und alle Völker im Verlaufe der Zeiten zu Gott zurückgeführt werden, oder — die zur Verwirklichung der Religion Christi gestiftete Anstalt."

2.

Was die Eigenschaften dieser von Christus gestifteten Kirche anbelangt, so könne dieselbe, sagt Herr v. Schulte, durchaus nicht als eine bloss innere, unsichtbare, als eine bloss Gemeinschaft des Bewusstseins aufgefasst werden, indem sie ja nicht blosses Glauben, sondern Handeln zum Zwecke habe. Er sagt,¹ dass sie „keine bloss Gemeinschaft im Geiste, keine bloß im inneren Bewusstsein vorhandene Gemeinschaft Gleichgesinnter“, sondern „eine Gemeinschaft, eine Vereinigung in geistiger und äusserer Beziehung“ ist. Es wäre auch, meint Herr v. Schulte,² der Menschheit mit einer bloß inneren, unsichtbaren Kirche nicht geholfen, weil „nur das Thun, nicht das bloss Meinen, das Leben nach dem göttlichen Gesetze das Heil zu wirken vermag, weil der Einzelne ohne Stütze seiner Mitmenschen dem Irrthume unterliegt, weil endlich ohne feste Ordnung keine Sicherheit für das Streben des Einzelnen möglich wäre“. Und wiederum:³ „Ohne Sichtbarkeit wäre die Kirche nicht das Mittel zum Heile.“ Fordere ja Christus der Herr⁴ von den Gliedern dieser seiner Kirche ausdrücklich und als Bedingung ihres Heiles, dass sie Ihn vor den Menschen bekennen; dies sei aber in einer unsichtbaren Kirche unmöglich. „Wie ist,“ fragt er,⁵ „ohne Sichtbarkeit (der Kirche) möglich, was Christus sagt bei Matth. X, 32: Omnis ergo, qui confitebitur me coram hominibus confitebor et ego eum coram Patre meo, qui in coelis est?“

Ferner vindicirt Herr v. Schulte der von Christus gestifteten, auf den von Ihm eingesetzten Aposteln fussenden,⁶ und daher apostolischen Kirche die Heiligkeit, indem er sagt:⁷ „Sie muss selbst geheiligt sein und heiligen können, d. h. wer ihre Sätze hält, muss die Seligkeit erlangen können.“

¹ Lehre von den Quellen, S. 7.

² Ebend. S. 4.

³ Ebend. S. 6, Anm. 10.

⁴ Matth. 10, 32.

⁵ Ebend.

⁶ Vergl. Matth. 16, 18; Ephes. 2, 20.

⁷ Lehre von den Quellen, S. 6, Anm. 12.

Weiter schreibt er derselben auf Grund des Ausspruches Christi¹ die Allgemeinheit zu mit folgenden Worten:² „Universalis für alle Zeiten und alle Völker ist sie, weil sie sonst nicht die wahre sein könnte.“

Ferner die Einigkeit, so dass sie in ihrem Wesen unveränderlich sei, trotz des Wechsels der Zeit eine und dieselbe bleibe. „Diese Kirche,“ sagt er,³ „ist nicht dem Zufalle historischer Entwicklung, noch der Willkür der Individuen überlassen, sondern nothwendig von Anfang an eine, Ecclesia una, in ihrem Glauben und ihrer äusseren Erscheinung.“

Insbesondere aber nimmt er für die Kirche Christi die Unfehlbarkeit in Anspruch, indem er⁴ sagt: „Es muss weiter diese Anstalt ihrem Wesen nach vom Irrthume frei sein, unfehlbar, infallibilis.“ — „Ohne Unfehlbarkeit hätte die Kirche keine Garantie dafür, dass die Religion Christi nicht gefälscht würde, weil sie ganz denselben verderblichen Einflüssen unterläge, welche die uranfänglich den Menschen geoffenbarte Religion verdorben haben, der menschlichen Schwäche, Leidenschaft u. s. w.“ Ausserdem führt er⁵ als Beweise, dass die Kirche wirklich unfehlbar ist, die Aussprüche Christi des Herrn Matth. 28, 18—20;⁶ Matth. 16, 18;⁷ 18, 18;⁸ Joh. 14, 16. 17. 26;⁹ 15, 26;¹⁰ 16, 13;¹¹ Apostelg. 1, 8.¹² an.

¹ Matth. 28, 18—20. (Siehe unten, Anm. 6.)

² Ebend. Anm. 11.

³ Ebend. S. 6.

⁴ Ebend. und Anm. 14.

⁵ System, S. 100, Anm. 1; S. 99, Anm. 2.

⁶ „Und Jesus trat hinzu, redete mit ihnen, und sprach: Mir ist alle Gewalt gegeben im Himmel und auf Erden. Darum gehet hin, und lehret alle Völker, und taufet sie im Namen des Vaters, und des Sohnes, und des heiligen Geistes; und lehret sie alles halten, was ich euch befohlen habe; und siehe, ich bin bei euch alle Tage bis an's Ende der Welt.“

⁷ „Und ich sage dir: Du bist Petrus, und auf diesen Felsen will ich meine Kirche bauen, und die Pforten der Hölle werden sie nicht überwältigen.“

⁸ „Wahrlich, sag' ich euch, Alles, was ihr auf Erden binden werdet, das wird auch im Himmel gebunden sein; und Alles, was ihr auf Erden auflösen werdet, das wird auch im Himmel aufgelöst sein.“

⁹ „Und ich will den Vater bitten, und er wird euch einen andern Tröster geben, damit er in Ewigkeit bei euch bleibe, den Geist der Wahrheit, den die Welt nicht empfangen kann; denn sie sieht ihn nicht, und kennt ihn nicht. Ihr aber werdet ihn erkennen; denn er wird bei euch bleiben, und in euch sein.“ — „Der Tröster aber, der heilige Geist, den der Vater in meinem Namen senden wird, derselbe wird euch Alles lehren, und euch an Alles erinnern, was immer ich euch gesagt habe.“

¹⁰ „Wenn aber der Tröster kommen wird, den ich euch vom Vater senden werde, der Geist der Wahrheit, der vom Vater ausgeht, derselbe wird von mir Zeugniss geben.“

¹¹ „Wenn aber jener Geist der Wahrheit kommt, der wird euch alle Wahrheit lehren; denn er wird nicht von sich selbst reden, sondern was er hört, wird er reden, und was zukünftig ist, euch verkünden.“

¹² „Ihr werdet die Kraft des heiligen Geistes empfangen, der über euch kommen wird, und werdet meine Zeugen sein in Jerusalem, und in ganz Judäa und Samaria, und bis an die Grenzen der Erde.“

Es habe aber Christus der Herr nur eine Kirche gestiftet. „Nur eine christliche Kirche gibt es,” sagt Herr v. Schulte.¹ Auch habe Christus der Herr nur eine Kirche stiften können, indem Er ja — „nur eine Lehre als die wahre verkünden konnte”.² — Und diese eine, von Christus gestiftete Kirche sei die katholische. „Diese eine,” sagt derselbe,³ „sichtbare, apostolische, heilige, unfehlbare Kirche ist nun nach ihrer Lehre und nach der Geschichte die katholische Kirche, als die unter der Leitung des Papstes als sichtbarem Haupte und Nachfolger Petri und somit als Stellvertreter Christi (*vicarius Christi*) und der Bischöfe als Nachfolger der Apostel bestehende Gemeinschaft der im Glauben an Christus Verbundenen, und als die zur Verwirklichung des Reiches Christi auf Erden gestiftete Anstalt.”

Hieraus, meint Herr v. Schulte, folge mit Nothwendigkeit, dass man in Wahrheit nicht von mehreren christlichen Kirchen sprechen könne; die sogenannten christlichen Kirchen, die in den einzelnen Staaten neben der katholischen sich finden, seien es nur vom staatsrechtlichen Standpunkte aus, d. h. sie seien christliche Religionsgesellschaften, die durch Trennung von der einen Kirche Christi, der katholischen, entstanden und von der Staatsgewalt als autonome Corporationen anerkannt sind. „Hieraus folgt,” sagt derselbe,⁴ „dass — es weder vom katholischen Standpunkte aus, noch aus inneren Gründen überhaupt mehrere christliche Kirchen geben kann. Nur eine christliche Kirche gibt es; wohl aber haben sich im Laufe der Zeit mehrere Bekenntnisse, *Confessiones*, des christlichen Glaubens gebildet, die neben der Kirche als zu einer selbstständigen Existenz berechtigt von Seite der Staaten anerkannt sind.” — „So kam es, dass mit der civilen Anerkennung derselben eine Mehrheit von christlichen Kirchen auf dem Rechtsgebiete, insoweit dies dem Staate anheimfällt, angenommen wurde.”⁵

Diese civile Anerkennung einer durch Trennung von der katholischen Kirche entstandenen christlichen Religionsgemeinschaft als Kirche involvire aber für die katholische Kirche keine Noth-

¹ Lehre von den Quellen, S. 7.

² Ebend. S. 6.

³ Ebend.

⁴ Ebend. S. 6 f..

⁵ Kirche, in diesem Sinne genommen, sei demnach, bemerkt Herr v. Schulte (ebend. S. 5, Anm. 9), „ein juristisch technischer Begriff”, so viel bedeutend, als: „staatlich als autonome Corporation anerkannte christliche Religionsgesellschaft, *Confession*”.

wendigkeit, dieselbe auch ihrerseits als Kirche anzuerkennen; ja es sei ihr dies geradezu unmöglich. „Sodann aber,” sagt er in dieser Beziehung,¹ „liegt in der Natur der Kirche begründet, dass sie in Hinsicht auf ihren Beruf jene Legitimität nicht für ihr Gebiet anerkennen kann, sondern nothwendig gegen jede Irrlehre ankämpfen muss, dass sie es für ihre Aufgabe ansieht, dahin zu wirken, dass die Irrlehre verschwinde.” Und wiederum:² „Der Verwurf: die katholische Kirche beabsichtige mit ihren Sätzen eine Negation der evangelischen Kirche, hat keine juristische Berechtigung, weil die Kirche als solche niemals gezwungen werden kann, eine andere Religion als Kirche, d. h. als die von Christus nach seinem Worte gestiftete einzige Heilsanstalt anzuerkennen; aus diesem Grunde ist es eine Nothwendigkeit, nicht Intoleranz, vom Standpunkte des katholischen Kirchenrechts aus nur von einer (katholischen) Kirche zu reden. Hierin liegt kein Angriff auf die Legitimität der christlichen Confessionen, welche aufzuheben die Kirche keine Macht hat, wie sie dieselbe auch nie einführen konnte.”

Der Eintritt in die Kirche Christi, lehrt Herr v. Schulte, werde durch giltigen Empfang des Sacramentes der Taufe bewirkt. Von wem dasselbe gespendet worden, mache in dieser Beziehung keinen Unterschied, wofern es nur giltig gespendet worden sei. „Der Act,” sagt er,³ „wodurch der Eintritt in die Kirche rechtlich nothwendig geschieht, ist die Taufe,⁴ welche desshalb absolut unerlässlich ist.⁵ Wird sie in der von der Kirche

¹ System, S. 451.

² Ebend. S. 450, Anm. 1.

³ Handbuch des katholischen Eherechts, S. 229.

⁴ Wie denn auch in der heiligen Schrift der Empfang des Sacramentes der Taufe und der Eintritt in die Kirche Christi zu einander in die engste Verbindung gebracht werden. „Welche nun,” heisst es in der Apostelg. 2, 41., „sein (des Apostels Petrus) Wort annahmen die wurden getauft. Und es wurden an jenem Tage hinzugefügt (zur Kirche Christi) bei dreitausend Seelen.” (Οἱ μὲν οὖν ἀσμένως ἀποδεξάμενοι τὸν λόγον αὐτοῦ ἐβαπτίσθησαν καὶ προσετέθησαν τῇ ἐμέρᾳ ἐκείνῃ ψυχαὶ ὡσεὶ τριςχίλιαι.) Die giltig Getauften als solche werden Gläubige (fideles), Christen (Christiani), die nicht giltig Getauften — Ungläubige (infideles), Nichtchristen (gentiles, pagani) genannt. Siehe: I. Cor. 5, 11. 12.; 7, 12 ff.; can. 1. 2. CXXVIII. qu. 2.; cap. 4. X. de consangu. et affn. IV. 14.; cap. 7. 8. X. de divort. IV. 19. Bisweilen, jedoch nur uneigentlich, werden auch die Katechumenen — Christen genannt. So namentlich im can. 15. CXXVIII. qu. 1.

⁵ Zum Beweise dessen führt er Concil. Trid. Sess. VII. de baptism. can. 5 an, welcher also lautet: „Si quis dixerit, baptismum liberum esse, hoc est, non necessarium ad salutem: anathema sit.” Sagt ja Christus der Herr selbst (Joan. 3, 5.): „Wahrlich, wahrlich, sag' ich dir, wenn Jemand nicht wiedergeboren wird aus dem Wasser und dem heiligen Geiste, so kann er in das Reich Gottes nicht eingehen.”

vorgeschriebenen Weise gespendet, so ist sie, auch von Ketzern ertheilt, giltig.”¹

Mit dem durch den Empfang der Taufe vollzogenen Eintritt in die Kirche werde aber der Mensch auch der Gewalt der Kirche als solcher unterworfen und übernehme die unbedingte und unerlässliche Pflicht zur Annahme der gesamten Lehre und zur Befolgung aller Anordnungen der Kirche. Er sagt:² „Die Kirche hat — unbestreitbar das Recht, auf ihrem Gebiete Gesetze zu geben, welche sie will, denen zu gehorchen die unerlässliche Pflicht eines jeden ihrer Angehörigen ist. Somit verpflichtet die Taufe nothwendig nicht nur zur Befolgung der Glaubenssätze, sondern des ganzen von Christus gesetzten Rechtes,³ welches dasselbe mit dem der Kirche ist, so dass die Unterwerfung unter die Gesetze der Kirche, mögen diese geschriebene oder ungeschriebene sein, nicht von dem Willen und der freiwilligen Unterwerfung des Einzelnen abhängt.”⁴

Weil aber der durch das Sacrament der Taufe der Seele eingedrückte Charakter unauslöschlich ist,⁵ so bleibe die durch dessen Empfang begründete Angehörigkeit an die Kirche und die Pflicht zur Annahme ihrer Lehre und zur Befolgung ihrer Gebote bestehen, wenn gleich der Getaufte sich factisch von ihr trennen würde. „Da nun,” sagt Herr v. Schulte in dieser Beziehung,⁶ „der durch die Taufe eingedrückte Charakter unauslöschlich ist, somit die aus derselben hervorgehende Verpflichtung eine beständige bleibt, so folgt, dass auch diejenigen Getauften, welche von der Kirche sich losgesagt, ihre Lehren bewusst oder unbewusst leugnen und falsche befolgen, dennoch den Vorschriften der Kirche zu folgen verbunden sind.”

Wenn daher im Forum der Kirche ein religiöser Act der

¹ Concil. Trid. ibid. can. 4.

² Handbuch des katholischen Eherechts, S. 229.

³ Wofür er auf Conc. Trid. ibid. can. 7.: „Si quis dixerit, baptizatos per baptismum ipsum solius tantum fidei debitores fieri, non autem universæ legis Christi servandæ: anathema sit”, sich beruft.

⁴ Nach Concil. Trid. ibid. can. 8.: „Si quis dixerit, baptizatos liberos esse ab omnibus sanctæ Ecclesiæ præceptis, quæ vel scripta vel tradita sunt, ita ut ea observare non teneatur, nisi se sua sponte illis submittere voluerit: anathema sit.” Wie denn auch der heilige Apostel Paulus (I. Cor. 5, 9—12.) nur die Ungläubigen als ausserhalb der Kirche stehend (qui foris sunt) und der Gerichtsbarkeit derselben nicht unterworfen bezeichnet. Vergl. cap. 8. X. de divort. IV. 19.

⁵ Nach Concil. Trid. Sess. VII. de sacramentis in genere, can. 9.: Si quis dixerit, in tribus sacramentis, baptismo scilicet, confirmatione, et ordine, non imprimi characterem in anima, hoc est, signum quoddam spirituale et indelebile, unde ea iterari non possunt: anathema sit.”

⁶ Handbuch des katholischen Eherechts, S. 229.

von ihr factisch getrennten Christen zur Sprache komme, so könne die Kirche ihn nicht anders, als nach ihrem Rechte beurtheilen. Er sagt in dieser Hinsicht: ¹ „Zufolge göttlicher Einsetzung ist die Kirche die einzige von Jesus Christus gestiftete Anstalt des Heiles auf Erden, in welche nach des Herrn Willen Alle eintreten sollen, durch welche allein das Heil gewirkt werden kann.“ ² In diese Gemeinschaft kann man nur durch die zur Seligkeit unerlässliche Taufe eintreten; durch diese aber tritt man in der Art wirklich in dieselbe, dass daraus die unbedingte Pflicht entsteht, den ganzen Glauben und das von der Kirche als dessen einzige (einziger) Hüterin und Bewahrerin gesetzte Recht anzunehmen und zu befolgen. Es ist diese Verpflichtung aber zufolge des unauslöschlichen Charakters der Taufe eine dauernde, von dem Willen der Person unabhängige und nothwendige, sobald der Act der Taufe in der angeordneten Weise gespendet wird, unter welcher Voraussetzung auch die von Ketzern ertheilte giltig ist und jene Wirkung hat. Hieraus folgt, dass alle Getauften dem Rechte der Kirche in deren Forum unbedingt als unterworfen angesehen, und deren Rechtsverhältnisse, insoweit dieselben in den Bereich der Kirche einschlagen und in deren Forum zur Sprache kommen, nur nach dem Rechte der Kirche beurtheilt werden.“ — „Von selbst ergibt sich aber, dass, obgleich zu der Beobachtung der Gesetze verpflichtet, die Nichtkatholiken dennoch keine Rechte und Vortheile geniessen können, welche die Gesetze gewähren, weil sie deren durch ihr factisches Getrenntsein verlustig geworden sind.“ ³

Daran könne, behauptet Herr v. Schulte, auch die Anerkennung der gedachten Nichtkatholiken von Seiten des Staates nichts ändern; die gegentheilige Behauptung nennt er unjuristisch. Er sagt: ⁴ „Wenn einzelne Schriftsteller meinen, aus der gesetzlichen

¹ System, S. 451.

² Zur Erhärtung des Gesagten beruft er sich auf die bekannte Bulle Papst Bonifacius' VIII.: „Unam sanctam“ im cap. 1 de M. et O. in Extr. comm. I. 8.

³ Papst Benedict XIV. erläutert dies in der const.: *Singulari nobis* vom 9. Februar 1749 durch Hinweis auf die Ueberläufer und Hochverräther, sowie auf Geistliche, die ein kirchliches Verbrechen begangen haben, welche alle zur Strafe für ihr Verbrechen der staatlichen, beziehungsweise kirchlichen Vorrechte verlustig werden, ohne übrigens aus dem staatlichen, resp. kirchlichen Verbands auszutreten. Derselbe sagt darüber im §. 15 ebend. wörtlich Folgendes: „Hoc quidem in transfugis ac perduellibus observatum videmus, quos leges civiles a fidelium subditorum privilegiis omnino excludunt. Leges quoque ecclesiasticæ privilegia clericalia iis clericis non concedunt, qui sacrorum canonum jussa negligunt. Nemo autem sentit, aut perduelles, aut clericos, canonum violatores, suorum Principum aut Prælatorum auctoritati non subiacere.“

⁴ Ebend. S. 230 f.

Anerkennung der Evangelischen in Deutschland und der durch die Reichsgesetze verfügten Suspension der kirchlichen Jurisdiction über dieselben folge, dass die katholische Kirche ihre Ansicht über die Verbindlichkeit der Ketzer zur Haltung ihrer Gesetze nicht mehr behaupten dürfe: so kann ein derartiges Argument schwerlich auf das Prädicat eines juristischen Anspruch machen. Kein vernünftiger Katholik, und nie hat der Papst dergleichen gethan, bestreitet die civile Anerkennung ihrer Confession, dass dieselbe also legitim ist, mithin jeder Zwang zur Befolgung der kirchlichen Gesetze unrechtmässig und ungesetzlich wäre; die Kirche übt keinen aus. Endlich verlangt dieselbe auch keine bürgerliche Anerkennung ihrer Grundsätze in Deutschland. Aber folgt daraus jene Behauptung? Die katholische Kirche hat mindestens ein gleiches Recht, zu bestehen, zu leben, zu wirken, wie sie ist, nach ihren Lehren, Sätzen, Gebräuchen und ihrem Rechte." — „Und liegt darin auch nur die geringste Unduldsamkeit, geschweige Ungerechtigkeit gegenüber dem Anderen, dass ein Jeder in seinem Hause nur nach seinem Willen lebt? Sie zwingt ja Niemanden, sich um ihre Hausordnung zu bekümmern."

3.

Anlangend den Wirkungskreis der Kirche, so habe ihr Christus der Herr¹ den Auftrag gegeben, sich immer mehr auszubreiten und allmählig alle Völker der Welt in sich aufzunehmen. Die Kirche an der Erfüllung dieser ihrer göttlichen Mission zu hindern, sei keine irdische Macht berechtigt, ebensowenig als sie auch die Angehörigen der Kirche an der Erfüllung ihrer kirchlichen Pflichten zu hindern das Recht habe. Herr v. Schulte sagt in dieser Hinsicht:² „Sichtbarkeit der Kirche und äussere Angehörigkeit, Bekennen zu derselben sind fundamentale Eigenschaften der Kirche. Hierzu gesellt sich deren Ausschliesslichkeit und Beruf, überall als die eine zu bestehen; Grundlage dieser Merkmale ist ihre unbedingte Nothwendigkeit. Daraus folgt, dass die Kirche die unbestreitbare Berechtigung hat, äusserlich nach ihrem Glauben, ihrer Lehre sich zu verbreiten, Anhänger zu werben, Gott zu verehren, von ihren Gläubigen anerkannt zu werden, dass dies Recht als ein unentziehbares, weil von Gott

¹ Matth. 28, 18—20. (Siehe oben S. 21 Anm. 6.)

² Lehre von den Quellen, S. 8.

selbst gegebenes, somit von jeder Gewalt unabhängiges, von ihr beansprucht wird; dass die Gläubigen bei äusserer Ausübung ihres Glaubens der Kirche zu folgen haben, und diese Pflicht, weil des Einzelnen heiligste und der Grund seines ewigen Glückes, durch Nichts geschwächt oder aufgehoben werden kann." Und an einer anderen Stelle:¹ „Die Kirche hat nach einem unumstösslichen Satze ihre Mission nicht von einer irdischen Macht, sondern von Gott; ihre Mission geht aber auf Gewinnung aller Völker der ganzen Welt. Mithin hat sie das Recht, weil hiezu eine unerlässliche Pflicht vorliegt, welcher auf keine andere Weise entsprochen werden kann, überall sich auszubreiten, ihre Lehre überallhin zu verkündigen, mag die weltliche Ordnung dies wollen oder nicht. Denn dafür hat sie nicht diese, sondern das Gebot ihres göttlichen Stifters zu befolgen, dass man Gott mehr gehorchen müsse als den Menschen." Und ferner:² „Die Kirche ist nicht von dieser Welt, aber in dieser Welt und für dieselbe geschaffen. Sie kann also ihren Beruf nicht anders vollbringen, als indem sie unter Menschen wirkt, in den einzelnen Staaten sich bewegt. Ihre Mission ist für sie keine freiwillige, sondern eine Pflicht, sie muss zu allen Völkern und Ländern das Evangelium tragen, wenn sie kann. Für diese Berechtigung und Verpflichtung ist der directe Wille Gottes ihr einziger Leiter; darin kann sie von keinen weltlichen Gesetzen sich Vorschriften machen lassen. Mag daher auch in einem Lande das Christenthum noch so sehr verpönt sein, so trägt die Kirche doch, sobald sie dazu die äusseren Mittel besitzt und die Klugheit es gestattet, ihre Lehre dahin." Und wiederum:³ „Der Einfluss der Kirche — geht offenbar nicht blos auf das religiöse und sittliche Gebiet, sondern auch auf das rechtliche. Wäre dem nicht so, dann erreichte die Kirche ihren Zweck auf Erden niemals. Denn der Mensch (und gleichwenig die Völker und Nationen) lässt sich nun einmal absolut nicht in einen religiösen (ethischen) und rechtlichen scheiden, vermag, wenn eine Harmonie entstehen soll, nicht nach ethischen Sätzen zu leben, welche seinen religiösen, nicht nach rechtlichen, welche jenen widersprechen, und umgekehrt. Und doch ist die eine Ordnung so nothwendig, wie die andere. Daraus ergibt sich, dass, wenn

¹ System, S. 433.² Ebend. S. 434 .³ System, Vorr. S. XII.

die katholische Kirche die einzig wahre ist, sie nur dann ihr Ziel und nur insoweit in einem bestimmten Zeitpunkte erreicht hat, wenn oder inwieweit die Rechtsordnung mit ihrer religiösen im Einklange steht; daraus folgt ebenso, dass zur Herbeiführung dieses Zieles die Kirche auch auf das Rechtsgebiet des Staates durch ihr Recht einwirken muss."

Dieser Einfluss der Kirche auf das Rechtsgebiet des Staates, weit entfernt, für das öffentliche Wohl irgendwie nachtheilig zu sein, erweise vielmehr sich demselben in hohem Grade zuträglich und heilsam. Herr v. Schulte sagt darüber: ¹ „Durch diese Erfüllung ihres Zweckes, durch die blosse Verfolgung ihrer Lehre tritt sie (die Kirche) keiner weltlichen Rechtsordnung entgegen, weil sie das nicht verhindert, was, als sich mit der Moral vertragend, ein Staat von seinen Unterthanen fordern kann, sondern im Gegentheile gerade die besten Unterthanen schafft." Und wiederum: ² „Wie — überhaupt die Kirche nicht etwa blos, was freilich Manche sich selbst einreden und Andere möchten glauben machen, den Zweck hatte und verfolgte, Frömmigkeit zu verbreiten, die Menschen beten zu lehren, und, eine beliebte Phrase der Neuzeit (zur Beschönigung der seit Langem gegen der Kirche Eigenthum zur Schmach der Menschheit unter dem Scheine von Rechtstiteln ausgeübten Eingriffe), etwa Reichthümer anzusammeln, um dem Clerus eine behagliche Existenz zu verschaffen, sondern wie es die Kirche war, die alle wahre Cultur theils nährte, theils schuf, die aus dem Heidenthume vorhandenen Elemente pflegte, hierdurch die christlichen Völker auf den Gipfel geistiger Macht erhob; wie die Kirche zuerst und allein, besonders in den germanischen Reichen, der Wissenschaft und Kunst den Boden ebnete; ³ wie die Kirche, alle Classen der Gesellschaft mit gleicher Liebe umfassend, die Slaverie allmählig vernichtete, ⁴ die Armen in ihren Schutz nahm, die Rechte gegen Willkür und

¹ System, S. 433.

² Ebend. S. 94.

³ Vergl. darüber: W ü h r e r, Ueber den wohlthätigen Einfluss der Kirche im Mittelalter auf die Verminderung der Unwissenheit, Rohheit und Gesetzlosigkeit, — in P l e t z, Neue theologische Zeitschrift. Wien 1831, IV. Jahrg., Bd. I S. 219 ff.; K o b e r, Ueber den Einfluss der Kirche und ihrer Gesetzgebung auf Gesittung, Humanität und Civilisation im Mittelalter, — in der Theolog. Quartalschrift, Tübingen 1858, XL. Jahrg., S. 443 ff.

⁴ Siehe darüber: M ö h l e r, Bruchstücke aus der Geschichte der Aufhebung der Slaverie durch das Christenthum in den ersten fünfzehn Jahrhunderten, — in der eben genannten Theolog. Quartalschrift vom Jahre 1834, XVI. Jahrg., S. 61 ff.; S. 567 ff. (auch in M ö h l e r's Gesammelten Schriften und Aufsätzen. Regensburg 1839 f., Bd. II, S. 54 ff.); M a r g r a f, Kirche und Slaverie seit der Entdeckung von Amerika. Tübingen 1865.

Despotismus aufrecht hielt und vertheidigte und so eine neue, christliche Gestalt der Welt schuf: auf gleiche Weise hat das Kirchenrecht eine grössere, welthistorische Mission ausgeübt, indem dasselbe in gleichem Schritte die Rechtsideen erleuchtete, die römischen läuterte,¹ die der christianisirten Völker umwandelte und in allen Gebieten und Theilen des Rechtes neue Schöpfungen hervorbrachte.”²

Und wenn je, so hätten, behauptet Herr v. Schulte, die Staaten gerade in dieser Zeit allen Grund, die Wirksamkeit der Kirche mit Freuden zu begrüßen und ihr ja keine Hindernisse in den Weg zu legen, indem nur sie die socialen Schäden der Gegenwart zu heilen vermöge. Er sagt³ unumwunden, dass „wohl kein Vernünftiger behaupten mag, die Aufgabe der Kirche sei erfüllt, die Kirche überflüssig, sondern jeder gewiss eingestehen wird, derselben sei gerade in unserer Zeit, namentlich um die Lösung der schweren, die Welt aus den Fugen zu heben drohenden socialen Fragen möglich zu machen, eine ungeheuere Mission anvertraut”. „Denn,” sagt er weiter,⁴ „sicherlich hebt man nicht durch einige neue Eisenbahnen und Arbeitshäuser die Ungleichheiten, welche nur der Geist der christlichen Nächstenliebe und der Religion auszugleichen im Stande ist.”

Weil nun die Kirche von Gott selbst gestiftet, von Gott selbst mit dem Rechte zur Existenz ausgestattet ist; weil sie gemäss ihrer göttlichen Stiftung eine äussere, sichtbare ist; weil sie zufolge göttlicher Anordnung ihren Angehörigen äussere Pflichten aufzuerlegen und sie zu deren Befolgung selbst gegen ihren Willen zu verhalten berechtigt ist: so sei damit, meint Herr v. Schulte, nothwendig die Stellung der Kirche auf dem Rechtsgebiete gegeben.⁵ Wer die Kirche auf das blos innere Gebiet, auf das Gebiet des Gewissens beschränken wolle, der erkenne ihre von Gott gesetzte Natur und den ihr von Gott ertheilten Beruf. Er sagt in dieser Hinsicht:⁶ „Wäre sie (die Kirche) eine unsichtbare, so liesse sich nur eine Moral neben

¹ Vergl. Benedict. XIV. De Synod. dioec. ed. Rom. 1755, lib. IX. cap. 11—13; Troplong, De l'influence du Christianisme sur le droit civil des Romains. Paris 1843.

² Vergl. Walter-Gerlach, Lehrbuch des Kirchenrechts. XIV. Aufl. Bonn 1871, S. 759 ff. (Von dem Einfluss der Kirche auf die weltlichen Rechte.)

³ System, S. 94 f.

⁴ Ebend. S. 95.

⁵ Ueber den Begriff des Rechtes und dessen Unterschied von der Moral siehe: Arndts, Juristische Encyclopädie und Methodologie. V. Aufl. Stuttgart 1871, S. 9 ff.

⁶ System, S. 80.

der Dogmatik denken, nicht einmal eine Liturgik, weil äusserer Cultus und innere, unsichtbare Kirche sich einander widersprechende Begriffe sind. Durch ihre Sichtbarkeit tritt die Kirche in die Sphäre des Rechtes ein, indem sie Ansprüche macht auf äussere Geltung ihrer Sätze, für deren Ausübung eine äussere Anerkennung fordert, einen äusseren Zwang zur Erfüllung ihrer Gebote zulässt." Und an einer anderen Stelle,¹ nachdem er das der Kirche von Gott verliehene Recht erwähnt hat, sich äusserlich, räumlich zu verbreiten, ihren Anhängern äussere Pflichten aufzuerlegen und sie zu deren Erfüllung, selbst gegen ihren Willen zu verhalten,² sagt er in dieser Hinsicht: „Mit dieser äusseren, räumlichen Verbreitung der Kirche, ihrer beanspruchten Befugniss, äussere Anstalten zu treffen, der Auflage von äusseren Pflichten auf ihre Gläubigen, ist die Handhabung einer blossen religiösen Ordnung unverträglich, der Eintritt der Kirche in das Rechtsgebiet von selbst gegeben. Denn bei dem fundamentalen Baue der Kirche bedarf es nothwendig einer äusseren Ordnung, damit die Rechte der Kirche gegenüber den Gläubigen und gegenüber Dritten fest bestimmt, die Stellung der Individuen nach der kirchlichen Seite an sich, gegen einander und Dritten gegenüber ausser Zweifel, genau geordnet sei. Eine solche äussere Ordnung, d. h. Vorschriften, Normen, denen zwingende Kraft zukommt, deren Durchführung vom Willen des Einzelnen unabhängig ist, somit auch gegen seinen Willen ermöglicht werden muss, mit einem Worte Rechtssätze, im Unterschiede von blossen Gesetzen des Glaubens, der Moral, sind unerlässlich, weil eine reine Willkür jede Ordnung unmöglich machte, den Bestand des Ganzen in Frage stellte. So liegt also die innere Nothwendigkeit des Rechts in der Kirche in ihrem Berufe selbst, die Wirklichkeit desselben ist gegeben mit der festen von ihrem Stifter aufgerichteten Ordnung."³

So schrieb Herr v. Schulte über den der Kirche von ihrem göttlichen Stifter angewiesenen Wirkungskreis und über deren Stellung auf dem Rechtsgebiete in den Jahren 1855—1860.

Wenn derselbe nun im Jahre 1874 die Behauptung aufstellt,⁴ dass die Kirche Christi in Oesterreich vom Rechtsgebiete

¹ Lehre von den Quellen, S. 8 f.

² Siehe oben S. 26 f.

³ Vergl. ebend. S. 591.

⁴ Siehe oben S. 5 f.

gänzlich auszuschliessen und auf das Gebiet des Gewissens zu beschränken sei: ist das Ueberzeugungstreue? ist das Consequenz?

4.

Was die Verfassung der Kirche betrifft, so theile diese nach der Anordnung Christi sich in die Hierarchie (den Clerus) und in den Laienstand.¹ Die erstere sei durch die Sendung des heiligen Geistes mit der Gabe der Unfehlbarkeit ausgestattet, und bilde die lehrende, leitende, der letztere, der Laienstand, die hörende, gehorchende Kirche. „Die Kirche,” sagt Herr v. Schulte,² „hat eine feste Ordnung; in ihr ist ein Fundamental-Unterschied zwischen Hierarchie, Stand des Clerus (lehrende, leitende), und Laienstand (hörende, gehorchende Kirche); jener ist hauptsächlich angeordnet, die Gnadenmittel zu bereiten und zu spenden, und hat desshalb bestimmte ausschliessliche Befugnisse.” Und an einer anderen Stelle³ sagt er in dieser Beziehung: „Indem Jesus Christus, den Aposteln die ihm über Alles im Himmel und auf Erden gegebene Macht für den Zweck ihrer Mission übertragend, den bestimmten Auftrag ertheilte, allen Völkern seine Lehre zu verkünden, die von ihm eingesetzten Gnadenmittel zu spenden, Alle zur Beobachtung der von ihm gegebenen Gebote anzuhalten, hatte Er seine Kirche geschaffen als eine äussere, sichtbare Anstalt zur Entsündigung der Menschheit auf Erden, dieselbe ausgestattet mit der ganzen zur Verwirklichung ihres Zweckes erforderlichen Machtfülle. Diese aber stand nicht allen in die Kirche Aufgenommenen zu, sondern war zuerst nur dem heiligen Petrus, dem Fürsten der Apostel, hierauf bei Wiederholung des Auftrages an alle Apostel, auch den übrigen überantwortet.” Und nachdem er sodann die den Aposteln von Christus dem Herrn ertheilte Befugniss und Befähigung erwähnt, die ihnen verliehenen Vollmachten auf Andere zu übertragen,⁴ sagt er:⁵ „So liegt mit Nothwendigkeit in der Stiftung der Kirche die wirklich durch Jesus Christus erfolgte Einsetzung eines besonderen, mit der Unfehlbarkeit durch die Sendung des hei-

¹ Vergl. c. 5. 7. C. XII. qu. 1.

² Lehre von den Quellen, S. 7 f.

³ System, S. 99.

⁴ Vergl. oben S. 19.

⁵ Ebend. S. 100.

ligen Geistes ausgerüsteten Standes, welchem jene Vollmachten (zur Entsündigung der Menschheit) übergeben sind, welcher von seinem Berufe zur Vollbringung der Heiligung mit Recht die heilige Regierung, Hierarchia, genannt wird." — „Die Einsetzung der Hierarchie ist eine — göttliche; sie bildet das nothwendige Fundament der Kirche." Und ferner:¹ „Wer — Katholik sein will, kann keine Kirche wollen, die nicht durch den Clerus regiert werde."

Die Hierarchie wiederum gliedere sich nach göttlicher Anordnung von oben nach unten, nämlich vom Papste, dem Haupte der Kirche, abwärts. Zur Leitung der Kirche seien kraft göttlicher Anordnung nur der Papst und die Bischöfe berufen; die übrigen Glieder der Hierarchie alle seien jenen unterworfen. Herr v. Schulte sagt in dieser Hinsicht:² „Die Gliederung der Hierarchie spinnt sich ab von oben nach unten, anfangend von dem höchsten Punkte, von der Spitze der Kirche; ein Verfahren, welches um so nothwendiger ist, als es der Geschichte und dem Wesen der Kirche allein entspricht. Denn nicht christliche Gemeinden oder Pfarrer hat der Herr eingesetzt und auf sie gebaut die Kirche entstehen lassen durch Hervortreten der Bischöfe und des Primas, sondern bevor er noch seinen Aposteln den festen Beruf zur Lehre des Evangeliums in der ganzen Welt gab, hatte er bereits ein Haupt in der Person des Petrus eingesetzt, dem er die übrigen Apostel unterordnete, von welchen zusammen alsdann die Kirche ausging. Ohne den Papst ist keine Kirche, der Kirche leitende Glieder aber sind nur der Papst und die Bischöfe, denen die übrigen lediglich in rechtlich geordneten Verhältnissen unterstehen."

Insbesondere sieht Herr v. Schulte den Papst, auf Grund der Nachfolge desselben in den Primat Petri, als Statthalter Christi des Herrn, als Haupt der gesammten Kirche an, welchem alle Glieder derselben ohne Unterschied des Standes und Ranges unterworfen und zum Gehorsam verpflichtet seien, das sie alle richten, selbst aber von keinem aus ihnen, und auch von der Gesammtheit derselben nicht, gerichtet werden könne, so dass er in Wahrheit als Monarch dastehe. Seine Gewalt umfasse alle von Christus dem Herrn der Kirche hinterlassenen Vollmachten, sei durch keine kirchlich-menschliche Satzung (*jus ecclesiasticum*),

¹ Lehre von den Quellen, S. 451,

² System, S. 85.

sondern lediglich durch die von Gott herrührenden Anordnungen (*jus divinum*) beschränkt. Jedoch hören wir darüber Herrn v. Schulte selbst. Er sagt in dieser Hinsicht¹ wörtlich, wie folgt: „Als erstes und letztes Glied der hierarchischen Kette, in dem alle und jede Gewalt des Priesterthums, des Lehramts und der Jurisdiction sich vereinigt, so dass sie von dort wieder ausfliesst, steht aufgerichtet durch den Stifter der Kirche der Primat des römischen Bischofs, beruhend auf der unmittelbaren Nachfolge in das Apostelamt Petri. Sein Träger, der Papst, ist der Bischof von Rom; durch die Gelangung auf diesen Sitz gewinnt der römische Bischof von selbst und unmittelbar den Primat über die ganze Kirche. In diesem liegt die Machtfülle des von Christus eingesetzten Priesterthums, die Fülle aller von Jesus seiner Kirche hinterlassenen Vollmachten. Diese Machtfülle, mit ihr Alles, was aus ihr hervorgeht, ist wesentlich mit dem Primate verbunden. Ohne ihn lässt sich die Kirche nicht denken, weil dieselbe nur in der Einheit besteht, die Einheit aber nicht bestehen kann ohne ein Haupt.“

Was die Bischöfe und ihre Stellung in der Kirche betrifft, so sagt Herr v. Schulte² darüber Folgendes: „Es bilden die Bischöfe als die einzigen rechtmässigen Nachfolger der Apostel, von denen sie in ununterbrochener Reihenfolge durch die gesetzmässige in der Ertheilung des *Ordo episcopalis* liegende geistige Zeugung abstammen, die nothwendigen auf göttlicher Einsetzung beruhenden Glieder der Hierarchie, welche in Verbindung mit dem Papste und in Unterordnung unter denselben zur Leitung der Kirche — berufen sind. An dieser Stellung und Macht nimmt ein Jeder Theil, der die bischöfliche Weihe erhalten hat, mag sein Rang in der äusseren Herrschaft und Regierung ein höherer oder niedrigerer sein; alle bilden mit dem Papste die Einheit, in welcher sich die Kirche darstellt, deren Gesamtrepräsentation.“

Ueber das Verhältniss des Papstes zum Episcopat spricht Herr v. Schulte³ sich folgendermassen aus: „Der Papst ist dogmatisch als Haupt der Kirche anerkannt; ihm ist weder ein einzelner Bischof, noch die Gesamtheit der

¹ Ebend. S. 178.

² Ebend. S. 212.

³ Ebend. S. 181 f.

Bischöfe so zur Seite gestellt, dass er durch ihren Ausspruch gebunden wäre."

Diese Stellung des Papstes in der Kirche und diese Machtfülle desselben sieht aber Herr v. Schulte nicht etwa bloß als die Folge einer geschichtlichen Entwicklung, die sich jederzeit ändern könnte, an; er stellt sie vielmehr als im Begriffe und Wesen der Kirche begründet, als unveränderlich und absolut nothwendig, als so nothwendig, dass mit ihr die Kirche selbst stehe und falle, dar. Er sagt in dieser Beziehung: ¹ „Seine (des Papstes) Stellung und Rechte finden in dem Begriffe und Wesen der Kirche ihre nothwendige und sichere Begründung und Begrenzung. Eingesetzt wurde der Primat, um die Kirche ihrer Bestimmung gemäss zu leiten: dazu bedurfte es eines Hauptes, weil ohne ein solches eine stete Einheit nicht zu erreichen war. So steht die Kirche ihrer Einsetzung nach als eine Monarchie dar (da?), mit dem sichtbaren Haupte, dem Papste als Stellvertreter des unsichtbaren, des Königs Jesus Christus. Ihre unantastbare Begründung hat diese Macht des Papstes in der von Christus ihm für seine Person in der Person Petri verliehenen unbedingten Binde- und Lösegewalt." Und wiederum: ² „Wenn nicht dem Papste die ganze ungetheilte Fülle der Macht zusteht, ist keine Einheit vorhanden. Denn eine Einheit, in welcher nicht Einer, sondern Viele die letzte Entscheidung haben; eine Einheit, welche auf den Willen der für ihre Person einzeln dem Papste gewiss untergebenen Bischöfe, auf die Majorität gestellt wäre; eine Einheit, welche nicht die geringste Stütze hätte, erst schwanken müsste, bis die Entscheidung eines allgemeinen Concils käme: das kann nicht das von Gott gewollte Haupt sein! Wäre das der Inhaber der Binde- und Lösegewalt auf Erden, der um Rechte, deren Ausübung Jahrhunderte hindurch die Kirche stützten (stützte?), gegen innere und äussere Feinde siegreich triumphiren liessen (liess?), mit jedem einzelnen Bischöfe feilschen sollte? etwa von Schriftstellern sich selbe erbetteln sollte?!"

Ja, so wenig will Herr v. Schulte die genannte Stellung des Papstes in der Kirche und dessen Machtfülle für eine blosser Folge historischer Entwicklung gehalten wissen, dass er jenen Juristen und Canonisten, die bezüglich der einzelnen von ihm für den Papst in Anspruch genommenen Rechte den Nachweis

¹ Ebend. S. 182.

² Ebend. S. 190.

fordern, dass die Päpste sie von jeher ausgeübt haben, gänzliche Unkenntniss nicht blos des Wesens und Zweckes des Primates, sondern auch der Natur eines Rechtes überhaupt vorwirft. Er lässt in dieser Beziehung sich folgendermassen aus:¹ „Aus dem Begriffe des Primates, seiner dem Dogma zufolge göttlichen Einsetzung, seinem Zwecke folgt mit absoluter Nothwendigkeit, dass dem Papste alle und jede mit dem Wesen der Kirche und ihrem Berufe übereinstimmende² Mittel zu Gebote stehen müssen, welche im einzelnen Falle als die geeignetsten nach dem Ermessen des Papstes erscheinen, um den Zweck zu erreichen. Die Berechtigung und Verpflichtung zur Leitung der Kirche schliesst somit von selbst und nothwendig alle einzelnen Rechte in sich, ohne welche dieser Pflicht nicht genügt werden kann. Eine Aufzählung derselben ist ebenso unnütz als unmöglich, weil in jedem Momente neue Verhältnisse neue Mittel erheischen können. Den Nachweis, dass die einzelnen Rechte historisch von jeher ausgeübt worden seien, zu fordern, zeigt von gänzlicher Unkenntniss des Wesens nicht nur des Primates und seines Zweckes, sondern der Natur eines Rechtes überhaupt. Das Wesen des Primates, seine Aufgabe besteht in der Leitung der Kirche; der Papst allein kann deren Einheit erhalten; dazu ist ihm alle Macht, nicht abhängig, sondern unabhängig von jeder andern ertheilt. Hieraus folgt, dass die einzelnen Berechtigungen, welche sich als die Mittel zur Handhabung jener Macht darstellen, in dieser selbst ihre Begründung haben, dass ihre Wahl lediglich dem Ermessen des Berechtigten anheimsteht. Ob das einzelne Recht stets oder nie ausgeübt worden ist, darauf kann ja im Principe nichts ankommen, denn ein Recht wird nicht durch die Ausübung bedingt.“ -- „Was beweist also der Umstand, dass einzelne der genannten Rechte in den ersten sechs oder sieben Jahrhunderten der Kirche von den Päpsten nicht ausgeübt worden sind? Gar nichts. Jedes Recht, das mit dem Primate selbst gegeben ist, bedarf keiner Ausübung, um seine Existenz darzuthun; es kann heute so gut als vor tausend Jahren zum erstenmale geübt werden und hat dieselbe Kraft. Wie der Primate sich in der Kirche äusserlich entfalten solle, ob er in dieser oder jener

¹ Ebend. S. 190 f.

² Hierzu fügt Herr v. Schulte, um jeder böswilligen Verdrehung seiner Worte zu begegnen, (ebend. Anm. 1) folgende Bemerkung bei: „Was selbstredend (der Zusatz gilt nur für Diejenigen, welche gern die Worte im Munde verdrehen) nur bei moralisch erlaubten der Fall ist.“

Gestalt, mit der oder jener Handlungsweise auftrat, das wird sich einfach nach den Umständen bestimmen. Hätte es nicht des Auftretens bedurft und wäre so der Primat in den ersten tausend Jahren und noch länger äusserlich nicht so hervorragend als das Haupt der Kirche erschienen, so würde darauf nichts ankommen, sobald man nur objectiv und vernünftig schliessen will, weil ja nicht ein bestimmtes Handeln, das Ausüben bestimmter Rechte von Christus demselben vorgezeichnet ist, sondern weil ein Haupt gesetzt wurde mit der Macht zu binden und zu lösen für den Himmel und die Erde, die Kirche zu regieren, ihr unsichtbares Haupt zu vertreten, und weil alle hierzu nach den Umständen nöthigen Befugnisse nothwendige Ausflüsse jener Stellung sind. Gerade darin, dass der Papst nicht zu allen Zeiten dieselben äusseren Befugnisse ausgeübt hat, zeigt sich seine Göttlichkeit; denn weil die Kirche für alle Zeiten und Völker gestiftet ist, muss sie in dem Rechtlichen, was der äusseren Entfaltung zufällt, einer Entwicklung fähig und desshalb im Stande sein, bald eine freiere, bald eine engere Bewegung zuzulassen, je nachdem es das Heil der Kirche erfordert."

Würde Jemand, meint Herr v. Schulte, behufs der Anerkennung eines Befugnisses auf dem Gebiete des weltlichen Rechtes einen solchen Nachweis fordern, so würde er dadurch sich lächerlich machen; allein der Kirche gegenüber erlaube man sich solche widersinnige Behauptungen ohne Scheu, ja man werde dafür von einer gewissen Tagespresse noch mit Lob überhäuft. Er sagt: ¹ „Wollte Jemand auf dem Gebiete des Staats- oder Privatrechts kein Recht anerkennen, ausser es sei stets ausgeübt worden, so würde man denselben verhöhnen, und gewiss mit Recht; gegenüber der Kirche darf man unwissenschaftlich, partheiisch, unlogisch, kurz Alles ausser Katholik sein, der mit Gründen seine Kirche und ihr Recht vertritt, um als Heros auf dem Markte einer gewissen Tagespresse dazustehen." ²

¹ Ebend. S. 190 Anm. 2.

² Ja, im Jahre 1862 hat Herr v. Schulte die Ansicht, als ob die Macht und Stellung, die der Papst in der Kirche einnimmt, lediglich auf geschichtlicher Entwicklung beruhte, geradezu als eine protestantische bezeichnet. „Während die katholische Wissenschaft," sagt er in dieser Beziehung in dem von ihm stammenden Artikel: Papst im Staats-Wörterbuche von Dr. J. C. Bluntschli und K. Brater, Bd. VII (Stuttgart und Leipzig 1862) S. 681, „während die katholische Wissenschaft an der Hand von Schrift und Geschichte den Papst von jeher als Nachfolger in dem Primat des Apostelfürsten Petrus und in dem mit dessen Tode erledigten Bischofsitz von Rom annimmt, und die ununterbrochene Reihe der Päpste feststeht, — behaupten die Reformatoren und mit ihnen die protestantische Wissenschaft, — die Gewalt des römischen Bischofs über die ganze Kirche habe sich überhaupt erst allmähig zum Primat entwickelt."

Sodann geht Herr v. Schulte an die nähere Bestimmung der dem Papste in der Kirche zukommenden Gewalt und sagt:¹ „Die Stellung des Papstes zur Kirche lässt sich nunmehr in wenigen Worten ausdrücken. Er ist das Haupt der Kirche, berufen zu deren obersten Leitung und Regierung; ihm zur Seite steht die Gesammtheit der Bischöfe als Nachfolger der Apostel, denen — in dieser Gesammtheit und einzeln aus göttlicher Anordnung ein Wirkungskreis zugetheilt ist. Aber der Papst ist nicht etwa nur das formelle Haupt, Ausführer der Beschlüsse des Episkopates, nicht blos berechtigt, provisorisch bis zur Entscheidung des Episkopates Bestimmungen zu treffen, sondern die Nothwendigkeit und Unerlässlichkeit der Einheit, die Gewissheit, dass Christus bei seiner Kirche bleiben will, dass er ihr den heiligen Geist auf immer gesandt hat, dass die Kirche nicht einem Schwanken und Ungewisssein ausgesetzt sein kann, diese fordern, dass, weil die Berufung des Gesamtepiskopates nicht stets möglich ist, die Kirche aber mit fester Hand regiert werden muss, weil Einer über Alle gleichmässig wachen muss, um in allen Gliedern und Kreisen die Einheit zu erhalten, bald, was die Verhältnisse gebieten, anzuordnen, bald von der Strenge des Gesetzes zu entbinden, der Papst für sich und unmittelbar alle zur äusseren Herrschaft erforderliche Macht besitzen muss.“

„Gegenüber dem Papste ist der Einzelne ohne Ausnahme zum Gehorsam verbunden, gehöre er der obersten oder niedrigsten Stufe des Clerus oder dem Stande der Laien an.“ — „Ihm (dem Papste) setzt das göttliche Recht, das *jus divinum*, eine nothwendige Schranke; das positive Recht, das *jus ecclesiasticum*, unterliegt seinem Einflusse, Er steht über demselben.“ — „Aus dem Gesagten folgt, dass der Papst das Recht hat: für die ganze Kirche verbindliche Gesetze zu erlassen — oberstes Gesetzgebungsrecht, ohne dessen Zustimmung keine Bestimmung über den eigentlichen Kreis des Berechtigten hinaus Kraft erhält, Beschlüsse allgemeiner Concilien nicht gelten; alle und jede zur Aufrechthaltung der Einheit, des Einklanges zwischen Haupt und Gliedern erforderlichen Mittel zu handhaben, zu sorgen, dass Niemand seine Befugnisse überschreite, Alle ihre Pflichten thun u. s. w., — Recht der Oberaufsicht über die ganze Kirche,

¹ Ebend. S. 191 ff.

Entscheidung in Glaubenssachen,¹ Handhabung der Censur, Anordnung und Leitung des Cultus, des Missions-Ordenswesens, Canonisationen u. s. w., — über Alle zu richten, Alle zu schützen, oberste Gerichtsbarkeit; — dem einzelnen Gliede der Hierarchie seine Stelle anzuweisen, die Grenzen der Jurisdiction festzustellen u. s. w., — Recht zur Errichtung und Umgrenzung der Diöcesen, Einsetzung und Bestätigung der Bischöfe u. s. w.; — zu bestimmen, wie die zur Vollführung der Aufgabe der Kirche nothwendigen äusseren Mittel zu beschaffen seien — Recht der Disposition über das Kirchenvermögen, Besteuerungsrecht u. s. w. Endlich bringt es der Begriff des Primates, sein Beruf, seine Stellung von selbst mit sich, dass über ihn Niemand gesetzt sei, dass weder ein Einzelner noch der Episcopat in seiner Gesammtheit ihn richten könne, was man von jeher in dem Satze ausgesprochen: „Prima sedes a nemine iudicetur.“ (Denjenigen, welcher den ersten Sitz einnimmt, soll Niemand richten.)²

Damit aber nicht Jemand wähne, das Gesagte seien etwa nur fromme Phrasen, die man nicht so genau nehmen müsse, bemerkt Herr v. Schulte ausdrücklich, was er im Obigen über die Machtfülle und Stellung des Papstes in der Kirche dargelegt, sei Resultat strenger wissenschaftlicher Studien, sei in der Geschichte, dem Geiste der Kirche und ihres Rechtes begründet. Er sagt in dieser Hinsicht³ wörtlich, wie folgt: „Man mag dies Papalsystem nennen oder nicht; jedenfalls ist es dasjenige, welches einzig und allein stets gegolten, die Nothwendigkeit, den Geist der Kirche und ihres Rechtes für sich hat.“⁴

¹ Diese Befugniss des Papstes hat Herr v. Schulte auch im Jahre 1863, ja selbst noch im Jahre 1868 ausdrücklich und öffentlich anerkannt. Denn in seinem Lehrbuch des katholischen Kirchenrechts, herausgegeben zu Giessen 1863, spricht er darüber (S. 312) sich mit folgenden Worten aus: „In Glaubenssachen ist der Papst befugt, Entscheidungen zu treffen, s. g. *decreta ex cathedra*, denen nothwendig Gehorsam zu erweisen ist.“ Ebenso in der zweiten, ebend. 1868 erschienenen Auflage dieses Werkes. „In Glaubenssachen,“ sagt er daselbst (S. 352), „ist der Papst befugt, Entscheidungen zu treffen, s. g. *decreta ex cathedra*, denen nothwendig Gehorsam zu erweisen ist.“

² Vergl. Dict. Grat. post c. 9. C. IX. qu. 3.; can. 10. 13—18. ead.

³ System, S. 192.

⁴ In ganz derselben Weise hat Herr v. Schulte die kirchliche Stellung und Machtfülle des Papstes in den J. 1863—1868 aufgefasst, wie aus seinem oben erwähnten Lehrbuch des katholischen Kirchenrechts, Giessen 1863, S. 5, S. 160 f., S. 173 ff.; 2. Aufl., ebend. 1868, S. 6, S. 177, S. 192 ff. — zu ersehen ist. Um Wiederholungen zu vermeiden, wollen wir hier lediglich die bezüglichen Ausführungen Herrn v. Schulte's aus der zweiten Auflage seines eben genannten Lehrbuches anführen. Er sagt in dieser Hinsicht (ebend. S. 6), wie folgt: „Sie (die christliche Kirche) ruhet in ihrer Wesenheit auf dem ihr bis zum Welt-Ende gegebenen heiligen Geiste, ist unfehlbar, infallibilis; in ihrem äusseren Bestande fusst sie auf den von Christus

Eine grössere kirchliche Gewalt, als, nach den bisherigen Ausführungen, Herr Professor v. Schulte, hat dem Papste auch das vaticanische Concil nicht zuerkannt.

eingesetzten Aposteln, deren Nachfolger, die Bischöfe, unter dem Primat des Bischofs von Rom dastehen als die von Gott gesetzten Leiter der Gemeinschaft und die Vermittler der in dieser einen, sichtbaren, heiligen, unfehlbaren, allgemeinen, apostolischen, römischen Kirche hinterlegten Gnadenmittel." — Ferner (ebend. S. 177): „Aufgebaut ist die Kirche auf dem Apostolate. Der Bau ist gestützt durch den Stand des Clerus, vor Allem durch das einen unauslöschlichen Charakter verleihende Priesterthum. Dieses gehört zum Wesen der Kirche, ruhet auf höheren dem Individuum übertragenen Vollmachten." — „Der Papst hat als Inhaber des Primats von Rechtswegen die Jurisdiction über die ganze Kirche. Unter ihm stehen alle Bischöfe als Repräsentanten und Glieder des Episcopates." — „Unterhalb der Bischöfe stehen die Priester, deren Jurisdiction sich herausstellt als eine von den Bischöfen übertragene und davon abhängt, dass der einzelne einen im Rechte generell ausgebildeten oder speciellen Auftrag erhielt." — „In gleicher Weise stehen unter den Priestern die Minister (Diener), mit ständigen, speciellen Aufträgen versehen." — Sodann die Stellung und Gewalt des Papstes in der Kirche näher bestimmend, sagt er (ebend. S. 192 ff.): „Eck- und Grundstein der Kirche, Mittelpunkt der Einheit ist der Bischof der Mutterkirche zu Rom, der römische Bischof. Als Glied des Episcopates (Apostolates) ist er Träger der bischöflichen Gewalt. Zu dieser kommt in seiner Person die Nachfolge in das Amt eines bestimmten Apostels, des Apostelfürsten Petrus, damit die kirchliche Obergewalt, *Primatus totius ecclesiae*. Somit ist er Ordinarius im eminenten Sinne. Die Leitung und Regierung der Kirche ist aber nicht ihm allein anvertraut, sondern dem Episcopate mit ihm. Folglich sind die Bischöfe nothwendige Glieder der Hierarchie, über ihnen aber der Papst mit der nothwendigen Gewalt, sie insoweit zu binden, als die Einheit erfordert." — „Für den Primat, wie für die Kirchengewalt überhaupt liegt die Schranke in der Grandordnung der Kirche, dem *jus divinum*. Welche einzelnen Rechte der Papst besitze, ist Ergebniss der geschichtlichen Bildung. Daher lässt sich keine Scheidung seiner Rechte in wesentliche und unwesentliche machen, weil ein Recht, das zu einer Zeit nicht hervortritt aus Mangel eines Objects, zu einer anderen höchst wesentlich sein kann. Der Papst hat eine fundamentale Macht nicht bloß für das Gebiet des Rechts, sondern im gleichen Grade für den Glauben, die Lehre. Denn — die Einheit der Kirche ist auf dem einen Gebiete nicht möglich ohne Einheit auf dem anderen." — „Die Macht des Primats tritt bei normalen und geordneten Zuständen nicht für das Regelmässige, sondern nur für das Ausserordentliche in den Vordergrund. Wie der einzelne Gläubige als solcher zur Erreichung seines kirchlichen (religiösen) Zweckes in keinerlei directe Verbindung mit seinem Bischofe treten muss, — jedoch abgesehen vom Sacramente der Firmung, das man empfangen soll, wenn man dazu in der Lage ist, — ebensowenig äussert bei ganz normalem Gange der Dinge die Gewalt des Papstes einen unmittelbaren Einfluss auf die Verhältnisse der Diöcesen, so dass deren Rechtsverhältnisse sich auf dem Boden des *jus commune* höchst concret entwickeln können. Die Möglichkeit und mit dieser die Berechtigung eines unmittelbaren Eingreifens liegen aber im Primat begrifflich beschlossen." — „Somit ist der Papst einerseits geistlicher Vater, *Papa*, wesshalb er auch der heilige Vater heisst, sichtbares kirchliches Oberhaupt aller Gläubigen, dem sie Gehorsam in kirchlichen Dingen schulden, andererseits das Haupt der mit der Kirchenregierung betrauten Hierarchie. Daher steht weder die Gesammtheit der einzelnen Bischöfe über dem Papste, noch gibt es eine Kirche oder eine Repräsentanz der gesammten Kirche ohne den Papst, noch endlich eine Einzelkirche losgelöst von dem Verbande mit dem Papste."

Herr v. Schulte war damals von der oben dargelegten Stellung und Gewalt des Papstes in der Kirche so tief überzeugt, dass er kein Bedenken trug, diese seine Ueberzeugung selbst im bereits erwähnten Staats-Wörterbuch von Dr. J. C. Bluntschli und K. Brater, Bd. VII (Stuttgart und Leipzig 1862) S. 681 ff., zum Ausdruck zu bringen. Er sagt daselbst in dem von ihm verfassten Artikel: Papst, in dieser Hinsicht unter Anderem, wie folgt: „In der Person des Papstes laufen alle Fäden zusammen, welche die Einheit der über die ganze Erde verbreiteten Kirche knüpfen; in ihm liegt der Schlussstein ihres Baues. Ihre Wirkung ist seine Wirkung." — „Das Wort Papst — *Papa*, *Pontifex Romanus*, *Maximus*, *Summus Episcopus* — bezeichnet den Bischof von Rom in seiner Eigenschaft als *Primas*, das Haupt der Kirche. Gegründet ist dieselbe auf die Worte bei Matthäus XVI. 18 ff., Johannes XXI.

Damit unsere Leser sich davon überzeugen können, wollen wir die bezügliche Constitution des gedachten Concils vom 18. Juli 1870 (*Pastor æternus*) hier anführen. Es heisst darin ¹ in dieser Hinsicht, wie folgt: „Wir lehren und erklären, dass kraft der Anordnung des Herrn die römische Kirche über alle übrigen den Principat der ordentlichen Gewalt besitzt, und dass diese wahrhaft bischöfliche Jurisdictionsgewalt des römischen Papstes eine unmittelbare ist, gegen welche die Hirten und Gläubigen jeglichen Ritus und jeglichen Ranges, sowohl Jeder insbesondere, als Alle insgesamt, zur hierarchischen Unterordnung und zum wahren Gehorsam verpflichtet sind, nicht blos in den auf den Glauben und die Sitten bezüglichen Dingen, sondern auch in jenen, welche die Disciplin und Regierung der über den ganzen Erdkreis verbreiteten Kirche betreffen, so dass durch die Bewahrung der Einheit sowohl der Gemeinschaft, als des nämlichen Glaubensbekenntnisses mit dem römischen Papste die Kirche Christi eine Heerde unter einem obersten Hirten ist.“ —

15 ff., die dem Apostel Petrus einen Primat unter den Aposteln geben, in den die Bischöfe von Rom als Nachfolger Petri succediren. Dieser Primat ist nach der Lehre der Väter und Ausweis der Geschichte gerade so stets angenommen, als ein sichtbares Haupt für die ihrem Dogma zufolge sichtbare, Eine, allgemeine Kirche nothwendig ist. Von den zahlreichen Erklärungen sei nur mitgetheilt die behufs Wiedervereinigung der Griechen auf dem allgemeinen Concil zu Florenz 1439 mit den Worten erfolgte: „Wir erklären, dass der heilige apostolische Stuhl und der römische Papst den Primat über den ganzen Erdkreis inne hat, dass der römische Bischof Nachfolger des heiligen Apostelfürsten Petrus ist und der wahre Stellvertreter Christi, und der ganzen Kirche Haupt und aller Christen Vater und Lehrer, und dass ihm in der Person des heiligen Petrus von unserm Herrn Jesus Christus übergeben ist die volle Gewalt, die ganze Kirche zu weiden, zu leiten und zu regieren.“ Es ist demnach katholischer Glaubenssatz, dass der Papst als Nachfolger Petri Haupt der Kirche und sichtbarer Stellvertreter ihres Stifters, *vicarius Christi*, ist. Er steht an der Spitze des mit der Leitung der Kirche betrauten *Episcopates*.“ So dachte vom Papste Herr v. Schulte — einst!

¹ Im Cap. 3, welches im Urtext also lautet: „Docemus — et declaramus, Ecclesiam Romanam disponente Domino super omnes alias ordinariæ potestatis obtinere principatum, et hanc Romani Pontificis jurisdictionis potestatem, quæ vere episcopalis est, immediatam esse: erga quam cujuscumque ritus et dignitatis pastores atque fideles, tam seorsum singuli quam simul omnes, officio hierarchicæ subordinationis, veræque obedientiæ obstringuntur, non solum in rebus, quæ ad fidem et mores, sed etiam in iis, quæ ad disciplinam et regimen Ecclesiæ per totum orbem diffusæ pertinent; ita ut custodita cum Romano Pontifice tam communionis, quam ejusdem fidei professionis unitate, Ecclesia Christi sit unus grex sub uno summo pastore.“ — „Tantum autem abest, ut hæc Summi Pontificis potestas officiat ordinariæ ac immediatæ illi episcopalis jurisdictionis potestati, qua Episcopi, qui positi a Spiritu Sancto in Apostolorum locum successerunt, tamquam veri pastores assignatos sibi greges, singuli singulos, pascunt et regunt, ut eadem a supremo et universali Pastore asseratur, roboretur ac vindicetur, secundum illud sancti Gregorii Magni: Meus honor est honor universalis Ecclesiæ. Meus honor est fratrum meorum solidus vigor. Tum ego vere honoratus sum, cum singulis quibusque honor debitus non negatur.“ — „Et quoniam divino Apostolici primatus jure Romanus Pontifex universæ Ecclesiæ præest, docemus etiam et declaramus, eum esse judicem supremum fidelium, et in omnibus causis ad examen ecclesiasticum spectantibus ad ipsius posse judicium recurri; Sedis vero Apostolicæ, cujus auctoritate major non est, judicium a nemine fore retractandum, neque cuiquam de ejus licere judicare judicio.“

„Diese Gewalt des Papstes thut indess jener ordentlichen und unmittelbaren bischöflichen Jurisdictionsgewalt, womit die Bischöfe, die vom heiligen Geiste gesetzt, als Nachfolger an die Stelle der Apostel getreten sind, die ihnen zugewiesenen Heerden, jeder die seinige, als wahre Hirten weiden und regieren, so wenig Eintrag, dass diese letztere vielmehr von dem obersten und allgemeinen Hirten zur Geltung gebracht, gefestigt und geschützt wird, gemäss jenen Worten des heiligen Gregor des Grossen: Meine Ehre ist die Ehre der allgemeinen Kirche. Meine Ehre ist die ungeschwächte Kraft meiner Brüder. Dann bin ich wahrhaft geehrt, wenn keinem derselben die schuldige Ehre versagt wird.“ — „Und da nach dem göttlichen Rechte des apostolischen Primates der römische Papst der Gesamtkirche vorsteht, so lehren und erklären wir auch, dass er der oberste Richter der Gläubigen ist, und dass in allen, dem kirchlichen Erkenntniss unterstehenden Sachen die Berufung an sein Urtheil offen steht; dass dagegen der Richterspruch des apostolischen Stuhles, dessen Auctorität die höchste ist, von Niemandem einer Revision unterzogen werden kann, und dass Niemand befugt ist, über sein Urtheil zu richten.“¹

Lässt sich zwischen der durch diese Conciliarbestimmung dem Papste zuerkannten Gewalt und jener, welche für ihn Herr v. Schulte in den oben angeführten Stellen in Anspruch genommen hat, ein erheblicher Unterschied nachweisen?

Wenn Herr v. Schulte ferner in Betreff der Kirche und namentlich der Hierarchie den Nachweis geliefert hat, dass sie durch die Sendung des heiligen Geistes mit der Unfehlbarkeit ausgerüstet ist;² wenn er sodann bewiesen hat, dass der Papst kraft göttlicher Anordnung ein nothwendiges Glied der Hierarchie ist; dass er ihr Centrum ist, in dem alle und jede Gewalt des Priesterthums, des Lehramtes und der Jurisdiction sich vereinigt, so dass sie von dort wieder ausfliesst; dass in ihm die Machtfülle des von Christus eingesetzten Priesterthums, die Fülle aller von Jesus seiner Kirche hinterlassenen Vollmachten liegt; dass er das Haupt der Kirche ist, welchem alle übrigen Glieder der Kirche unterworfen sind, das aber selbst keinem von ihnen, noch auch der Gesammtheit derselben, untersteht; dass er sie alle richten, selbst aber von ihnen nicht gerichtet werden kann; dass

¹ Siehe: Das ökumenische Concil. Freiburg im Breisgau 1869 ff., Heft X, S. 8 ff.

² Siehe oben S. 21; S. 31 f.

er durch den Ausspruch weder eines einzelnen, noch auch der Gesammtheit der Bischöfe gebunden ist; dass er in der Kirche als Monarch dasteht; wenn er dies Alles gesagt und bewiesen:¹ hat er damit nicht nothwendig auch gesagt und anerkannt, dass „der Papst unfehlbar“, ja dass „er der eigentliche Träger der kirchlichen Unfehlbarkeit ist“, wie es das vaticanische Concil im Cap. 4 der erwähnten Constitution vom 18. Juli 1870 dogmatisch bestimmt hat? Die gedachte Conciliarbestimmung lautet nämlich, wie folgt: „In treuem Anschlusse — an die von dem Ursprunge des christlichen Glaubens ererbte Tradition, — unter Zustimmung des heiligen Concils, lehren und erklären wir als ein von Gott geoffenbartes Dogma: dass der römische Papst, wenn er ex Cathedra spricht, d. h. wenn er in Ausübung seines Amtes als Hirte und Lehrer aller Christen, kraft seiner höchsten apostolischen Auctorität eine den Glauben oder die Sitten betreffende Lehre als von der gesammten Kirche festzuhalten entscheidet, vermöge des göttlichen, ihm im heiligen Petrus versprochenen Beistandes mit jener Unfehlbarkeit ausgerüstet ist, womit der göttliche Erlöser seine Kirche in Entscheidung einer auf den Glauben oder die Sitten sich beziehenden Lehre ausgestattet wissen wollte, und dass daher derartige Entscheidungen des römischen Papstes aus sich, nicht aber in Folge der Zustimmung der Kirche, unabänderlich sind.“²

Hält man einerseits die oben dargelegten Deductionen Herrn v. Schulte's, und anderseits die eben angezogene Constitution des vaticanischen Concils vom 18. Juli 1870 fest, so begreift man schlechterdings nicht, wie derselbe Herr v. Schulte ein Gegner der gedachten Constitution sein könne, und wie er namentlich in den Anfangs erwähnten Artikeln³ habe zu der seinigen machen können die im Jahre 1870 aufgetauchte Behauptung, nach welcher durch die genannte Concilsbestimmung vom 18. Juli 1870 der Papst, als Compaciscent der österreichischen

¹ Siehe oben S. 32 ff.

² Im Urtext lautet dieselbe folgendermassen: „Nos traditioni a fidei Christianæ exordio perceptæ fideliter inhærendo, — sacro approbante Concilio, docemus et divinitus revelatum dogma esse definimus: Romanum Pontificem, cum ex Cathedra loquitur, id est, cum omnium Christianorum Pastoris et Doctoris munere fungens, pro suprema sua Apostolica auctoritate doctrinam de fide vel moribus ab universa Ecclesia tenendam definit, per assistentiam divinam, ipsi in beato Petro promissam, ea infallibilitate pollere, qua divinus Redemptor Ecclesiam suam in definienda doctrina de fide vel moribus instructam esse voluit; ideoque ejusmodi Romani Pontificis definitiones ex sese, non autem ex consensu Ecclesiæ irreformabiles esse.“
Siehe: Das ökumenische Concil, a. a. O. S. 14 ff.

³ Siehe oben S. 6 f.

Staatsgewalt, „ein anderer geworden, an die Stelle der alten limitirten Kirchengewalt, eine neue, unbeschränkte und unbeschränkbare getreten“ sein soll. Treu seiner oben angeführten Ueberzeugung von einst, hätte Herr v. Schulte — jetzt in Betreff der erwähnten Behauptung im Wesentlichen sich etwa folgendermassen aussprechen müssen: Die gedachte Constitution des vaticanischen Concils vom 18. Juli 1870 hat dem Papste keine neue Gewalt oder Prärogative ertheilt; sie hat nur die Gewalt und Prärogative, welche der Papst bis dahin gehabt, und welche er als solcher nach meiner juristischen Ueberzeugung nothwendig haben muss, näher erklärt und genauer bestimmt und den Irrthümern der Zeit gegenüber ausdrücklich zu glauben vorgestellt. Dass der Papst in der Kirche die höchste, nur durch das göttliche Recht (*jus divinum*) beschränkte Gewalt besitzt, sowie, dass er unfehlbar ist, das habe ich schon im Jahre 1856, als k. k. ordentlicher öffentlicher Professor des Kirchenrechts und der deutschen Reichs- und Rechtsgeschichte an der Carl Ferdinands-Universität zu Prag, in meinem „System des allgemeinen katholischen Kirchenrechts“ klar und deutlich ausgesprochen.

Eine solche Erklärung forderte vom Herrn Professor v. Schulte die — Ueberzeugungstreue und Consequenz.

5.

Bei Darlegung des Verhältnisses zwischen Kirche und Staat im Allgemeinen hebt Herr v. Schulte zunächst hervor, dass diese beiden Gewalten weder mit einander zu vermengen, noch auch von einander zu trennen seien. Die Vermengung derselben mit einander erklärt er¹ für unzulässig aus folgenden Gründen: „Der Staat hat seine Schranke in der Nation, dem Volke; die Kirche ist universell, für alle Völker, die ganze Welt und alle Zeiten bestimmt. Der Staat umfasst den Menschen nur nach bestimmter Richtung, die Kirche aber nach seinem ganzen Wesen, sie will alle Seiten seines Lebens veredeln und durchdringen; ihr nach einer Richtung angehören, nach einer anderen bloß seinem Selbst folgen, ist unmöglich.“

Dafür, dass Kirche und Staat nicht von einander zu trennen seien, führt er² unter Anderem an, dass ja beide „auf göttlichem

¹ Lehre von den Quellen, S. 17.

² Ebend. S. 394.

Willen beruhen", und ¹ „dieselben Individuen der Kirche und dem Staate angehören" und diesen beiden Autoritäten mit „derselben Wirkung, obgleich nach verschiedenen Richtungen unterstehen"; ferner, ² dass „im Christenthum das Glück der Unterthanen des Staates ruhet", so dass ³ ein Staat, welcher auf dem Standpunkte des Indifferentismus stehe, „gewiss das wahre Wohl seiner Unterthanen nicht verfolgen, sondern nur rein materielle Zwecke befördern" werde. Daher denn auch Herr v. Schulte ⁴ ganz entschieden behauptet, dass „der Staat nicht gegen die Kirche sein, sich nicht von derselben trennen soll", sowie ⁵ auch „die Kirche nach ihrer Aufgabe und Geschichte keine Trennung vom Staate — will".

In weiterer Ausführung des Verhältnisses zwischen Kirche und Staat bespricht Herr v. Schulte folgende drei Fragen: a) Ist die Kirche dem Staate untergeordnet? b) Ist der Staat der Kirche untergeordnet? c) Sind Kirche und Staat einander coordinirt?

Ad a). Diejenigen, welche die Kirche als dem Staate untergeordnet ansehen, halten, sagt derselbe, den Staat für alleinigen Träger und Schöpfer des Rechts, die Kirche aber für ein blosses Staatsinstitut, welchem nur so viel Recht zukomme, als ihm der Staat zu verleihen für gut finde. ⁶ Die Kirche als vom Staate unabhängig und selbständig erklären, sei den Vertretern gedachter Theorie gleichbedeutend mit der Gründung eines „Staates im Staat", ja mit der Knechtung des Staates durch die Kirche. ⁷ Diese Theorie habe im 16. Jahrhundert, in Folge der Reformation, insbesondere der staatsrechtlichen Anerkennung der lutherischen und der reformirten Confession als christliche Kirchen neben der bis dahin ausschliesslich als solche geltenden katholischen Kirche, ihren Anfang genommen, sei dann durch die französische Philosophie weiter ausgebildet, in den Niederlanden durch den gallikanischen Canonisten van Espen, in Deutschland aber durch dessen Schüler Nicolaus Hontheim (Justinus Febronius) wissenschaftlich zum Abschluss gebracht

¹ Ebend. S. 392.

² Ebend. S. 417.

³ System, S. 435.

⁴ Lehre von den Quellen, S. 26 f.

⁵ Eben d. S. 416.

⁶ Ebend. S. 381 ff., S. 437 ff.

⁷ Ebend. S. 384, S. 437.

worden. Gestützt auf diese Theorie habe man staatlicherseits, besonders von der Mitte des 18. Jahrhunderts an, allmählig nicht bloß der Kirche „Alles, was sie bis dahin auf den verschiedenen Gebieten des weltlichen Rechtes an Rechten ausgeübt“, genommen, sondern auch, und zwar unter dem Titel „landesfürstlicher Machtvollkommenheit“ bis in „das innerste Lebensgebiet“ derselben eingegriffen, ja „factisch die Kirche durch Bischöfe oder andere anscheinend kirchliche Organe (Consistorien) administriert“, was besonders in Oesterreich unter Kaiser Joseph II. der Fall gewesen sei.¹

Herr v. Schulte findet die in Rede stehende Theorie an sich falsch, weil sie der von Gott gesetzten Natur der Kirche widerstreite, indem „die Kirche platterdings weder ein Staatsinstitut ist, noch für staatliche Zwecke geschaffen, noch ihre Vollmacht vom Staate ableitet, noch endlich selbst in ihrer äusseren Existenz vom Staate wesentlich abhängt“.² Und an einer anderen Stelle³ sagt er: „Wenn auch der jetzt allgemein angenommene Satz richtig ist, dass in einem Staate kein Recht zur Geltung kommen kann, ausser durch die Anerkennung des Staates, so findet doch dies unzweifelhaft nur Anwendung für das Recht, als dessen Quelle die legislatorische Macht des Staatsoberhauptes erscheint. Der Art ist nun offenbar das Recht der Kirche nur insoweit, als sich dasselbe nicht aus der göttlichen Stiftung, also einer höhern, über den Kaisern und Königen stehenden Macht ergibt. Da nun die Kirche das Recht auf Existenz nicht vom Staate ableitet, so tritt sie von Vornherein neben und in demselben berechtigt auf.“ Und wiederum behauptet er,⁴ dass die in Rede stehende „Auffassung sowohl wegen der universellen, also jeder nationalen und staatlichen Beschränkung unfähigen, Beschaffenheit der christlichen Kirche und wegen des verschiedenen Zweckes, wie der gänzlich verschiedenen Mittel unpassend, unjuristisch und absolut falsch ist“.

Sodann erklärt er jene Theorie der Kirche gegenüber für ungerecht, um so mehr, als jetzt der Staat der Kirche alle bürgerlichen und politischen Vorrechte entzogen und neben ihr auch anderen durch Trennung von ihr entstandenen christlichen Reli-

¹ Ebend. S. 380 ff.

² Ebend. S. 16 f.

³ Ebend. S. 459.

⁴ Ebend. S. 437.

gionsgesellschaften die rechtliche Existenz zuerkannt, ja auch den ihr angehörigen Individuen den Austritt aus derselben freigestellt habe, und die Kirche nach allen Seiten hin den heftigsten Angriffen ausgesetzt sei, deren sie ohne völlig freie Handhabung des ihr von Gott verliehenen Rechtes sich nicht zu erwehren vermöge. Er sagt in dieser Hinsicht:¹ „War bis dahin jener Gegensatz zwar auch drückend, so musste er in unserem Jahrhundert, vor Allem aber in dessen letztverflossenen Decennien, aus dem Grunde doppelt fühlbar werden, weil die ausschliessliche Begünstigung einer Kirche, die dieser als Aequivalent für die Staatskirchenregierung gelten konnte, gefallen, alle Privilegien und Vorrechte ihrer Diener hinweggeräumt waren.“ — „Aber gerade die nicht mehr mit dem Staate verwachsene, nicht mehr — von ihm unterstützte, jeder äussern Macht und Ehre beraubte, jedem Angriffe auf allen Gebieten der Wissenschaft, in der Tagespresse, in Wirthshäusern, Theatern, kurz überall dort, woher die moderne Welt zum grossen Theile ihre Conversationsbildung nimmt, ausgesetzte Kirche muss um so freier sein auf ihrem innern Gebiete, hat ein unbestreitbares Recht auf nichteingeschränkte Handhabung ihrer göttlichen Mission und Gewalt.“ — „Hat der Staat dem Individuum das Recht verliehen, sich von der Kirche zu trennen, ihm die Freiheit gegeben, nach seinem Willen, seiner guten oder schlechten Ueberzeugung zu leben, wie könnte er der Kirche das Recht nehmen, nach ihrem göttlichen Gebote und Rechte zu leben und zu handeln?“ Und an einer andern Stelle² sagt er in dieser Beziehung: „Unter solchen Umständen einerseits zu verlangen, die katholische Kirche solle die früheren Rechte nicht mehr haben, — andererseits der katholischen Kirche obendrein das Streben nach innerer Freiheit als Unterwerfung des omnipotenten, durch Heere u. s. f. geschützten Staates unter die Kirche auszuposaunen, dies ist offenbar entweder Folge von Hass gegen die Kirche und des hieraus hervorgehenden Mangels an Rechtsgefühl, oder Ignoranz, oder Ausfluss des Strebens nach Vernichtung alles religiös-kirchlichen Lebens.“³

Endlich findet er die gedachte Bevormundung der Kirche durch den Staat nicht bloss jener, sondern auch diesem in hohem

¹ Ebend. S. 437 f.

² Ebend. S. 387.

³ Aehnlich ebend. S. 385.

Grade verderblich und deutet er¹ an, dass nur Feinde wie der Kirche, so des Staates eine solche Behandlung der katholischen Kirche befürworten können, indem sie voraussehen, dass diese, „unter Staatsadministration“ stehend, nur als eine „Polizei-Anstalt“ gehasst, und als solche unvermögend sein werde, „durch Achtung und Liebe ihren Zweck und den des Staates durch den freien auf religiöser Ueberzeugung ihrer Glieder beruhenden Gehorsam gegen die rechtmässige von Gott geordnete weltliche Autorität“ zu fördern. Ja, er trägt kein Bedenken, der Staatsgewalt vorauszusagen, dass es auf diesem Wege, nämlich dem der Bevormundung der katholischen Kirche, auf die Dauer nicht gehen werde, indem er² bemerkt: „Gerade diese Freiheit ist für beide (nämlich Kirche und Staat) nöthig, für beide das einzige Mittel, Eintracht herzustellen, ohne welche es auf die Dauer nicht geht, mag auch Mancher nur eine möglichst grosse Anzahl von Fabriken, Eisenbahnen etc. als höchstes und letztes Staatsziel erachten, mit dessen Erreichung die christliche Religion als obsolet bei Seite geschoben werden könne.“

Die Behauptung aber, durch die unabhängig gewordene Kirche werde der Staat geknechtet, bezeichnet Herr v. Schulte³ geradezu als lächerlich, indem er sagt: „Es klingt wahrlich als Hohn des Wolfes gegen das Lamm in der Fabel, wenn unser im neunzehnten Jahrhundert zur absoluten Omnipotenz gelangter Staat von seinen angeblichen Freunden als der Gefahr der Knechtschaft unter die Kirche ausgesetzt proclamirt wird. Es ist lächerlich, auch nur eine solche Möglichkeit anzunehmen, seitdem die Kirchen weder Privilegien noch irgend weltliche Regierungsrechte haben, die Kirche also rein und ausschliesslich auf ihrem Gebiete wirken will und muss, dem Staate von Niemandem das Recht bestritten, noch, was viel praktischer ist, entzogen werden kann, Jedes abzuwehren, was einen Eingriff in seine Rechte enthält.“⁴

Ad b). Auch die zweite Frage, bezüglich der Unterordnung des Staates unter die Kirche, findet Herr v. Schulte zu verneinen, indem auch der Staat auf göttlichem Willen beruhe und auf seinem eigenthümlichen Gebiete unabhängig, selbständig sei. Er sagt darüber:⁵ „Auch die Aufgabe des Staates wird vom

¹ Ebend. S. 387.

² Ebend. S. 439 f.

³ Ebend. S. 384.

⁴ Vergl. ebend. S. 442.

⁵ Ebend. S. 391 f.

christlichen Standpunkte aus durch die von Gott gesetzte Obrigkeit geleitet. Deren Befugniss zur Handhabung der Rechtsordnung ist folglich eine gleichergestalt unabhängige, selbständige." Und an einer anderen Stelle: ¹ „Sind nun auch Staat und Kirche ihrem Wesen, ihrem Zwecke und ihren Mitteln nach von einander verschieden, so sind sie doch zwei durchaus selbstständige Gewalten." ²

Ad c). Demgemäss glaubt Herr v. Schulte Kirche und Staat als einander coordinirt ansehen zu sollen, und erklärt er ³ dieses Verhältniss, kraft dessen die beiden Autoritäten einander als von Gott eingesetzt achten und als selbständig anerkennen, und in Eintracht mit einander das ewige und zeitliche Wohl der Menschheit zu wirken suchen, für das einzig naturgemässe und normale. ⁴

Im Uebrigen aber kann Herr v. Schulte nicht umhin, der Kirche wegen der Erhabenheit ihres Zweckes einen Vorrang vor dem Staate zuzuerkennen, indem er ⁵ sagt, der Zweck beider (der Kirche und des Staates) lasse „keine Coordination derselben im Sinne der Gleichheit" zu, weil „jener (der Staat) für die Welt, diese (die Kirche) für den Himmel, die Ewigkeit arbeitet".

Das thatsächliche Verhalten der Kirche gegen einen bestimmten Staat, sagt Herr v. Schulte, richte sich nach dem Verhältniss, in welches dieser sich gegen jene gesetzt habe, nämlich je nachdem dieser sich gegen jene feindselig, oder indifferent, oder aber freundlich erweise.

Im ersten Falle gehorche die Kirche in allen weltlichen Dingen den Gesetzen des Staates und lege auch ihren Gliedern einen gleichen Gehorsam an's Herz; im Uebrigen aber müsse sie unbedingt der von ihrem göttlichen Stifter erhaltenen Mission folgen und ihre Glieder zur gläubigen Annahme ihrer Lehre und Beobachtung ihrer Gebote anhalten, sollte es gleich für sie das Märtyrerthum zur Folge haben. „Mag auch in einem Lande," so sagt Herr v. Schulte ⁶ in dieser Beziehung, „das Christenthum noch so sehr verpönt sein, so trägt die Kirche doch, sobald

¹ Ebend. S. 458 f.

² Vergl. ebend. S. 17, Anm. 5; S. 394 f.

³ Ebend. S. 439.

⁴ Vergl. ebend. S. 435 f.; S. 458 f.

⁵ Ebend. S. 17.

⁶ System, S. 435.

sie dazu die äusseren Mittel besitzt und die Klugheit es gestattet, ihre Lehre dahin. Aber sie unterwirft sich und ihre Diener in allen und jeden weltlichen Dingen den Gesetzen der einzelnen Staaten unbedingt, vollführt alle und jede von denselben geforderten Pflichten. Nur in dem einen Punkte kann und darf sie nicht gehorchen: wenn ihren Gliedern eine Unsittlichkeit oder irgend welche Verleugnung der Lehre und Gebote ihres Stifters geboten wird. Hier gehorcht sie nicht; sie tritt aber nicht gegen den Staat auf, empört sich nicht, sondern fordert von ihren Gliedern gegen den Staat in weltlichen Dingen, gegen sich in dem Glauben und sittlichen Wandel unbedingten Gehorsam, und sollte auch letzterer das Märtyrerthum zur Folge haben." Als Grund davon führt er ¹ Folgendes an: „Die Kirche hat nach einem unumstösslichen Satze ihre Mission nicht von einer irdischen Macht, sondern von Gott; ihre Mission geht aber auf die Gewinnung aller Völker der ganzen Welt. Mithin hat sie das Recht, überall sich auszubreiten, ihre Lehre überall hin zu verkünden, mag die weltliche Ordnung dies wollen oder nicht. Denn dafür hat sie nicht diese, sondern das Gebot ihres göttlichen Stifters zu befolgen, dass man Gott mehr gehorchen muss als den Menschen."

Ein solcher Kampf mit der Kirche sei übrigens, meint Herr v. Schulte, für den Staat selbst in hohem Grade nachtheilig. Er versichert, ² dass „ein Kriegszustand mit der Kirche, mag er auch die Territorialgewalt nicht bedrohen, unter allen Umständen zu jenen Dingen gehört, welche das Glück und die gedeihliche Entwicklung des sittlichen Wohles der Gesellschaft schwer treffen". Den Verlauf und den Ausgang dieses Kampfes stellt Herr v. Schulte dar, indem er den Kampf zwischen dem heidnischen römischen Staate und der Kirche schildert. Er sagt: ³ „Weil der absterbende römische Staat eine Religion hatte, die nur auf das Irdische gehend, nichts Höheres kannte, als die Laster und sinnlichen Neigungen, mit denen Mythos und Religion die Götter sich herumbalgen liessen, in möglichst raffinirter, durch die Klugheit und Zweckmässigkeit den Göttern gleichkommender Weise approximativ nachzuahmen, desshalb konnte er das Christenthum nicht ignoriren, sondern musste es bekämpfen, auf Leben und Tod.

¹ Ebend. S. 433.

² Lehre von den Quellen, S. 463.

³ System, S. 432 f.

Aber auch das Christenthum musste kämpfen, nicht mit irdischen Waffen, sondern seinen: dem felsenfesten Glauben an den Gekreuzigten, einer Sittenreinheit und Heiligkeit des Einzelnen, welche auch nicht der erhabenste Mythos und Dichter des Alterthums bei seinen Göttern für möglich gehalten, ja welche begrifflich und sprachlich der Welt bis dahin unbekannt war, mit den christlichen Tugenden der Nächstenliebe, der Keuschheit und Selbstverleugnung. Und von diesen Waffen ward in den Staub gestreckt der weltbeherrschende Koloss; an ihnen glitt spurlos ab die teuflische Wuth der erbärmlichsten und grässlichsten Tyrannen; sie stumpften nicht ab die Zähne der blutgierigen Löwen, Panther und Tiger, welche man gegen die schwachen Knaben, das zarte Weib losliess; sie wurden nicht entwunden durch die mit höllischer Erfindungskraft in unendlicher Mannigfaltigkeit sich stets übertreffenden Martern; nicht endlich durch die scheusslichsten Reize und die jedem Menschengefühle Hohn sprechenden Angriffe auf Tugend und Schamhaftigkeit. Kein Kampf mit Schwert, keine Empörung gegen die Tyrannen, keine Verweigerung des Tributs, kein Murren gegen die Sklavenkette, kein Widersetzen gegen die befohlene übermenschliche Arbeit; treue Dienste als Wächter jener Unmenschen, treueste Pflichterfüllung als Bürger und Unterthanen, nur keine That, kein Gedanke an eine Handlung, welche einen Verrath am Christenglauben, auch nur den Schein eines Opfers für die Götter, nur den leisesten Zweifel an der Wahrhaftigkeit ihrer Lehre bei ihren Feinden hätte aufkommen lassen. So und nicht anders siegte die Wahrheit; so kämpfte das Christenthum; so stürzte in sich selbst zusammen durch sich selbst am Christenthume der in Fäulniss gerathene heidnische Weltstaat. Und in diesem Verhalten liegt das grosse Geheimniss und doch zugleich die einfache Regel für das Verhältniss des Christenthums zur weltlichen Ordnung, welche besteht."

Das Benehmen der Kirche gegen einen Staat, der ihr gegenüber sich indifferent verhält, schildert Herr v. Schulte¹ mit folgenden Worten: „Steht ein Staat auf dem Standpunkte des Indifferentismus, so ist das nothwendig nach der Ansicht der Kirche ein Unglück, weil ein solcher gewiss das wahre Wohl seiner Unterthanen nicht verfolgen, sondern nur rein materielle Zwecke

¹ Ebend. S. 435.

befördern und dadurch Unglauben hervorbringen wird. Innerlich ist deshalb in solchen (solchem?) die Lage der Kirche schwieriger.” — „Aeusserlich aber ist die Lage eine leichte: die Kirche braucht keine weltlichen Rechte auszuüben; hat sie nicht den Schutz des Staates, nicht dessen Arm für ihre Gesetze und Urtheile, so hat sie hinwieder auch keine Rücksichten auf denselben zu nehmen, thut alle und jede Bürgerpflichten, waltet in ihrem Hause nach Gottes und ihrer Ordnung. Dass sie auch dabei blühen kann, zeigt sich in England und Nordamerika. Sie übt hier einfach unter den Formen und in den Schranken des weltlichen Gesetzes ihre Ordnung.”

Endlich das Verhalten der Kirche gegen jenen Staat, der sie als göttliche Stiftung anerkennt und in Folge dessen als unabhängig und selbständig achtet, beschreibt Herr v. Schulte¹ folgendermassen: „Wo endlich der Staat nicht gegen, sondern für die Kirche ist, da ist es theils unnütz, theils leicht, zu sagen, wie das gegenseitige Verhalten sich nach der Lehre der Kirche stellt. Ich sage, es ist unnütz. Harmoniren beide, so wird sich ein Zustand von selbst bilden, der nicht eine Folge der Insverksetzung von abstracten Principien, sondern geordnet sein wird nach demjenigen, was beide durch gemeinsames Erwägen, Prüfen und Beschliessen für heilsam erachten. Kirche und Staat werden hier sich vertragen, vereinbaren; jene wird den Herrschern in kirchlichen Dingen Rechte einräumen, wozu sie an sich nicht verpflichtet wäre, und welche nicht von der Souveränität als solcher ausfliessen; dieser wird seinerseits der Kirche Rechte zugestehen, die nicht in ihrem ganz eigenthümlichen Wirkungskreise liegen, deren Handhabung durch die Kirche er aber als den beiderseitigen Zwecken ihrer selbst: das wahre Wohl der Völker zu fördern durch Aufrechthaltung der äusseren Rechtsordnung seitens des Staates, durch Wirken der religiösen moralischen Vervollkommnung seitens der Kirche — angemessen und zuträglich findet. So wird sich ein positiver, historisch gewordener Rechtszustand bilden.”²

Eine solche Vereinbarung des Staates mit der Kirche wird gewöhnlich mit dem Worte: Concordat bezeichnet.

¹ Ebend. S. 435 f.

² Vergl. dessen: Lehre von den Quellen, S. 435 ff.

6.

Unter Concordat ist nach Herrn v. Schulte¹ zu verstehen eine Vereinbarung zwischen der Kirchen- und der Staatsgewalt zur Regelung des thatsächlichen Verhältnisses derselben zu einander, insbesondere zur Festsetzung der Art und Weise der Behandlung von Dingen, die in das Rechtsgebiet beider eingreifen.

Damit ein dauerndes, für Kirche und Staat segenbringendes Concordat zu Stande komme, dazu sei nothwendig, dass die Träger der beiden Gewalten einander mit Achtung und Vertrauen entgegenkommen und, ihren letzten Zweck, das Heil der ihnen Untergebenen für dieses und das ewige Leben zu fördern, unverrückt vor Augen behaltend, einander, was eine von der andern verlangen muss und eine der andern gewähren kann, zu gewähren bereit sind. Für den Träger der Kirchengewalt bilde hierin selbstverständlich die von Christus dem Herrn grundgelegte Verfassung der Kirche eine Schranke, die er in keiner Weise überschreiten dürfe. Herr v. Schulte sagt darüber:² „Soll diese Freiheit (der Kirchen- und der Staatsgewalt) aber einerseits geregelt, den beiderseitigen Interessen entsprechend, andererseits keiner Contestation ausgesetzt sein, soll Jeder genau wissen: was Gottes und was des Kaisers ist, so muss ihr die beiderseitige Einsicht in das, was man verlangen muss und geben kann, als Grundlage dienen; ist diese aber vorhanden, so wird sie ihren einfachen und selbstverständlichen Ausdruck darin finden, dass man die beiderseitigen Grenzen absteckt, den Gegensatz aufhebt und an dessen Stelle die Eintracht, nicht die Vermengung, Vermischung oder Vereinigung der Gewalten setzt.“ Und an einer anderen Stelle³ spricht er in Betreff der Lösung dieser Frage sich in folgender Weise aus: „Ihre Beantwortung ist gegeben, sobald man Dasjenige feststellt, was nach Wesen und Aufgabe der von Gott gesetzten Kirche dieser nothwendig zustehen muss. Ueber die dahin gehörigen Gegenstände kann principiell nur das Recht der Kirche, über das nicht dahin Gehörige, soweit die Kirche zufolge ihrer äusseren Stellung darunter fällt, nur das Recht des Staates im Principe Quelle sein. Rücksichtlich des positiven Rechts ist es aber möglich, dass ohne Verletzung des Principes die Kirche auch über weltliche, der Staat auch über

¹ Ebend. S. 443 f.

² Ebend. S. 440.

³ Ebend. S. 394.

kirchliche Dinge Festsetzungen treffen könne. Jedoch ist inso-
weit stets ein Unterschied gewesen, als es möglich ist, dass die
Kirche selbst an sich dem Staate wesentlich zufallende Verhält-
nisse ordnen könne, der Staat hingegen über keine wesentlich
nur der Kirche zufallende Punkte Bestimmungen erlassen dürfe,
welche diese anerkennen müsste. Der Grund dieser Verschieden-
heit liegt darin, dass nicht eine bestimmte Staatsform als
die von Gott für die weltliche Obrigkeit gesetzte erweislich ist,
noch ein bestimmter Umkreis von Rechten zu allen Zeiten
und unter allen Verhältnissen der obersten Gewalt im Staate
zustehen muss, dass aber der Kirche nach ihrem Dogma eine
bestimmte unabänderliche Verfassung gegeben ist, und bestimmte
wesentlich stets gleiche Mittel und Vollmachten hinterlassen wurden,
das ausserhalb ihrer entstehende Recht mithin nur Quelle für
jene Verhältnisse sein kann, welche der historischen Entwicklung
unterliegen."

Dass eine durchaus gerechte und vollkommen befriedigende Ab-
steckung der Grenzen zwischen der Kirchen- und der Staatsgewalt
möglich sei, findet Herr v. Schulte darin begründet, dass beide
genannte Gewalten von Gott eingesetzt sind. „Dass es aber,"
sagt er in dieser Hinsicht, ¹ „eine Grenze gebe, die auf unbe-
dingte Richtigkeit Anspruch habe, ergibt sich vom Standpunkte
des christlichen Rechtes daraus von selbst, dass Kirche und Staat
auf göttlichem Willen beruhen und auf ihrem eigenthümlichen
Gebiete selbstständig sind und desshalb in einander und neben-
einander müssen bestehen können."

Ein Concordat könne einerseits zwischen Personen, welchen
im Staate die oberste Gewalt zukommt, mögen sie übrigens wie
immer heissen, und andererseits zwischen allen Gliedern der
Hierarchie, denen eine selbständige, besonders legislative Gewalt
zukommt, somit dem Papste und allen Ordinarien, geschlossen
werden. Es könne demnach auch ein Diöcesanbischof mit seinem
Landesherrn ein Concordat abschliessen, jedoch nur rücksichtlich
der seiner selbständigen Jurisdiction, insbesondere seinem Gesetz-
gebungsrechte, unterstehenden Dinge. Vereinbarungen aber, welche
die principielle Stellung der Kirche und Abänderung der für das
ganze Gebiet der Kirche geltenden Rechtsnormen (des sogenannten
jus commune) zum Gegenstande haben, könne kein Diöcesan-

¹ Ebend. S. 393 f.

bischof, sondern nur der Papst schliessen. Diese von dem Papste geschlossenen Vereinbarungen pflege man unter dem Ausdrucke: Concordat allein zu verstehen.¹

Concordate in diesem Sinne seien nothwendig als wahre und wirkliche Verträge aufzufassen. Dies ergebe sich schon aus der Form derselben, nämlich aus der Art ihrer Abschliessung, ferner aus den Ausdrücken, deren die betreffenden Urkunden sich bedienen, und womit sie das Concordat in der That als Vertrag bezeichnen. Dann aus der ausdrücklichen Verzichtleistung der Contrahenten auf einseitiges Handeln bei sich etwa ergebenden Schwierigkeiten, und der Stipulation, dergleichen gemeinschaftlich beizulegen, wie dies z. B. im österreichischen Concordat im Art. XXXV² der Fall sei. Ferner daraus, dass die Contrahenten sich ausdrücklich für sich und ihre Nachfolger verpflichten,³ was doch, sagt Herr v. Schulte,⁴ „undenkbar ist, wenn es sich um ein blosses Kirchen-, beziehungsweise Staatsgesetz handelt“. Endlich folge dies auch aus der constanten Auffassung der Concordate als Verträge von Seiten des Staates, wie der Kirche. So z. B. werde namentlich das österreichische Concordat in dem kaiserlichen Patent vom 5. November 1855⁵ ausdrücklich als eine „Vereinbarung“, als ein „Uebereinkommen“ bezeichnet. Dasselbe sei der Fall in der Bulle: *Deus humanae salutis* ddo. III. Non. Novemb. 1855, mit welcher Papst Pius IX. das gedachte Concordat ratificirt und publicirt hat, und in welcher er es ausdrücklich „conventio“ (Uebereinkommen), „conventio solemnis“ (feierliches Uebereinkommen) nennt.

Ueberhaupt sei besonders von Seiten des apostolischen Stuhles der Vertragscharakter der Concordate, sowohl der älteren als auch der neueren, stets offen ausgesprochen und unverbrüchlich festgehalten worden. Herr v. Schulte sagt darüber:⁶ „Von Seiten der Kirche ist ebenso offen (wie von den Staaten), ja fast noch viel offener, der Vertragscharakter (der Concordate) zu wiederholten

¹ Ebend. S. 443 f; S. 445.

² Wo in dieser Hinsicht Folgendes bestimmt wird: „Woferne sich in Zukunft eine Schwierigkeit ergeben sollte, werden Se. Heiligkeit und Se. kaiserliche Majestät sich zu freundschaftlicher Beilegung der Sache in's Einvernehmen setzen.“

³ Wie in dem eben angeführten Art. XXXV des österreichischen Concordats geschieht, wo es in dieser Beziehung heisst: „Desshalb verheissen beide vertragschliessenden Theile, dass sie und ihre Nachfolger Alles und Jedes, worüber man sich vereinbart hat, gewissenhaft beobachten werden.“

⁴ Lehre von den Quellen, S. 456.

⁵ R.-G.-Bl. Nr. 195.

⁶ Ebend. S. 457.

Malen ausgesprochen und erklärt worden, dass der apostolische Stuhl nie die Absicht habe, Anordnungen zu erlassen, welche gegen den Inhalt der Concordate verstossen." Und nachdem er dies¹ mit Stellen aus päpstlichen Constitutionen bewiesen, sagt er in dieser Beziehung² weiter, wie folgt: „Gegenüber diesen Beweisen aus den Quellen kommt auf die höchst unklare und unjuristische Auffassung einiger älteren Schriftsteller offenbar nichts an. In unserm Jahrhundert haben dies die Päpste in allen — Bestätigungsbullen auf's Unzweideutigste erklärt."

Gemäss diesem ihrem Charakter als Verträge stehen die Concordate nach Herrn v. Schulte³ auf der gleichen Stufe mit den Verträgen zwischen verschiedenen unabhängigen Staaten, und „müssen somit als völkerrechtliche Verträge mit der solchen zukommenden Kraft und Wirkung aufgefasst werden." Der Papst schliesse zwar das Concordat nicht als Souverän des Kirchenstaates, sondern als Oberhaupt der katholischen Kirche ab. Aber auch als solcher sei er jedem Staatsoberhaupte gegenüber unabhängig. Denn die katholische Kirche sei jedenfalls von der Staatsgewalt unabhängig, und zwar nicht blos in ihrer Gesamtheit, sondern auch, insoferne sie innerhalb eines bestimmten Staates bestehe; denn die letztere Kirche sei eben nur in so fern katholisch, als sie ein Glied der katholischen Gesamtkirche bilde.⁴ Der Papst aber sei nothwendig als Vertreter der katholischen Kirche zu eigenem Rechte anzusehen. Herr v. Schulte sagt in dieser Hinsicht:⁵ „Das aber (d. i. eine von der betreffenden Staatsgewalt unabhängige Person) ist der Papst in jedweder Beziehung, und ist die katholische Kirche als solche, die der Papst zu eigenem Rechte vertritt. Denn die katholische Kirche, auch soweit sie in einem Lande besteht, untersteht dem Staate als solche nicht, vollends aber nicht als die eine, deren Glieder die Kirchen in den einzelnen Ländern sind, ohne deren Verbindung sie nicht existiren. Sind nun auch Staat und Kirche ihrem Wesen, ihrem Zwecke und ihren Mitteln nach von einander verschieden, so sind sie doch zwei durchaus selbstständige Gewalten, welche ein gemeinsames Gebiet haben,

¹ Ebend. Anm. 15.

² Ebend. S. 458, Anm. 15.

³ Ebend. S. 458 ff.

⁴ Vergl. oben S. 39, Anm.

⁵ Ebend. S. 458 f.

das gerade Gegenstand des Vertrages ist: die im beiderseitigen Interesse liegende Durchführung der Aufgabe des Christenthums in dem einzelnen Lande in einer solchen Weise, dass die beiderseitigen Interessen gefördert werden, vor Allem zwischen beiden Gewalten unbedingte Eintracht herrsche. Dieses gemeinsame Ziel hat nun zum Objecte die Kirche des einzelnen Landes. Gerade weil aber die Superiorität über das Territorium nicht die über die Kirche involvirt, desshalb steht auch die Kirche seines Territoriums auf ihrem Gebiete dem Landesherrn desselben als selbstständige und von ihm unabhängige Macht entgegen." Und wiederum: ¹ „Gerade die Allgemeinheit der Kirche, ihre die Nationen und Völker verbindende Aufgabe gibt ihr weiter eine in eminenter Weise völkerrechtliche Stellung." Und was in dieser Beziehung insbesondere den Papst betrifft, darüber spricht Herr v. Schulte ² sich folgendermassen aus: „Dass dem Papste nicht bloß als Souverän des Kirchenstaates, sondern auch als Oberhaupt der katholischen Kirche eine völkerrechtliche Stellung zukomme, ist unbestritten." Als Gewährsmann für diese Anschauung führt er selbst den protestantischen Rechtsgelehrten Heffter ³ an.

Das beiderseits ratificirte Concordat erzeuge zunächst eine Verpflichtung nur für die Contrahenten, und zwar die Verpflichtung, dasselbe in Ausführung zu bringen; was nur so geschehen könne, dass es von dem Landesherrn zum Staatsgesetze, vom Papste zum Kirchengesetze erhoben werde. ⁴ Durch die beiderseitige Publication erlange das Concordat den Charakter eines Kirchengesetzes und eines Staatsgesetzes. ⁵

Werde ein Concordat von einem der Contrahenten, der übernommenen Verpflichtung zuwider, verletzt, so liege ein Vertragsbruch vor, welcher nach der Natur der Sache dem anderen Contrahenten die Befugniss gebe, auch seinerseits von dem Vertrage abzugehen. ⁶ Herr v. Schulte findet es tief zu beklagen, dass Viele, die, wenn ein Staat den mit einem andern Staate geschlossenen Vertrag bricht, dies für ein schreiendes Unrecht erklären, an die Verletzung eines Concordats, die doch

¹ Ebend. S. 459.

² Ebend. S. 455, Anm. 7.

³ Namentlich dessen: Europ. Völkerrecht der Gegenwart. 3. Ausg. Berlin 1855. S. 76 ff.

⁴ Ebend. S. 460.

⁵ Ebend. S. 465.

⁶ Ebend. S. 462 f.

nicht weniger ein Rechtsbruch sei, als die Verletzung eines Staatsvertrages, diesen Massstab nicht anlegen. Er sagt darüber: ¹ „So sehr man auch im Allgemeinen gegen die freventliche Verletzung des Völkerrechts ankämpft und es für ein schreiendes Unrecht erklärt, wenn Staaten heute Verträge schliessen und morgen dieselben in punischer Treue schmäählich brechen, lässt sich doch schwerlich ableugnen, dass leider Viele, nicht bedenkend, dass ein wirklicher Rechtsbruch, der sich, ungestraft selbst durch die öffentliche Meinung, vollziehen darf, mit Nothwendigkeit auch auf andere Gebiete Einfluss üben muss, diesen Massstab hier (bei Verletzung des Concordats) nicht anlegen.“

Zur Aufhebung oder Abänderung eines Concordats sind nach Herrn v. Schulte ² nur die Contrahenten, beziehungsweise deren Rechtsnachfolger befugt.

Was den Nutzen der Concordate für den Staat anbelangt, so behauptet Herr v. Schulte, ³ dass „der Abschluss von Concordaten unter allen Umständen für den Staat das Vortheilhafteste ist“, und ⁴ „dass der Abschluss eines solchen überall dort fast unerlässlich ist, wo man einerseits keine Trennung, andererseits der Kirche Das, was sie beanspruchen muss und kann, nicht vorenthalten, und endlich eine Garantie für diesen Zustand will, welche auch für die jeweiligen Träger der Gewalten eine Schranke bildet, deren einseitiges Ueberspringen schon durch den blossen Hinblick auf die hieraus sich ergebende grosse Verantwortlichkeit nicht angenommen werden kann.“

Bezüglich der Concordatsstürmer der neueren Zeit aber äussert Herr v. Schulte ⁵ sich, wie folgt: „Man hat besonders die neuesten Vereinbarungen mit dem apostolischen Stuhle zum Gegenstande der heftigsten Angriffe, zum Theil leider mit sehr unehrlichen, gehässigen und gefährlichen Mitteln, gemacht, ohne zu bedenken, dass einmal in diesen Vereinbarungen von Seiten des Papstes in manchen Dingen ein Zustand zum gesetzlichen erhoben ist, welchen jeder rechtliche Mann bis dahin für eine Verletzung des guten Rechts der katholischen Kirche halten konnte, und sodann auch in keiner dieser Vereinbarungen der Kirche auch nur ein einziges Recht, irgend eine Befugniss gegeben

¹ Ebend. S. 463.

² Ebend. S. 474.

³ Ebend. S. 477.

⁴ Ebend. S. 440.

⁵ Ebend. Vorr. S. VIII.

ist, welche man in der Weise, wie sie gegeben ist, principiell als staatliche erklären müsste, dass aber auf der andern Seite, wie ich oft betont, mit Recht, dem Staate mancherlei Rechte zugestanden wurden, die jeder vom principiellen Standpunkte aus für kirchliche halten muss." Im Hinblick nun darauf ruft Herr v. Schulte¹ voll Entrüstung aus: „Ist man — nicht zu der Annahme gezwungen, dass die Concordatsstürmer den Frieden keineswegs um den ehrlichen Preis der vollen Anerkennung des Rechtes der Kirche, sondern durch die Unterdrückung der Kirche unter dem Systeme des Territorialismus diese brach legen wollen? Welche socialen Folgen dies herbeiführen werde, das bedenkt man freilich nicht." Den Laien aber, welche die Concordate darum bekämpfen, weil sie die dadurch dem Clerus zurückgegebene Freiheit mit neidischen Augen ansehen, ruft er² also zu: „Ein Katholik, der in der Freiheit seiner Kirche nur die des Clerus sieht, jene deshalb nicht will, weil er diesen nicht mag, täuscht sich entweder oder hat aufgehört, in seinem Innern Katholik zu sein." — „Wer aber Katholik sein will, kann keine Kirche wollen, die nicht durch den Clerus regiert werde. Die Kirche aber nach der Theorie von Namenskatholiken zu gestalten, das dürfte doch nicht leicht mehr Jemandem einfallen wollen."

* * *

Gestützt nun auf seine im Obigen³ dargelegten Ansichten von dem Ursprunge und Zwecke, den Eigenschaften, dem Wirkungskreise und der Verfassung der katholischen Kirche, ferner von ihrem Verhältnisse zum Staate und vom Charakter der Concordate, spricht Herr v. Schulte in den oben⁴ angeführten „Betrachtungen über die Stellung der katholischen Kirche und der protestantischen Confessionen in Oesterreich"⁵ über die Nothwendigkeit, das Verhältniss zwischen der katholischen Kirche und dem österreichischen Staate durch ein Concordat zu regeln, während die confessionellen Angelegenheiten der Evangelischen einfach durch Gesetz geregelt wurden,⁶ sich folgendermassen aus: „Die katholische Frage lag sehr einfach. Welche Verfassung die Kirche habe, welches ihr Recht sei auf den verschiedenen Gebieten, war und

¹ Ebend. S. 476.

² Ebend. S. 450 f.

³ S. 18 ff.

⁴ S. 12 ff.

⁵ S. 23.

⁶ Siehe oben S. 16 f.

ist — denn auf juristische Controversen, welche ewig bleiben werden, kommt es nicht an — ausgemacht. Mit welchem Organe man die Ordnung vornehmen könne, und sobald man den Grundsatz des Rechts und der Billigkeit, dass die Kirche auf ihrem Gebiete frei sei, nicht länger verleugnen wollte, vornehmen müsse, war Jedem einleuchtend. Eine Verständigung mit dem Papste bot das schnellste, einfachste, sicherste Mittel zum Ziele. Ohne ihn war eine Ordnung nur so möglich, dass man der Kirche unbedingte Freiheit gab, sich zu bewegen. Das hätte wohl für die Kirche, nicht aber dem Staate Vortheile gebracht, war übrigens auch bei dem bisherigen Verbande mit der Kirche und dem Zusammenhange staatlicher und kirchlicher Rechtsverhältnisse für Oesterreich geradezu unmöglich. Ohne Vertrag mit dem Papste einseitig Alles zu bestimmen, wäre lediglich eine Fortsetzung des Zustandes und Verfahrens gewesen, welche man verlassen wollte. Solches der Regierung zumuthen, heisst sie zum Absolutismus auffordern. Wie dies aber gerade Jene, die sich vorzugsweise liberal nennen, wagen, ist wohl erklärlich von bestimmten religiösen und socialen Standpunkten, nicht aber von einem politisch aufgeklärten."

So schrieb Herr v. Schulte über das österreichische Concordat — im Jahre 1861.

Wenn derselbe nun neuestens ¹ die Absteckung des Grenzgebietes zwischen der geistlichen und der weltlichen Macht in Oesterreich ausschliesslich vom Staate, auf dem Wege des Gesetzes, vollzogen wissen will, ist man da nicht berechtigt, zu fragen: Ist das Ueberzeugungstreue? Ist das Consequenz?

Schliesslich bespricht Herr v. Schulte in der gedachten Schrift noch die vielfachen Angriffe, die auf das österreichische Concordat gemacht wurden. Er sagt zunächst in dieser Beziehung: ² „Sehr oft hat man die Behauptung gehört: Durch das österreichische Concordat habe sich der Staat zum Diener der Kirche gemacht, seine Rechte vergeben, die heutige Zeit verkannt u. s. w. Revision oder Aufhebung des Concordates wurde als das Mittel geschildert, die Valutafrage zu lösen, bei den „deutschen protestantischen Brüdern“ und Gott weiss wo sonst noch solche Sympathien uns zu erwerben, dass schier Millionen und Millionen einkämen, um aus aller Noth zu helfen."

¹ Siehe oben S. 5 f.

² Ebend. S. 41.

Die Behauptung, dass der österreichische Staat durch das Concordat einen Verlust an seinen Rechten erlitten habe, bezeichnet Herr v. Schulte als von Grund aus falsch. Das, was der österreichische Staat kraft des Concordates aufgegeben, beziehungsweise der Kirche gegeben habe, seien nicht seine Rechte, sondern Eingriffe in die Rechte der Kirche, Anmassungen gewesen. Das Versprechen, diese für die Zukunft zu unterlassen, sei somit nicht so sehr ein Aufgeben von Rechten, als vielmehr eine Aufhebung des Unrechtes, eine pflichtmässige Wiedererstattung. „Denn,“ sagt er,¹ „wer möchte ein Aufgeben von Rechten annehmen, wo es sich lediglich um Fahrenlassen von unzweideutigen Eigenmächtigkeiten handelte? Wer möchte behaupten, die Eingriffe in jedwede Seite des kirchlichen Lebens seien Rechte gewesen? Wer möchte behaupten, dass es ein Recht gewesen sei, wenn sich der Staat an die Stelle der von Gott gesetzten Kirchenobrigkeit stellte?“ Und an einer anderen Stelle:² „Das Concordat gibt nur unstreitig kirchliche Befugnisse der katholischen Kirche zurück.“

Aber nicht blos keines von seinen eigenen Rechten verloren, sondern sogar viele und wichtige Rechte, die ihm als solchem nicht zustehen, nämlich bezüglich rein kirchlicher Dinge, erworben, habe, meint Herr v. Schulte, der österreichische Staat durch das Concordat. „Das Concordat,“ sagt er,³ „gibt nur unstreitig kirchliche Befugnisse der katholischen Kirche zurück, nebenbei aber dem Staate eine Summe von Rechten, die ihm als solchem nicht zustehen.“ Hierzu rechnet Herr v. Schulte⁴ insbesondere die Zusage, die der Papst dem Kaiser von Oesterreich in Folge des Concordates gethan und den österreichischen Bischöfen im Breve: „Optime noscitis“ vom 5. November 1855 genau zu beobachten aufgetragen hat, dass nämlich keinem Geistlichen, welcher dem Kaiser in politischer Beziehung nicht genehm ist, irgend ein Beneficium, eine Professur oder ein anderes Lehramt im bischöflichen Seminarium verliehen werde.

Ueber den Inhalt dieser Zusage hatte Herr v. Schulte schon früher⁵ sich dahin geäußert, dass derselbe durchaus nicht als ein der österreichischen Staatsgewalt principiell zustehendes Recht, sondern lediglich als ein besonderes, derselben vom

¹ Ebend. S. 43.

² Ebend. S. 50.

³ Ebenl.

⁴ Ebend. S. 34.

⁵ Lehre von den Quellen, S. 466 f.

Papste gemachtes Zugeständniss angesehen werden könne, als ein Zugeständniss, das ihr dieser zu dem Zwecke gemacht habe, damit Alles beseitigt werde, was die durch das Concordat begründete Eintracht zwischen Kirche und Staat in Oesterreich irgendwie stören könnte. Er sagt in dieser Beziehung wörtlich, wie folgt: „Zweck der Concordate ist die aufrichtige Eintracht beider Gewalten durch strenge Sonderung des jeder zustehenden Gebietes. Dieser Zweck hat die doppelte nothwendige Folge, dass mit voller Aufrichtigkeit von beiden Seiten gehandelt werde und keine Gewalt in der andern Gebiet auch nur entfernt eingreife. Soll aber aufrichtig und ehrlich gehandelt werden, so muss namentlich bei der Wahl der Beamten u. s. f. dieser Grundsatz festgehalten werden. Es hat desshalb offenbar auch der Staat die moralische Verpflichtung, keinem der Kirche notorisch feindselig gesinnten Manne die Leitung von Cultus-Angelegenheiten anzuvertrauen. Hieraus kann jedoch kein Einspruchsrecht der Kirche, sofern es ihr nicht positiv gegeben ist, gegen eine solche Anstellung gefolgert werden.“ — „Ebensowenig kann, ausser bei positivem Zugeständnisse, ein solches Recht principiell dem Staate zustehen. Mit Recht ist aber vom Papste, theils in den Verträgen selbst, theils in Separatbestimmungen, — so¹ gewiss zufolge der Vereinbarung aus den hier dargelegten Gründen vorgeschrieben für Oesterreich im Breve vom 5. November 1855 — den Ordinarien befohlen, keinen Personen Aemter zu verleihen, gegen welche die Regierungen in rein bürgerlicher und politischer Beziehung — denn die religiöse, moralische und intellectuelle Tüchtigkeit muss der Ordinarius schon nach dem Kirchenrechte feststellen — aus erheblichen auf Thatsachen gestützten Gründen Einwendungen erheben.“

Zur Erhärtung dessen, dass die oben gedachte Zusage nicht als ein der Staatsgewalt principiell zustehendes Recht angesehen werden könne, führt Herr v. Schulte² an, dass, wie die Aufnahme in den geistlichen Stand und die Erziehung und Ausbildung des Clerus, ebenso auch die Anstellung der Geistlichen in kirchlichen Aemtern eigentlich Sache der Kirchengewalt sei, gleichwie es überhaupt dem Herrn zukomme, sich seine Diener selbst auszuwählen. Er äussert sich darüber folgendermassen: „Die letztere (Aufnahme in den Clerus) kann nur und

¹ Ebend. Anm. 3.

² Ebend. S. 421.

muss Sache der Kirche sein, wie es Sache des Herrn, sich seinen Diener, jeder Corporation ist, sich ihre Beamten zu wählen. Nur die Kirche vermag die Bedingungen festzusetzen, unter denen sie Jemand würdig findet, mit der Verwaltung der ihr anvertrauten Heilmittel beauftragt zu werden." Ebenso „muss“ nach seinem Dafürhalten¹ „der Kirche auch freistehen, die Art, wie ihre zukünftigen Diener gebildet werden sollen, zu bestimmen“.

Herr v. Schulte nennt dies ein natürliches Recht der Kirche, und bezeichnet die Gründe, die man dagegen, zu Gunsten der Staatsgewalt, geltend zu machen pflegt, als auf blosser Opportunität beruhende und nichtige. So insbesondere den, dass der Staatsgewalt sehr daran liege, dass kein ihr missfälliger Geistlicher ein Kirchenamt bekomme. Unstreitig, meint Herr v. Schulte, liege auch der Kirche sehr daran, dass kein gegen sie feindselig gesinntes Individuum ein Staatsamt erhalte, in welchem es auch mit ihr in Berührung kommen muss; und dennoch erkenne man ihr auf Grund dieses Interesses keineswegs das Recht zu, gegen die Uebertragung von solchen Staatsämtern an solche Individuen Einspruch zu thun. „Was man,“ sagt er² „gegen dieses so natürliche Recht zur Begründung des staatlichen Mitbestimmungsrechtes geltend macht, sind lediglich äussere, in letzter Instanz auf den absoluten Willen des Staates hinauslaufende Gründe.“ Zudem sei das Urtheil, ob ein Geistlicher gegen den Staat feindlich gesinnt sei, ein sehr schwankendes und wandelbares. „Es soll,“ sagt er in dieser Beziehung,³ „auch nicht betont werden, dass das Urtheil, ob dies oder jenes Individuum dem Staate feindlich gesinnt ist, um so mehr häufig von rein subjectiver Würdigung abhängt, als gerade in unserer Zeit bei den Regierungen, wie den verschiedenen Volksklassen, die Ansicht über das, was dem Staate zukomme und fromme, sehr auseinandergeht, heute eine Partei herrschen kann, deren Grundsätze von der morgen am Ruder befindlichen als Verrath am Staate u. s. f. angesehen werden.“

Ausser dem eben genannten Zugeständnisse von Seiten des Apostolischen Stuhles betont Herr v. Schulte in der oft erwähnten Schrift⁴ in dieser Hinsicht auch noch das Sr. Majestät

¹ Ebend.

² Ebend. S. 421 f.

³ Ebend. S. 422.

⁴ Betrachtungen, S. 34 f.

dem Kaiser vom Papste durch Art. XXV¹ des Concordats verliehene Präsentationsrecht für alle Canonicate und Pfarreien, welche einem auf dem Religions- oder Studienfonde beruhenden Patronatsrechte unterstehen.

Jene beiden, aus dem Concordate fließenden, kirchlichen Befugnisse des österreichischen Kaisers mit dem Sr. Majestät schon von früheren Zeiten her zustehenden Vorschlags- oder Benennungsrechte für Bisthümer und Canonicate zusammenfassend, steht Herr v. Schulte nicht an, in Betreff der Besetzung von Beneficien in Oesterreich folgenden Ausspruch zu thun:² „So hat in der That der Kaiser mehr Einfluss auf das kirchliche Besetzungswesen, als der Papst und alle österreichischen Bischöfe zusammen.“

Um so weniger aber sei der österreichischen Staatsgewalt durch das Concordat in der Ordnung und Regelung ihrer eigenthümlichen, rein staatlichen, Angelegenheiten irgend ein Hinderniss in den Weg gelegt worden. „Ich möchte sehen,“ ruft Herr v. Schulte aus,³ „ich möchte sehen, wer nachweisen könnte, dass die katholische Kirche irgend welchen politischen Einfluss seit November 1855 bis zum October 1860 geübt hat oder üben konnte. Israel wurde unter dem Minister, den es, erst als Abgott verehrend, später mit Koth bewarf, emancipirt — das Concordat bestand, sagte mit den Bischöfen nichts dazu, weil das nicht seine, noch deren Sache war. Es kam das October-Diplom, die ständischen Verfassungen, es kam das Februar-Patent mit der Constitution, endlich auch das Protestanten-Patent — die katholische Kirche hatte nichts einzureden und sagte nichts.“⁴

Endlich bespricht Herr v. Schulte in gedachter Schrift noch den dem Concordat nicht selten gemachten Vorwurf, dass es die niederen Geistlichen der Willkür der Bischöfe preisgegeben habe. Er bezeichnet diesen Vorwurf als ganz grundlos und ungerecht, indem gerade das Concordat es sei, welches dem niederen Clerus gegen etwaige Uebergriffe bischöflicher Regierungsorgane

¹ Welcher folgendermassen lautet: „Um Seiner des Kaisers und Königs Franz Joseph Apostolischen Majestät einen Beweis besonderen Wohlwollens zu geben, verleihen Seine Heiligkeit Demselben und Seinen katholischen Nachfolgern im Kaiserthume die Ermächtigung, für alle Canonicate und Pfarreien zu präsentiren, welche einem auf dem Religions- oder Studienfonde beruhenden Patronatsrechte unterstehen.“

² Ebend. S. 35.

³ Ebend. S. 41.

⁴ In demselben Sinne hatte Herr v. Schulte über diese Sache sich auch schon früher (Lehre von den Quellen, S. 409) geäußert. „Wer billig sein will,“ sagt er am angeführten Orte, „wird und muss eingestehen, dass der Staat einerseits kein Recht vergeben, und andererseits der Kirche das zugestanden hat, was ihr nach ihrem Wesen zukommt.“

Schutz in Aussicht gestellt und den Gebrauch canonischer Rechtsmittel, der demselben unter der früheren, staatlichen, Diöcesanregierung entzogen war, ihm wieder zurückgegeben habe. Er äussert darüber sich folgendermassen:¹ „Es würde wahrlich ein Kunststück sein, zu zeigen, dass auch nur ein einziger Artikel im Concordate den Bischöfen unbeschränkte Macht gibt. Das Concordat gibt den Bischöfen kein Jota mehr, als sie nach dem Rechte der Kirche besitzen, in anderen Ländern auch haben. Wohl ist die blos bureaukratische Consistorialregierung unkirchlich. Sie ist aber gerade Frucht des Josephinismus. Das Concordat will sie beseitigen, will wieder einführen das Recht der Geistlichen, nicht durch eine Consistorialverfügung, sondern durch Urtheil und Recht, mit Zulassung der Berufung, bestraft zu werden, in jedem Punkte auf das Gewissenhafteste gehört zu werden.“

So schrieb Herr v. Schulte über das österreichische Concordat einst. — Jetzt² schreibt er darüber das gerade Gegentheil; jetzt lässt er es die „Selbstständigkeit der (niederen) Geistlichen“ zu Grunde richten, auf „Untergrabung, auf Vernichtung der staatlichen Gewalt“ hinarbeiten, den „Papst“ in Oesterreich zum „Souverän“ machen.

O Ueberzeugungstreue! O Consequenz!

IV.

Herrn v. Schulte's Anschauungen

über das

österreichische Concordat vom 18. August 1855

aus früherer Zeit, namentlich aus den Jahren 1862—1868.

In demselben Sinne hat Herr v. Schulte über das österreichische Concordat und die damit zusammenhängenden Materien in den folgenden Jahren, 1862—1868, sich ausgesprochen. Dies bezeugt zunächst seine im Jahre 1862 zu Prag erschienene Schrift: „Ueber gemischte Ehen“, wo³ derselbe mit Nachdruck betont,

¹ Betrachtungen, S. 42.

² Siehe oben S. 5 f.

³ S. 52 f.

„die Aufgabe der Gesetzgebung für Oesterreich könne — nicht darin bestehen, mit allen Segeln darauf loszustürmen, die katholische Kirche jeglichen Rechtes, jeglicher Position zu berauben, hingegen die Staatskirchen-Regierung auf allen Gebieten wieder herzustellen“, und ¹ hervorhebt, dass durch das kaiserliche Patent vom 8. April 1861 den Protestanten in Oesterreich in Hinsicht der „Selbstständigkeit bei Ordnung, Leitung und Verwaltung aller ihrer kirchlichen Angelegenheiten jeder Art gerade so viel und noch mehr gegeben wurde“, als der katholischen Kirche durch das Concordat.

Ausserdem bezeugt es sein zu Giessen im Jahre 1863 in erster und im Jahre 1868 in zweiter Auflage erschienenenes „Lehrbuch des katholischen Kirchenrechtes“, in welchem ² er darlegt, wie wenig das Concordat die österreichische Staatsgewalt bei Regelung ihrer eigenthümlichen, rein staatlichen Angelegenheiten gehindert habe, indem es ihr „nicht entgegenstand, das Patent vom 8. April 1861 rücksichtlich der Verfassung der protestantischen Kirche zu erlassen, — noch hinderte, dass die Verfassung der evangelischen Kirche augsburgischen und helvetischen Bekenntnisses, welche die Generalsynoden 1864 beschlossen hatten, zufolge allerhöchster Entschliessung vom 6. Jänner 1866 mit Staatsministerial-Erlass vom 23. Jänner 1866 genehmigt wurde, noch im Wege stand, dass das Gesetz vom 7. April 1866, betreffend die Bildung evangelischer Gemeinden oder Filialen innerhalb der Landesgrenzen der gefürsteten Grafschaft Tirol, erlassen wurde“.

Und dennoch trug Herr v. Schulte neuestens ³ kein Bedenken, zu behaupten, in Folge des Concordates habe der österreichische Staat „seinen nichtkatholischen Unterthanen gegenüber an Sätzen der katholischen Kirche festgehalten“, habe derselbe jene „nach diesen beurtheilt“.

Soll das Ueberzeugungstreue, soll das Consequenz sein?

¹ Ebend. S. 24.

² Zweite Aufl. S. 146 ff. Vergl. 1. Aufl. S. 134 ff.

³ Siehe oben S. 5 f.

Schluss.

Wenn wir nun die Aussprüche, die Herr Professor v. Schulte über das österreichische Concordat vom 18. August 1855 und die damit im Zusammenhang stehenden Punkte einst und jetzt gethan hat, in so fern sie in den voranstehenden Artikeln zur Ausführung gelangten, kurz zusammenfassen, so sind es im Wesentlichen folgende:

I.

Einst. Der katholischen Kirche steht kraft göttlicher Anordnung nicht bloß das Gebiet des Gewissens, sondern auch das Rechtsgebiet zu.

*

*

Jetzt. Die katholische Kirche in Oesterreich hat der Staat vom Rechtsgebiete auszuschliessen und auf das Gebiet des Gewissens zu beschränken. ¹

II.

Einst. Der Papst besitzt nach göttlicher Anordnung in der Kirche die höchste, ordentliche und unmittelbare Gewalt und ist durch die Sendung des heiligen Geistes mit der Unfehlbarkeit ausgestattet.

*

*

*

Jetzt. Die Constitution des vaticanischen Concils vom 18. Juli 1870, laut deren der Papst in der Kirche die höchste, ordentliche und unmittelbare Gewalt besitzt und in Ausübung seines obersten kirchlichen Lehramtes bezüglich der den Glauben und die Sitten betreffenden Lehren vermöge des göttlichen Beistandes mit der Unfehlbarkeit ausgestattet ist, ist eine verwerfliche, dem Geiste der Kirche widerstrebende Neuerung. ²

¹ Siehe oben S. 26 ff.; S. 43 ff.; S. 6.

² Siehe oben S. 31 ff.; S. 6 f.

III.

Einst. Das Grenzgebiet zwischen der katholischen Kirche und dem Staate kann in gerechter und segenbringender Weise nur durch Vereinbarung der beiden Gewalten, durch Concordat, abgesteckt werden.

* * *

Jetzt. Das Grenzgebiet zwischen der katholischen Kirche und dem österreichischen Staate hat dieser allein, mit Ausschluss der Kirche, auf dem Wege des Gesetzes, abzustecken.¹

IV.

Einst. Das Concordat vom 18. August 1855 hat den österreichischen Bischöfen über die niedere Geistlichkeit keine grössere Gewalt zuerkannt, als ihnen nach dem Rechte der Kirche gebührt. Ueberdies hat es der niederen Geistlichkeit behufs der Wahrung ihrer Rechte den Gebrauch der canonischen Rechtsmittel, welchen ihr die Staatskirchen-Regierung entzogen hatte, wieder zurückgestellt.

* * *

Jetzt. Das Concordat vom 18. August 1855 hat die niedere Geistlichkeit in Oesterreich der Selbständigkeit beraubt, hat sie der Willkür der Bischöfe preisgegeben.²

V.

Einst. Das Concordat vom 18. August 1855 berührt die confessionellen Angelegenheiten der nichtkatholischen österreichischen Unterthanen schlechterdings nicht.

* * *

Jetzt. Durch das Concordat vom 18. August 1855 wurden die nichtkatholischen österreichischen Unterthanen Sätzen der katholischen Kirche unterworfen.³

VI.

Einst. Vor dem Concordat vom 18. August 1855 war in Oesterreich kein Friede zwischen Kirche und Staat; erst das genannte Concordat hat ihn gestiftet.

* * *

Jetzt. Bis zum Concordat vom 18. August 1855 war in Oesterreich Friede zwischen Kirche und Staat; das gedachte Concordat hat ihn zerstört.⁴

¹ Siehe oben S. 51 ff.; S. 58 f.; S. 6.

² Siehe oben S. 63 f.; S. 5 f.

³ Siehe oben S. 11 f.; S. 15 f.; S. 65; S. 70 ff.; S. 6.

⁴ Siehe oben S. 8; S. 5.

VII.

Einst. Durch das Concordat vom 18. August 1855 hat der österreichische Staat nicht bloß keines von seinen eigenthümlichen Rechten verloren, sondern überdies auch noch viele und wichtige kirchliche Rechte erworben.

* *

Jetzt. Durch das Concordat vom 18. August 1855 hat der österreichische Staat seine Selbständigkeit verloren, ist der Papst in Oesterreich Souverän geworden.³

Dass eine so tiefgreifende Wandlung der kirchenrechtlichen Anschauungen eines so hervorragenden Juristen und Canonisten auf die Verehrer der Kirchenrechtswissenschaft keinen erfreulichen Eindruck zu machen geeignet ist, liegt auf der Hand. Ja, fast möchte man sagen, sie mache den Eindruck eines an der Kirchenrechtswissenschaft begangenen Verrathes.

Gegen eine solche Behandlung des Kirchenrechts sollte billig das juristische Publicum sich feierlich verwahren.

³ Siehe oben S. 59 ff.; S. 6.

Anhang.¹

Zur Sache des Herrn Professors v. Schulte.

Herr Professor v. Schulte hat auf die fünf ersten² der Artikel, welche über die in neuester Zeit erfolgte Wandlung seiner Ansichten in Betreff des österreichischen Concordats vom 18. August 1855 und der damit im Zusammenhange stehenden Punkte im „Vaterland“ (Nr. 36, 38, 41, 50, 57, 60, 62, 78 und 80) erschienen sind, in der „Neuen Freien Presse“ Nr. 3420³ erwidert. Er gesteht in dieser Erwidern zu, seine diesfälligen Anschauungen theilweise geändert zu haben, behauptet aber, dies wegen erfolgter Veränderung der bezüglichen Objecte gethan zu haben; womit er die Veränderung meint, welche durch die Constitution des vaticanischen Concils vom 18. Juli 1870, betreffend die Machtfülle und Unfehlbarkeit des Papstes, an der katholischen Kirche bewirkt worden sein soll. — Sonst aber stellt er eine Abweichung seiner jetzigen kirchenrechtlichen Ansichten von seinen früheren entschieden in Abrede, indem er zugleich die Bemerkung macht, nicht Alles, was er in seinen früheren Schriften gesagt habe, seien seine eigenen Ansichten gewesen; er habe in den gedachten Schriften zunächst lediglich die Anschauungen der katholischen Kirche dargestellt, ohne denselben seinerseits durchweg beizustimmen. Wolle man ihm daher einen Widerspruch mit seinen früheren Ansichten nachweisen, so müsse man ihm aus seinen früheren Werken solche Stellen namhaft machen, welche seine Ansichten darlegen. — Ueberdies sucht er in der angezogenen Erwidern in Betreff einiger bestimmter Materien,

¹ Siehe das Vorwort zur ersten Auflage.

² Dieselben finden sich in der ersten Auflage dieser Schrift S. 1—21; in der vorliegenden, jedoch mit einigen Zusätzen, S. 1—31.

³ Vom 4. März 1874.

wie z. B. in Betreff des kirchlichen Straf-, Güter und Ehrechten, die volle Harmonie seiner jetzigen Ueberzeugung mit seiner vorigen darzuthun.

Mag nun dem, was Herr v. Schulte in jener Erwiderung von der in seinen früheren Schriften angeblich vorwaltenden Art und Weise der Darstellung sagt, sein, wie ihm wolle: das dürfen wir jedenfalls versichern, dass die in den erwähnten Artikeln des „Vaterland“ gegen ihn angeführten Stellen sämtlich solche sind, welche seine eigenen Ansichten darlegen. Denn Herr v. Schulte spricht darin in seinem Namen und ohne auch nur im Entferntesten anzudeuten, er stelle nur fremde und keineswegs seine eigenen Anschauungen dar. Mitunter bezeichnet er daselbst die von ihm dargestellten Behauptungen geradezu als logisch nothwendige, als die einzig richtigen, deren Gegentheil als unjuristisch, lächerlich, falsch. Wir dürfen jenes um so mehr versichern, als Herr v. Schulte in gedachter Erwiderung unter den gegen ihn angezogenen Stellen auch nicht eine einzige als solche zu bezeichnen fand, in welcher er lediglich fremde und nicht seine eigenen Ansichten dargelegt habe. Wir wollen hier in dieser Beziehung nur noch diejenigen Stellen berühren, in denen Herr v. Schulte das Verhältniss des Concordats vom 18. August 1855 zu den Akatholiken in Oesterreich bespricht. Und zwar wollen wir diesfalls aus seinen früheren Schriften lediglich die im Jahre 1861 zu Prag erschienenen „Betrachtungen über die Stellung der katholischen Kirche und der protestantischen Confessionen in Oesterreich“ berücksichtigen. Nicht genug, dass Herr v. Schulte in dieser Schrift (S. 50) ganz bestimmt sagt: „Das Concordat berührt die Angelegenheiten fremder Confessionen absolut gar nicht“;¹ nicht genug, dass er an einer anderen Stelle (ebend. S. 50 f.) mit Nachdruck hervorhebt: „Es (das Concordat) hat mit dem Verhältnisse der beiden Kirchen zu einander nichts zu thun; denn es berührt nur die katholische Kirche. Deren Oberen haben über die Protestanten keine Jurisdiction“. — „Mit der protestantischen steht die katholische Kirche in gar keinem Verhältnisse; die katholische Kirche bleibt für sich, wendet auf ihrem Gebiete ihr Recht an. Im Staate geniessen beide denselben Schutz. Der Katholik als Katholik tritt mit dem Protestanten als Protestanten höchstens auf dem Gebiete

¹ Siehe 1. Auflage Art. III und IV, S. 9 ff.; 2. Auflage Art. II und III, S. 11 f.; S. 15 f.

der Ehe in Beziehung. Die gemischte Ehe wird — vom Concordate gar nicht berührt, ist nicht durch dasselbe irgendwie anders gestaltet worden;“ nicht genug, dass er dies und in dieser Weise sagt: er sucht die den Akatholiken in Oesterreich durch das kaiserliche Patent vom 8. April 1861 (R.-G.-Bl. Nr. 41) verliehene confessionelle Freiheit auch noch durch Vergleichung derselben mit der diesfälligen Stellung der Katholiken in den protestantischen Staaten ausserhalb Oesterreichs, insbesondere in Deutschland, näher zu beleuchten, indem er (ebend. S. 51 ff.) in dieser Beziehung sich folgendermassen auslässt:

„Hier muss ich mir einen Blick auf's Ausland zu werfen gestatten. Und wie sieht's ausserhalb Oesterreichs aus? Die Protestanten haben jetzt in Oesterreich mehr, als die Katholiken in irgend einem Staate mit gemischter Bevölkerung, der seiner Geschichte oder seinem Regentenhouse nach protestantisch ist. Ich will nicht hinweisen auf England, dieses in confessioneller Beziehung bis zur Brutalität unduldsame Volk, dessen ein Theil, die katholischen Irländer, wie Heloten behandelt werden; nicht auf Schweden, wo erst die letzten Jahre die auf den Uebertritt zur katholischen Kirche gesetzte Todes- und Verbannungsstrafe verschwinden sahen, und im verflossenen Jahre eine Königin ein stilles Begräbniss fand, weil sie Katholikin war; nicht auf Holstein und Lauenburg, wo der katholische Priester das Kind katholischer Eltern nicht taufen, zwei Katholiken zur Ehe nicht einsegnen darf u. s. w., ein Land, für das die katholischen Soldaten im Jahre 1848 mit Begeisterung in den Kampf zogen; nicht auf Mecklenburg, wo man trotz klarer Gesetze dem katholischen Gutsbesitzer den mit dem Indigenat versehenen katholischen Priester über die Grenze transportirt, weil er ihm seine Kinder unterrichtet und im Hause die heilige Messe liest; — als Gegensatz davon erlaubte man gerade zur selben Zeit auf den einfachen Wunsch, wie es hiess, einer protestantischen mecklenburgischen Prinzessin im katholischen Oesterreich die Erbauung öffentlicher protestantischer Kirchen; nicht auf das Königreich Sachsen, wo die erfolgreiche Belehrung eines Protestanten über katholische Dinge als unerlaubte Proselytenmacherei zum Lande hinausführen kann, die protestantische Aufgeklärtheit eine solche Gespensterfurcht hat, dass sie sogar in der Verfassung die Jesuiten und andere Orden als dem Lande unnahbar aus-

schliesst.“ -- „Es ist auch nicht einmal nöthig, darauf hinzuweisen, dass man nicht blos *caeteris paribus*, sondern *imparibus* die Katholiken in den verschiedenen deutschen Bundesstaaten so viel als möglich von den höheren und einflussreicheren Stellen fernzuhalten sucht; dass z. B. in Preussen trotz der grossen Zahl katholischer Juristen, und anderwärts verhältnissmässig, ein winzig kleines Häuflein zusammenkommt, wenn man die Minister, Präsidenten u. s. w. zusammenzählt, die Katholiken waren oder sind; dass man die Universitäten von den Katholiken ziemlich rein zu erhalten sucht, während man in Oesterreich wahrlich selbst bei Berufungen aus dem Auslande vor dem jetzigen Umschwunge die Protestanten gut bedacht hat; dass man für Staats-Institute derselben Art, wenn sie protestantische sind, viel mehr Geld hat, als für katholische; dass sehr leicht nachzuweisen ist, wie der Geist der Verwaltung überall ein ziemlich stark anti-katholischer sei.“ — „In diesen Staaten (Baden, Hessen, Nassau, Preussen, Sachsen, Württemberg u. a.) übernahm der Staat mit den katholischen Ländern, den säcularisirten Klöstern u. s. w. die Verpflichtung zur Ausstattung der katholischen Bisthümer u. s. w. Nachdem der Papst zugegeben, dass diese Pflicht auf ein Minimum (z. B. für ganz Preussen beträgt das angeblich vom Staate Zuzuschliessende nicht jährlich 300.000 Thaler, während diese Summe aus dem säcularisirten Kirchengut einzelner Provinzen, z. B. Schlesiens, bei weitem überholt wird; Nassau zahlt u. s. w.) reducirt wurde, ist trotzdem, mit ein oder zwei Ausnahmen, die Pflicht zur festen Dotation noch nirgends erfüllt.“ — „Obendrein behandelt man diese auf einer einfachen Schuldigkeit beruhenden Dotationen als Gnadengaben, hat selbst die Stirn, in den Budgets diese schuldigen Leistungen als Zuschüsse des Staates hinzustellen.“

„Am freiesten steht nach dem Wortlaute der Verfassung die katholische Kirche in Preussen. Aber auch dort hat sie weniger Rechte, als fortan die protestantische in Oesterreich. Für die katholischen Kirchenangelegenheiten besteht zwar im Cultusministerium eine eigene katholische Abtheilung; was diese aber zu sagen haben solle, ob man überhaupt für gut finde, ihr eine einzelne katholische Sache zuzutheilen oder auch ohne ihr Wissen bearbeiten zu lassen, das hängt vom Minister ab.“¹ — „Wie ein

¹ Bekanntlich ist diese Institution in letzter Zeit aufgehoben worden.

katholischer Priester bestraft wurde, weil er eine altherkömmliche Procession, bei der nicht die geringste Unruhe vorfiel, nach Spandau führte, ist notorisch. Erst vor zwei Jahren wurde in Westpreussen der protestantische Pfarrzwang über Katholiken aufgehoben. Doch ich will kein Verzeichniss dessen geben, worin man draussen die Katholiken zurücksetzt oder in ihren Rechten verletzt; — dies Capitel muss ein umfangreiches Buch füllen — ich wollte nur zeigen, dass in Oesterreich die Protestanten besser daran sind.”

Wer in dieser Weise darstellt, der stellt doch unstreitig nicht lediglich fremde, sondern seine eigenen Ansichten dar.

Und wenn Herr v. Schulte nichtsdestoweniger neuestens („Neue Freie Presse“ Nr. 3387 ¹) die Behauptung aufgestellt hat, in Folge des Concordats vom 18. August 1855 habe der österreichische Staat „seinen nichtkatholischen Unterthanen gegenüber an Sätzen der katholischen Kirche festgehalten“, habe er jene „nach diesen beurtheilt“: ist man da nicht berechtigt, zu sagen, dass hier Herr v. Schulte — mit sich selbst im Widerspruche steht? Im Uebrigen verweisen wir in dieser Beziehung, um nicht des Weiteren bereits Gesagtes wiederholen zu müssen, auf die schon erwähnten Artikel selber, insbesondere auf Art. I, II, V, VI—VIII, X und XII. ²

Was ferner Herrn v. Schulte's Behauptung von der, angeblich durch die Constitution des vaticanischen Concils vom 18. Juli 1870 innerhalb der katholischen Kirche verursachten, Veränderung betrifft, so ist schlechterdings nicht zu begreifen, wie derselbe eine solche Behauptung aufstellen oder theilen könne, er, der schon im Jahre 1856 für den Papst jedenfalls dieselbe Machtfülle und Unfehlbarkeit, die ihm das genannte Concil zuerkannte, in Anspruch genommen, und zwar mit den schlagendsten Gründen in Anspruch genommen hat; wie aus den Artikeln VI und VII ³ zu ersehen ist.

Endlich anlangend den vom Herrn v. Schulte in der gedachten Erwiderung gemachten Versuch, nachzuweisen, dass er in Betreff der Ehe, des kirchlichen Güter- und Strafrechtes u. s. w. stets denselben Standpunkt innegehalten habe, so können wir diesen Nachweis hier insofern auf sich beruhen lassen, als

¹ Vergl. 1. Aufl. Art. XIII S. 52; 2. Aufl. Art. I S. 6.

² Der 1. Aufl.; 2. Aufl. Art. I—III, S. 5 f.; S. 7 ff.; S. 13 ff.; S. 59 ff.

³ Der 1. Aufl.; 2. Aufl. Art. III, S. 31 ff.

wir den Herrn v. Schulte in unseren erwähnten Artikeln einer Aenderung seiner Anschauungen in Betreff der eben genannten Objecte in keiner Weise beschuldigt haben. Nur bezüglich der Ehe sollen hier aus Herrn v. Schulte's Schriften einige Stellen angeführt werden, auf dass unsere Leser ermessen können, inwiefern derselbe auf diesem, von ihm besonders hervorgehobenen, Gebiete seiner früheren Ueberzeugung treu geblieben sei. Nun, in seinem im Jahre 1855 zu Giessen herausgegebenen „Handbuch des katholischen Eherechts“ (S. 3 f.) bezeichnet Herr v. Schulte die Ehe an und für sich als ein moralisches, von Gott eingesetztes und geheiligtes, als ein religiöses Institut, die Ehe unter Christen aber geradezu als ein Sacrament. Er sagt in dieser Hinsicht wörtlich, wie folgt: „Es ist die Ehe — ein moralisches Institut und hat als solches einen bestimmten, abgeschlossenen Inhalt, den zu verändern ausserhalb der Sphäre des Individuums liegt; wesshalb es deren innerstem Wesen widerstrebt, sie für ein rein rechtliches, namentlich ein blosses Vertragsverhältniss zu erklären.“ — „An die Ehe knüpfen sich aber so viele rechtliche Beziehungen an, dass sie zugleich als ein rechtliches Institut auftritt.“ — „Ihre Vollendung empfängt dieselbe aber durch die Religion. Wenn diese überhaupt alle sittlichen Verhältnisse umfassen und ausbilden muss, so ist besonders die Ehe als dasjenige Institut, worin allein den sinnlichen Trieben ein höheres Ziel gesteckt, deren Befriedigung der Stempel der Sittlichkeit aufgedrückt wird, für die christliche Religion, deren Aufgabe es ist, alle Beziehungen des Menschen zu durchdringen, um ihn für den Himmel reif zu machen, ein so wichtiges und fruchtbares, dass nur eine gänzliche Verleugnung des Christenthums das religiöse Moment derselben zu verbannen vermöchte.“ Und an einer anderen Stelle (ebend. S. 5 f.): „Zu der ihrer Natur nach ewig gleichen, von Gott selbst eingesetzten und geheiligten (Gen. 1, 28)¹ Verbindung hat, nach der Lehre der Kirche, Christus eine besondere Gnade hinzugefügt und die Ehe zum Sacrament erhoben.“ — „Es ist nicht Sache des Canonisten, den Beweis zu führen, dass Christus die Ehe wirklich zum Sacramente erhoben und die Kirche dies von jeher gelehrt habe, obwohl dieser Beweis leicht zu erbringen wäre. Völlig unbegründet und unwahr ist aber, bei dem Vorhandensein

¹ Wo es heisst: „Und Gott segnete sie und sprach: Wachset und mehret euch!“

unendlich vieler Stellen der Kirchenväter, die Behauptung, erst die Scholastiker hätten durch künstliche Deutungen den Begriff des Sacramentes der Ehe ausgebildet."

Die Civilehe findet Herr v. Schulte (ebend. S. 26) tief zu beklagen. „Gewiss ist dieses," sagt er darüber, „ein höchst trauriges Zeichen des tiefen Verfalles der Religiosität, welche ohne Angehörigkeit an eine bestimmte Kirche oder Confession ein Unding ist. Mit dem grössten Rechte verwirft und beklagt daher der apostolische Stuhl solche Ehen. Sie allgemein einzuführen wäre, nachdem, Gott sei Dank! der Staat nicht zur tabula rasa geschaffen ist, ein grosser Rückschritt." Und in seiner im Jahre 1862 zu Prag veröffentlichten Schrift: „Ueber gemischte Ehen" (S. 50 f.) bezeichnet er die Institution der Civilehe geradezu als eine auch das öffentliche Wohl schädigende, indem er sagt: „Erstere (die Civilehe) wird Niemand wollen, dem es mit dem Wohle der Gesellschaft Ernst ist, der nicht nach momentaner Popularität hascht und diese erreicht zu haben glaubt, wenn ihn einige Dutzend Blätter lobhudeln, der nicht nach abstracten Schablonen die socialen Zustände regeln, sondern, darauf bedacht, zur Erhaltung und Schaffung fester, geordneter und für die Gesellschaft wahrhaft nutzbringender Zustände beizutragen, das einführen will, was wirklich gut und nützlich ist." — „Und man bilde sich nicht ein, das Volk wolle die Civilehe." Denen aber, welche den Oesterreichern in dieser Beziehung auf Frankreich hinweisen, ruft er (ebend. S. 52) zu: „Man kann sich nicht auf Frankreich berufen. Gottlob hat Oesterreich noch keine sociale Revolution durchgemacht, ist noch keine tabula rasa vorhanden."

So schrieb Herr v. Schulte über die Ehe einst.

Jetzt aber („Neue Freie Presse" vom 30. Jänner d. J., Nr. 3388) schreibt er über dieselbe, ganz allgemein, wie folgt: „Sie (die Ehe) muss durch das Staatsgesetz geregelt werden, sie ist ein bürgerliches Verhältniss, das Grundlage der wichtigsten Rechte ist; sie ist an sich gar kein specifisch religiöses Institut, sondern ein allgemein menschliches."

Dass diese letzterwähnte Ansicht Herrn v. Schulte's von jetzt mit seiner oben angeführten von einst — nicht übereinstimmt, ist evident.

Laurin, Franz

Schulte's Kirchenrechtswissenschaft einst und jetzt

Wien 1875

J.can.u. 117

urn:nbn:de:bvb:12-bsb11316398-5